

„Allein dadurch, daß man das Gegenwärtige aus dem Vergangenen entwickelt, kann man ihm eine Dauer in die Zukunft versichern; sonst erhält die neue Institution ein abenteuerliches Dasein ohne Vergangenheit und ohne Bürgschaft für die Zukunft.“

(Freiherr vom Stein)

7. Nachkriegszeit – die deutsche Chance

Die Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“

Als Klepper im Frühsommer 1947 nach Deutschland kam, begann sich gerade ein Kreis wirtschaftspolitisch interessierter Unternehmer und Landwirte zusammenzufinden, die davon überzeugt waren, daß „Wirtschaftspolitik [...] nicht Flucht auf politisch neutralen Boden“ bedeuten darf, sondern daß sie „ein Instrument der allgemeinen Politik“ bildet und folglich von „einer klar umrissenen gesamtpolitischen Konzeption“ auszugehen hat¹. Zu den Hauptinitiatoren dieses Kreises, der sich zunächst „Büro für Wirtschaftskunde“ nannte, gehörten der Rechtsanwalt und erste, parteilose Wirtschaftsminister von Hessen, Rudolf Mueller, Kurt Pentzlin von der Firma Bahlsen und Ernst Deissmann, Chefsyndikus der deutsch-amerikanischen Petrolgesellschaft Esso, vor dem Kriege Syndikus bei den IG-Farben in Berlin. Alle drei hatten vielfältigste Kontakte zu führenden Unternehmern und Landwirten, zu den Industrie- und Handelskammern und auch zu den Gewerkschaften. Doch damals war wohl der wichtigste Kontakt der zu den Besatzungsbehörden, nachdem gerade erst die Bi-Zone gebildet worden war. Rudolf Mueller, Sohn des früheren Darmstädter Oberbürgermeisters, war insofern besonders geeignet, diese Kontakte herzustellen, als er 1926 für drei Jahre als Austauschstudent in Amherst, Mass. gewesen und mit einer Amerikanerin verheiratet war. Die Amerikaner hatten ihn zum ersten Wirtschaftsdirektor der Bi-Zone gemacht², doch mußte er als Parteiloser nach vier Monaten einem SPD-Kandidaten weichen. Dennoch wollte er in keine Partei eintreten, sondern seine Unabhängigkeit wahren und ließ sich so als Anwalt in Frankfurt am Main nieder.

Es war eine große Ausnahme, daß er als Deutscher schon im Jahre 1948 vor dem Forum des *New York Herald Tribune* einen Vortrag in New York halten durfte. Dort setzte er sich für eine völlige Selbständigkeit der deutschen Wirtschaft ein, da sonst, wie er erklärte, „die amerikanische Europa-Hilfe nur einen vorübergehenden Effekt auslösen“ würde. Voraussetzung für eine solche ‚Selbständigkeit‘ sei allerdings, daß die deutschen Unternehmer umzudenken lernten, denn nicht nur die Deutschen im allgemeinen ließen sich gern „von bezahlten Agitatoren ihre Meinung vordenken“, sondern auch die Unternehmer neigten traditionell dazu, nur ihre eigenen Interessen wahrzunehmen, ohne diese im Zusammenhang des gesamten gesellschaftspolitischen Rahmens zu se-

¹ In mehreren Entwürfen vorliegende „Werbeschrift“ der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 (Wipog), in: Gründungsakte Nr. 7, Wipog-NL.

² Henle, S. 85.

hen³. Entsprechend sah Mueller seine Hauptaufgabe darin, über die Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik aufzuklären und das Unternehmertum von der Notwendigkeit einer neuen Haltung zu überzeugen.

Zusammen mit seinen Mitstreitern erkannte Mueller die Gunst der Stunde. Das Unternehmertum war angeschlagen. Diskreditiert durch Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten hatten Unternehmer und Landwirte sich nun mit den weitgehenden Sozialisierungsforderungen sogar der bürgerlichen Parteien und der Infragestellung des kapitalistischen Wirtschaftssystems im ganzen auseinanderzusetzen. Hinzu kam, daß sich die überregionalen Interessenvertretungen von Industrie und Landwirtschaft größtenteils aufgelöst hatten und der Kontakt zwischen den Besatzungszonen schwierig herzustellen war. Folglich bildeten sich vor allem im Umfeld der neu entstehenden Industrie- und Handelskammern Wirtschaftskreise, die die vielfältigen Probleme diskutierten. Ein parteilich ungebundenes Forum, das eine neue, die Interessen der gesamten Gesellschaft berücksichtigende Konzeption auszuarbeiten imstande war und überregional arbeitete, war genau das, was „die deutschen Unternehmer nach einer Phase ideologischer Orientierungslosigkeit, Resignation und politischer Diskriminierung“ brauchten⁴.

Dies waren die Voraussetzungen zur Gründung der „Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“, der sogenannten Wipog, in Frankfurt am Main⁵. Das Grundsatzprogramm, das ein halbes Jahr ausführlich diskutiert worden war, wurde am 1. November 1947 und die Satzung des eingetragenen Vereins „Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“ am 5. Dezember 1947 veröffentlicht. Mueller war erster und Klepper zweiter Vorsitzender. Klepper war in der Endphase der Gründung dazugestoßen, hatte die endgültige Ausarbeitung des Grundsatzprogramms mitbeeinflusst und war Mitbegründer geworden⁶. Zum vorläufigen Vorstand gehörten neben Pentzlin und Deissmann noch Kurt Blaum, bis 1933 Oberbürgermeister von Hanau und ab 1945 von Frankfurt/Main, Ludwig Erhard, zunächst bayerischer Wirtschaftsminister und dann Vorsitzender der Sonderstelle Geld und Kredit in Bad Homburg, sowie die Präsidenten der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/Main, Alfred Petersen, und in Heidelberg, Hubert A. Sternberg. Die beiden letzteren schieden bei der ersten Wahl durch die Mitgliederversammlung anläßlich der ersten Jahrestagung im Oktober 1948 aus dem Vorstand aus. Statt dessen wurden acht neue Mitglieder in den Vorstand gewählt⁷. Daneben wurde ein aus ca. vierzig Mitgliedern bestehender Beirat gewählt, der „alle vier Monate zusammentreten, den

³ Der Vortrag ist abgedruckt in den Mitteilungen der Wipog (M.d.W.), Juni 1948. Vgl. Der Spiegel, Nr. 24, Hannover, 12. 6. 1948.

⁴ Vgl. K. Schulz, S. 9. K. Schulz geht besonders auf das Wirken der Industrie- und Handelskammern ein (S. 39 ff.).

⁵ Wipog-Akte Tagungen 1947. Der Beschluß zur Gründung der Wipog wurde am 9. 8. 1947 in den Räumen der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt/M. gefaßt.

⁶ Akte Nachrufe und Anzeigen, KNL.

⁷ Um sich ein Bild über die Zusammensetzung des erweiterten Vorstandes machen zu können, seien die Namen kurz erläutert: Friedrich Ackermann, der schon zu Kleppers Preußenkassenzeit als Agrarexperte für das Institut für landwirtschaftliche Marktforschung gearbeitet hatte und jetzt Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Handelmöhlen war, Heinrich Albersmann, früherer Mitarbeiter Kleppers bei der Preußenkasse, Walter Bauer von den Hutstoffwerken Fulda, Gustav Böhme, Vizepräsident der Handelskammer Hannover, Günter Henle, Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Humboldt-Deutz AG, Albrecht Pickert von der Firma Hein Lehner & Co in Düsseldorf, Kurt Saenger, Präsident der Landwirtschaftskammer Kassel, und der Landwirt Karl Graf aus Niedersachsen.

Vorstand beraten und bei Entscheidungen in grundsätzlichen Fragen gehört werden“ sollte⁸. Sein Vorsitzender war Alfred Petersen. Die meisten der gewählten Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik und Publizistik gehörten schon dem Gründungsteam an. Unter anderem saßen die Minister Heinrich Lübke und Hans-Christoph Seebohm, sowie Hans C. Boden, der spätere Chef der AEG, Richard Merton von der Metallgesellschaft, die Journalisten Volkmar Muthesius, früher *Berliner Tageblatt*, dann *Deutsche Allgemeine Zeitung*, und Erich Welter von der *Allgemeinen Zeitung* in Mainz und gleichzeitig Professor an der Universität Mainz, sowie Politiker und Handelskammerpräsidenten im Beirat⁹.

Leitziele waren Frieden und Freiheit. Frieden in der Welt könne auf die Dauer nur gewahrt werden, wenn die westliche Welt die Freiheit zu realisieren vermöge und damit für die Kräfte jenseits des „Eisernen Vorhangs“, die „dem Ausgleich zustreben“, so attraktiv werde, daß es schließlich zu Entspannung kommen müsse. Freiheit könne aber nur realisiert werden, wenn das Sozialprodukt so weitgehend gesteigert werde, daß „die nichtbesitzenden Schichten an dem erhöhten Ertrage der gesellschaftlichen Arbeitsleistung so umfangreich“ beteiligt würden, daß sich damit „ihre Entproletarisierung“ vollziehen könne¹⁰. Dies setze „die Bereitschaft der Eingliederung in eine arbeitsteilige Weltwirtschaft“ voraus, also: Abschied vom nationalwirtschaftlichen Denken, statt Protektionismus über-nationale Wirtschaftsintegration. Die Voraussetzung dafür aber sei eine einheitliche Wirtschaftspolitik, die die Bedürfnisse der Landwirtschaft, der Industrie und des Handels mit einer entsprechenden Finanz- und Steuerpolitik zu koordinieren und zur Steigerung des Sozialproduktes einzusetzen vermöge. Zu der „einheitlichen Wirtschaftspolitik“ gehörte nach Ansicht der Wipog, daß der Staat sich soweit wie möglich aus der Wirtschaft heraushalte, das heißt, „staatliche Planung in Produktion und Verteilung durch unmittelbare Eingriffe in das Wirtschaftsleben [*wurden*] als wirtschaftspolitisches Prinzip abgelehnt. [...] Nur, wo der Wettbewerb versagt, darf der Staat eingreifen und auch da in erster Linie mit dem Ziel, die Voraussetzungen für einen Wettbewerb zu schaffen. [...] Es ist nicht Aufgabe des Staates notleidende Unternehmen zu sanieren.“¹¹ Die Verstaatlichung von Privateigentum aus „weltanschaulichen Gründen“ wurde strikt abgelehnt, sie sollte nur dann zugelassen werden, „wenn volkswirtschaftliche oder betriebswirtschaftliche Aufgaben anders nicht erfüllt werden können“. Die Anerkennung des Privateigentums wurde durch die „Verpflichtung“ ergänzt, „an den Schäden mitzutragen, die durch Krieg und Maßnahmen der Siegermächte entstanden sind“¹². Die Wipog trat für eine betriebliche Mitwirkung der Arbeitnehmer ein, wollte aber „die rechtliche und betriebswirtschaftliche Verantwortung [*bei*] der Unternehmensführung“ belassen¹³.

Indem die Wipog die Notwendigkeit zum Kompromiß unterstrich¹⁴, lehnte sie es „aus einem überparteilichen Verantwortungsgefühl ab, einseitige Interessen der Wirtschaft oder einzelner Wirtschaftszweige gegenüber der Allgemeinheit zu vertreten“, und betonte, daß sie „eine freie, sozialverpflichtete und in diesem Rahmen verantwortlich den-

⁸ Akte Vorst./Beir., Wipog an Haffner, 26. 10. 1948.

⁹ Satzung, in: M.d.W.

¹⁰ Ebenda.

¹¹ „Grundsätze der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947“, Nr. 8 und 9.

¹² Nr. 10.

¹³ Nr. 5.

¹⁴ Nr. 12.

kende und diszipliniert handelnde Wirtschaft aufbauen“ wolle¹⁵. Dies sei vornehmlich eine Aufgabe der Gesellschafts-, nicht der Staatspolitik, das heiße, alle Schichten der Bevölkerung seien an der Verantwortung zu beteiligen. Das ganze Volk sei „gemeinsamer Träger der staatlichen Ordnung“¹⁶. Entsprechend könne „eine Gesellschaftsordnung, die die Selbstbestimmung der Persönlichkeit für alle gewährleisten will, [...] nicht auf eine vorausschauende und systematische Pflege der öffentlichen Meinung und die Erforschung ihrer Voraussetzungen verzichten“¹⁷. Das bedeute nicht nur Bildungsarbeit, das bedeute auch, daß es „außerökonomischer Impulse [*bedürfe*], die das sittliche Verhalten der Menschen zueinander bestimmen und letzten Endes im Religiösen wurzeln“¹⁸. Damit setzte sich die Wipog bewußt für eine Überwindung der seit der Mitte des 19. Jahrhunderts wirk-samen „blickverengenden Vorstellung von der Eigengesetzlichkeit der drei Lebensbereiche Wirtschaft, Politik und Kultur“ ein. Die Politik orientiere sich lediglich „an der Machtfrage, die Wirtschaft am Ertragsdenken und die Kultur [*verfalle*] einem wertneutralen Ästhetizismus“; damit sei kein brauchbarer Ansatz zur Bewältigung der Zukunft gegeben. Nur „integratives Denken“ könne die Zukunft gestalten¹⁹.

Auf die konkrete politische Situation bezogen, forderte die Wipog „die Wiederherstellung der Grundrechte der Persönlichkeit“, vornehmlich die Freiheit der Meinungsbildung und Meinungsäußerung, den „Übergang aller Verantwortlichkeit im Bereich der Gesellschafts-, der Wirtschafts- und Finanzpolitik in deutsche Hände“, ein allgemein verbindliches Wirtschaftsrecht, das über die Ländergrenzen hinaus Gültigkeit hat, die Eröffnung des Rechtsweges gegen „Interventionen der Besatzungsbehörden“ und schließlich „die Zusammenfassung der Länder zu einer übergeordneten Verwaltungseinheit“²⁰. Die Wipog erwartete von den Alliierten eine klare Entscheidung bezüglich Deutschlands. Es gehe nicht, zwischen den zwei Extremen hin und her zu pendeln: das fleißige Deutschland als tragende Säule im westlichen Neubau oder das zu starke Deutschland als Bedrohung der allgemeinen Sicherheit beziehungsweise als Störenfried des wirtschaftlichen Wettbewerbs. Wenn Deutschland sein durch zwei Kriege zerstörtes Verhältnis zur Außenwelt wiederherstellen solle, müsse es einerseits aus seinen Fehlern lernen und andererseits seine jahrelange Isolierung überwinden, es müsse Verantwortung in einer „arbeitsteiligen Weltwirtschaft“²¹ übernehmen und auf die Dauer auch seine Souveränität und Einheit zurückerhalten.

Realisieren wollte die Wipog ihr Programm durch Bildungsarbeit im weitesten Sinne²². Erster Schritt war die wissenschaftliche Erarbeitung wirtschafts- und gesellschafts-

¹⁵ Nr. 13.

¹⁶ Ebenda, Vorspann.

¹⁷ Ebenda, „Was will die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947“.

¹⁸ Vgl. den 2. Grundsatz: Aufklärung der allgemeinen Öffentlichkeit über wirtschaftliche Fragen, die staatsbürgerliche Mitarbeit der in der Wirtschaft Tätigen an der Politik, die Überwindung des Gegensatzes von ästhetisch-historischer und naturwissenschaftlich-technischer Bildung und eine Erziehung zu vorurteilslosem Denken.

¹⁹ Wipog: „Wiedergewinn der Eigenverantwortung in den Jahren von 1945 bis 1949“, in: Eigenverantwortung, S. 115.

²⁰ Zweite Hattenheimer Resolution, Juni 1948.

²¹ Vgl. den 11. Grundsatz: „Intensive Pflege der wirtschaftlichen Auslandsbeziehungen“, Aufklärung der Öffentlichkeit über weltwirtschaftliche Zusammenhänge und „Mitwirkung Deutscher bei der Bildung der internationalen öffentlichen Meinung“.

²² Satzung.

politischer Zusammenhänge durch interne Mitarbeiter der Gesellschaft in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern und Experten aus der Praxis. Der zweite Schritt galt der Verbreitung der Erkenntnisse und Einsichten durch Vorträge, Diskussionsabende, Arbeitstagungen und die schriftlichen Mitteilungen der Wipog, sowie die wöchentlich von Herbert Gross herausgegebenen „Wirtschaftspolitischen Beratungsbriefe“ für Unternehmer²³. Damit wollte die Wipog eine Art Mittlerrolle zwischen Wissenschaft und Publizistik erfüllen. Auf enge Kontakte zur Presse wurde großer Wert gelegt, da diese als „Meinungsmultiplikator“ wirken sollte²⁴. Im Laufe der Zeit wurde die Zusammenarbeit mit kirchlichen und Arbeits-Akademien, mit Gewerkschaften, Berufs- und Erwachsenenbildungsinstitutionen immer weiter ausgebaut. Dadurch, daß die Wipog ein überparteiliches Gesprächsforum nicht nur für Menschen aus den verschiedensten Tätigkeitsbereichen²⁵, sondern auch für einflußreiche Politiker aus unterschiedlichen Parteien bot, trug sie erheblich zu einer fruchtbaren Kommunikation zwischen den verschiedenen Gruppierungen bei und leistete damit ihren Beitrag zur Wiederherstellung oder auch Neuschaffung eines Personenkreises, der die frühe Nachkriegszeit politisch wie wirtschaftlich stark mitgeprägt hat.

Gemäß dem Anspruch der Wipog, ein integratives Denken, das die Interdependenz von Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur immer wieder herausstellte, vermitteln zu wollen, waren auch die Themen breit angelegt. Mit der immer wieder von Mitgliedern geforderten „Beschränkung auf das ‚spezifisch Wirtschaftliche‘ [könne] keine Politik und damit auch keine Wirtschaftspolitik entwickelt werden“²⁶, war feste Überzeugung der Wipog. Dennoch war natürlich eines der Hauptarbeitsgebiete die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, wobei in der Satzung zwischen Außenwirtschaft, Finanz-, Industrie- und Agrarpolitik differenziert wurde²⁷. Außerdem widmete sich die Wipog den jeweils aktuellen innen- wie außenpolitischen Problemen und setzte sich vor allem mit der Deutschen Frage auseinander²⁸. Außenpolitisch ging es um den Ost-West-Konflikt²⁹, Europa³⁰ und etwa ab 1955 um die Probleme der sich damals formierenden so-

²³ Vollständig im BAK.

²⁴ So waren von der Zeit Gerd Bucerus und Erwin Topf, der Klepper ja schon in der Weimarer Zeit publik gemacht hatte, vom Handelsblatt Fritz Vogel, von der Wirtschafts- und Finanz-Zeitung Carl Franz Velte, von der Allgemeinen Zeitung in Mainz Welter und der Verleger Kurt Neven Dumont Mitglieder der Wipog. Vgl. K. Schulz, S. 123 f.

²⁵ Vgl. Mitgliederlisten der Wipog.

²⁶ K/Kor., Mueller an Hans Ilau, 23. 3. 1953.

²⁷ Satzung.

²⁸ Vgl. die Themen der Jahrestagungen: „Ein deutsches Programm“ (20./21. 10. 1948), „Deutsche Initiative“ (19./20. 10. 1950), „Der deutsche Beitrag in Einigkeit“ (25./26. 10. 1951), „Entschluß zur Gemeinschaft“ (17./18. 1. 1953).

²⁹ Klepper, „Die weltpolitische Spannung und die deutsche Chance“ (20. 10. 1948), M.d.W., Nr. 5. Vgl.: Nr. 13/14 (20. 12. 1949). Ab Nr. 16 (Juli 1950) beschäftigt sich fast jede Nummer in irgendeiner Form mit dem Ost-West-Problem und bietet Informationen zur Lage in der Sowjet-Union und China; vgl. auch die Kundgebung in Bonn zum Thema „Zur Wendung im Ost-West-Konflikt“ (30. 7. 1953).

³⁰ „Europa-Union und Welthandel“, M.d.W., Nr. 8 (Mai 1949). „Vorfragen einer europäischen Zoll-Union, Nr. 9/10 (Juni/Juli 1949). Ab Nr. 19 (Oktober 1951) beschäftigt sich fast jede Nummer in irgendeiner Form mit Europa und bietet Informationen zu den einzelnen europäischen Ländern; vgl. zur Europäischen Integration besonders: Nr. 31 (Mai/Juni 1954) und die Vierte Jahrestagung zum Thema „Entschluß zur Gemeinschaft“ (17./18. 1. 1953).

nannten Dritten Welt³¹. Daneben griff die Wipog immer wieder allgemein interessierende Fragen auf, um den Zusammenhang zwischen tagespolitischen und allgemein kulturellen und historischen Grundlagen deutlich zu machen, wie etwa durch Kleppers Aufsatz „Bildung und Ethos als Voraussetzung politischen Handelns“³² oder die Bearbeitung anderer Themen wie: „Stirbt die Freiheit ab?“³³, welche Rolle spielt der Antisemitismus und welchen Einfluß haben die Kirchen³⁴?

Es ist nicht schwer, nachdem Kleppers gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeptionen ausführlich dargestellt worden sind, seine federführende Hand in den Grundsätzen der Wipog wiederzufinden³⁵. Manchmal stimmen die Wipog-Leitsätze fast wörtlich mit denen aus früheren Schriften überein, und man muß es als einen Glücksfall ansehen, daß Klepper eine Gruppe von so aufgeschlossenen und fähigen Menschen gefunden hatte, die seine Gedanken aufnahmen, ergänzten und weitertrugen. Die Wipog-Mannschaft verstand sich als Braintrust, der im Austausch mit den verschiedenen Mitgliedergruppen das geistige Konzept entwarf und nach außen verbreitete³⁶. Die Wipog-Mannschaft, die unter der Führung der beiden Vorsitzenden Mueller und Klepper arbeitete, war eine äußerst originell zusammengewürfelte Gemeinschaft, in die jeder sozusagen sein Pfund einbrachte: Der ehemalige General Erich Dethleffsen, geboren 1904 in Kiel, brachte sein Organisationstalent ein und war für die Finanzen verantwortlich. Ulrich v. Pufendorf, geboren 1901 in Isenhagen/Lüneburger Heide, war als Diplomlandwirt der Agrarexperte der Wipog, und Dr. jur. Dr. rer. pol. Gernot Gather, geboren 1915 in Düsseldorf, war als Euckenschüler und Anwalt Experte für Wirtschafts- und Rechtsfragen. 1951 stieß Dr. jur. Wolfgang Drechsler, geboren 1924 in Hannover, als juristischer Berater und persönlicher Referent Kleppers zum Arbeitsteam dazu, 1952 gefolgt von Karl Helfer und dem Volkswirt Georg Siebert. Dies war der Kern der Mannschaft, zu der zeitweise weitere Mitarbeiter gehörten und der ergänzt wurde durch einen Stab von

³¹ Offene Welt, Nr. 39 (Sept./Okt. 1955), zum Thema „Die dritte Kraft: zum Problem der Erschließung unterentwickelter Gebiete“, vgl. auch die Nr. 49 (Mai/Juni 1957) und Nr. 50 (Aug./Sept. 1957).

³² Festvortrag Kleppers vor dem Deutschen Philologentag in Bonn am 17. 11. 1951 (M.d.W., Nr. 20, Februar 1952). Anwesend waren u. a.: Bundespräsident Prof. Theodor Heuß, Bundestagspräsident Hermann Ehlers, die Kultusministerin von NRW, Christine Teusch, und der Rektor der Bonner Universität, Prof. Werner Richter; der Vortrag wurde auch im Radio übertragen (WDR, Dok. 302). Vgl. u. a. Themen wie: „Antisemitismus“ (Nr. 21, Pfingsten 1952), „Moral in der Politik“ (Hattenheimer Gespräche, Nr. 26, Juli/August 1953), Walter Dirks, Politische Bildung (Nr. 28, Nov./Dez. 1953), Max Horkheimer, Zur Psychologie des Totalitären (Nr. 30, März/April 1954).

³³ M.d.W., Nr. 12, 18. 10. 1949, vgl. auch Wolfgang Lehmann, Freiheit von Schuld und Lebensangst (Dritte Herbsttagung zum Thema: Der deutsche Beitrag in Einigkeit, 25./26. 10. 1951).

³⁴ M.d.W., Nr. 21 (Pfingsten 1952).

³⁵ Klepper an seine Kinder, 1949 (nicht genau datierbar): „Wie Ihr aus den Drucksachen der Wipog wohl gemerkt habt, haben wir eine ganz besondere politische Konzeption entwickelt. Es ist die meine.“

³⁶ Im November 1954 schrieb Klepper an einen wichtigen Gesprächspartner in USA, Hans Speier von der Rand Corporation: „Die sogenannte Wipog-Konzeption ist fest verankert in unserem engeren Ensemble [...] Ich schätze, daß höchstens 10% der Mitgliedschaft von der Richtigkeit dessen, was wir tun, überzeugt sind. Der Rest setzt sich zusammen aus Leuten, die meinen, es gehöre sich, unserem modernistischen Gebilde anzugehören, und Konjunkturforschern, das heißt Leuten, die glauben, es sei gut, eine Organisation zu haben, die mit der verpönten linken Seite reden kann“ (Akte Rand III, Klepper an Speier, 11. 11. 1954).

organisatorischen Helfern und Sekretärinnen, zu denen wieder Frau Naumann-v. Kalinowski gehörte.

Finanziert wurde die Wipog aus den Mitgliederbeiträgen, die bei Firmen höher lagen als bei Einzelpersonen³⁷, durch das Abonnement der wöchentlich erscheinenden „Beratungsbriefe“ und den Vertrieb wirtschaftspolitischer Schriften und Aufsätze³⁸. Doch das reichte nicht aus, die Wipog blieb stets auf Spenden angewiesen. Sie mußten der Wirtschaft immer wieder mit Hilfe intensivster Überzeugungsarbeit neu entlockt werden, in dem Sinne, in dem Mueller es zehn Jahre später auf einer Vorstandssitzung der Wipog im Mai 1959 humorvoll formulierte: „Wir werden nie eine ständig fließende Geldquelle finden, und das ist wahrscheinlich auch besser so, denn dadurch bleiben wir in ständigem Kontakt mit den Wirtschaftsleuten und können auch einen gewissen persönlichen Einfluß auf sie nehmen.“³⁹ Einfluß verstanden gemäß dem Grundsatzprogramm, „Wirtschaftspolitik aus einem Guß zu gestalten, um die sozialen Gegensätze im Inneren wie [das] Verhältnis zur Außenwelt dauerhaft“ zu befrieden. Das ‚Spendensammeln‘ wurde allerdings mit dem größer werdenden Abstand zum Kriegsende, nach der Währungsreform und mit dem beginnenden ‚Wirtschaftswunder‘ immer schwieriger, teils, weil das Bedürfnis des Unternehmertums⁴⁰ nach einem derartigen Diskussionsforum ab-, die Arbeitsbelastung für eigene Angelegenheiten dafür um so stärker zunahm⁴¹, teils aber auch, weil die Unterschiede zwischen den Intentionen der ‚Geldgeber‘ und der ‚Ideen-träger‘ größer wurden, das heißt wirtschaftliche Sonderinteressen und gesellschaftspolitische Konzepte mit der Zeit teilweise in Gegensatz zueinander gerieten⁴².

Wenn die Wipog als gemeinnütziger Verein auch auf Geldgeber angewiesen war, so hat sie sich nie in Abhängigkeiten begeben, die mit ihrem Grundkonzept unvereinbar gewesen wären. Die Wipog als „Kampfinstrument für Unternehmerinteressen in der Öffentlichkeit“⁴³ zu bezeichnen, ist unzutreffend, wohl aber waren sich die in der Wipog vereinten Unternehmer, Handelskammervereiner, Wirtschaftswissenschaftler und Politiker einig in der Erkenntnis, daß nur eine freie Marktwirtschaft das völlig zerstörte Deutschland wieder aufbauen helfen könnte. Dies aber bedeutete eine klare Absage an eine planwirtschaftliche beziehungsweise sozialistische Wirtschaftsauffassung, die damals, direkt nach 1945, in al-

³⁷ Jährl. Mindestbeitrag für Einzelpersonen: 24 Mark, für Firmen 240 Mark (Satzung).

³⁸ Satzung.

³⁹ Akte Vorstandssitzungen II, Sitzung vom 8. 5. 1959.

⁴⁰ Das Konzept der Marktwirtschaft setzte sich allmählich durch, und das Unternehmertum, hier pauschal als Gruppe bezeichnet, konnte sich unter dem Schutz der Regierung Adenauer zunehmend etabliert fühlen. Außerdem wuchs der geistige Gedankenaustausch auch auf internationaler Ebene mit der wachsenden Zahl der Publikationsorgane, der Gruppierungen wie Rotary etc. und der Foren jeglicher Art, parteigebundener oder andersartig orientierter.

⁴¹ Davon zeugt besonders die Korrespondenz mit den Vorstands- und Beiratsmitgliedern, die immer wieder wegen vielfältiger anderer Verpflichtungen ‚zu ihrem größten Bedauern‘ Sitzungen absagen mußten.

⁴² Klepper berichtete Lübke am 25. 9. 1949 von einem Treffen, das am 27.9. in Essen stattfinden sollte und bei dem es um die finanzielle Unterstützung der Wipog gehe. „Dort wird die schwerindustrielle Garde unter Anführung von Herrn Reusch versammelt sein. Zweck der Veranstaltung ist, klarzustellen, ob zwischen diesen Leuten und der Wipog eine Zusammenarbeit möglich ist. Konzessionen zu machen, beabsichtige ich nicht, ich möchte es vielmehr auf den Bruch ankommen lassen.“ Er verwies Lübke ausdrücklich auf „die Bedeutung dieser Angelegenheit für ‚unsere Richtung‘“ (K/Kor).

⁴³ K. Schulz, S. 8, vgl. auch S. 25.

len Parteien diskutiert und teilweise befürwortet wurde. Insofern hat Schulz recht, daß die Wipog „ein Gegengewicht zu den in Gewerkschaften und Parteien damals verbreiteten [...] Vorstellungen“ bildete⁴⁴. Klepper hatte die am Markt orientierte, antiprotektionistische und auf den Welthandel hinzielende Wirtschaftspolitik seit der Weimarer Republik vertreten. Auch damals hat er schon die soziale Verpflichtung der Marktwirtschaft gefordert und diesen Gedanken der Beteiligung der nicht besitzenden Schichten in der Exilzeit unter dem Stichwort „Entproletarisierung“ weiterentwickelt. Da auch Erhard Gründungsmitglied der Wipog war, sollte man ihn vielleicht nur insofern als ‚den Vater der Marktwirtschaft‘ bezeichnen, als er es war, der sie schließlich maßgeblich durchsetzte, die ‚geistige Vaterschaft‘ muß er dagegen unter anderen mit der Wipog teilen⁴⁵.

Daß dieses im ganzen unternehmerfreundliche Konzept teilweise Mißtrauen erregte, beweist das Presse-Echo auf die Gründung der Wipog. Die Frage, ob es sich bei der Wipog um eine Unternehmerinteressenorganisation oder ein überparteiliches Diskussionsforum verantwortungsbewußter Staatsbürger handele, wurde lebhaft diskutiert⁴⁶. Zwei extreme Stellungnahmen kennzeichnen die Bandbreite der Reaktionen: Der Berliner *Telegraf*⁴⁷ schrieb am 17. Dezember 1947: Die „Wirtschaftspolitische Gesellschaft [ist] für geübte Augen von vornherein als eine Art Herrenclub aufgezogen. Ihre Gefolgschaft kommt aus den verfeinertsten und konservativsten Schichten der Bevölkerung. Insgesamt sind ihre Grundsätze von zuweilen irreführender Formulierung, die nur den Schluß zulassen, daß die bekannten Persönlichkeiten aus Industrie und Wirtschaft, gestern noch willfähige Diener der Reaktion, durch die Umwälzungen der beiden letzten Jahre zu mildtätigen Sozialisten erzogen wurden, die längst darauf verzichtet haben, ihre alte Gesellschaftsordnung wieder aufzurichten. Aber wir befürchten zugleich, daß die Verschwommenheit dieses Programms nur ein Vorwand sein werde, alte ‚Rechte‘ wieder zu sichern.“⁴⁸ Die *Hamburger Zeit* nahm dagegen zu den Grundsätzen der Wipog wie folgt Stellung: „Diesen Gedanken liegt eine Konzeption von der Ordnung des Wirtschaftslebens zugrunde, die, von einigen Universitäten ausgehend, allmählich ein immer größeres Echo findet und die sachlich längst überholten Vorstellungen von Planwirtschaft und Staatskapitalismus eines Tages auch politisch ablösen wird. Vom klassischen Liberalismus ebenso weit entfernt wie vom Marxismus, geht die moderne Idee der Marktwirtschaft, die in anderen Ländern heute schon weiter entwickelt ist als in Deutschland, von der Notwendigkeit einer freien Preisbildung auf dem Markt aus. Ihr Organisationsprinzip ist der Wettbewerb, das heißt die ungehinderte Leistung. Damit ist

⁴⁴ Ebenda.

⁴⁵ Vgl. Röpke zur „Hattenheimer Resolution“ der Wipog, in: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 179, 1. 7. 1948: „Zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik haben sich hier die beiden bisherigen handelspolitischen Antipoden, Industrie und Landwirtschaft, auf einer gemeinsamen antiprotektionistischen Linie gefunden.“ Röpke, der Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, hat mit der Wipog zusammengearbeitet. Zu Röpke vgl. Rezension seiner Werke in 6 Bänden und einer Arbeit über ihn, in: Die Zeit, 5. 2. 1993, S. 27.

⁴⁶ Das Presse-Echo ist von der Wipog mit meist wörtlichen Zitaten und unkommentiert zusammengefaßt worden, um „einem ganz eng gezogenen Kreis von aktiven Mitarbeitern der Wipog durch die Wiedergabe der kritischen negativen Stimmen zu diesem Ereignis Material und Unterlagen an die Hand zu geben, die eine Stellungnahme oder Entgegnung in Wort und Schrift ermöglichen“ (Akte Veröffentlichungen I, 1947–1950).

⁴⁷ Ebenda: Ein der SPD nahestehendes Organ, mit einer Auflagenhöhe von 100 000.

⁴⁸ Ebenda.

die grundsätzliche Gegnerschaft zu Monopolstellungen ebenso gegeben wie zu allen anderen Maßnahmen, die die Produktion beschränken und die Preise überhöhen.“⁴⁹

Schulz, der die Stellungnahmen im einzelnen analysiert und in seiner Untersuchung zitiert hat, faßt das Presse-Echo dahingehend zusammen, „daß die Gründung der Gesellschaft mit großer Aufmerksamkeit verfolgt wurde, daß aber die zurückhaltenden und skeptischen Stimmen überwogen. Selbst in den Kommentaren, die die Ziele der Gesellschaft rückhaltlos bejahten, wird deutlich, daß die Grundsätze der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft auf eine im ganzen ihr nicht gewogene, ihr eher negativ gegenüberstehende Öffentlichkeit trafen. Zugleich zeigen die Pressebeurteilungen eine extreme klassenkämpferische Aufteilung des Meinungsbildes.“⁵⁰ Diesem Urteil ist zuzustimmen, alle sich irgendwie „links“ verstehenden Zeitungen vermißten natürlich die Vertretung der Arbeiterschaft in dem Gründungsteam und waren nicht nur skeptisch, wie ehrlich wohl die soziale Verpflichtung als Ergänzung der Marktwirtschaft gemeint war, sondern vermißten auch die von den großen Parteien geforderten Sozialisierungsmaßnahmen. Entsprechend bezog sich die von Schulz skizzierte, im ganzen negative Einstellung der Öffentlichkeit weniger auf die konkreten Ziele der Wipog, sondern entsprach eher der allgemeinen Stimmungslage, die von Meinungsumfragen bestätigt wird. „Nach demoskopischen Trendanalysen wurde bei der Bevölkerung ein Durchbruch zugunsten des marktwirtschaftlichen Konzepts [erst] in den fünfziger Jahren erreicht“⁵¹, bis dahin lag die Wipog mit ihrer Konzeption im Gegensatz zum allgemeinen Zeittrend. Sehr drastisch wurde dies von Ludwig Erhard auf der Arbeitstagung der Wipog am 26. Mai 1948 belegt: „Die meisten Unternehmer haben sich sehr an den sehr bequemen Zustand gewöhnt, eine Art Rentnerdasein auf Kosten des Staates zu führen. Sie erwarten ihre Zuweisungen, wenn es auch nicht ausreicht, so ist es eine willkommene Beigabe. Warum etwa im Wettbewerb streiten? Sie machen ihre Kalkulation auf, die Behörde setzt ihren Stempel darauf, dann ist ihre Rente gesichert. Es ist ein bequemes Dasein. Diese Geisteskrankheit der letzten zwölf Jahre hat alle Schichten unseres Volkes ergriffen.“ Erhard erblickte „eine der Hauptaufgaben der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft“ darin, diesen Geisteszustand zu ändern⁵². In anderer Beziehung lag die Wipog „ganz auf der Linie des bestehenden und sich entwickelnden Meinungstrends der Nachkriegszeit und der ersten Jahre der Bundesrepublik“⁵³, und zwar in ihrem distanzierten Verhältnis zur Parteipolitik, ihrer klaren Ablehnung des Kommunismus und in ihrem Angebot neuer Leitbilder, nach denen zwar allenthalben gesucht wurde⁵⁴, aber denen zu trauen in jenen Zeiten nicht leicht fiel⁵⁵.

⁴⁹ Ebenda.

⁵⁰ K. Schulz, S. 16.

⁵¹ Noelle-Neumann, S. 168 f. Vgl. Kleßmann, S. 223 ff.

⁵² Wipog-Akten, Tonbandprotokolle.

⁵³ Record Group OMGUS, Opinion Surveys, Information Control Division, Washington National Records Center, Washington D.C. 20409, in: IFZ, Dk 110 001.

⁵⁴ Unter vielen anderen gab es die „Gesellschaft Imshausen“, die etwa gleichzeitig mit der Wipog, nämlich im Dezember 1947, in Imshausen, dem Familiensitz der Brüder Werner und Heinrich v. Trotha, gegründet worden ist. Die dort besprochenen Probleme waren sehr viel weniger konkret auf praktische Politik bezogen, wie das Thema des Hauptreferates von Wilhelm Küttemeyer, „Marxismus und Tradition des Ostens in der Sicht des Westens“, zeigt, Schwiedrzik, S. 72 ff.

⁵⁵ Vgl. K. Schulz, S. 22 ff., der die Trends durch Meinungsbefragungsergebnisse, die vor allem von den Amerikanern durchgeführt worden sind, belegt.

Um sich selbst ein genaueres Bild von der „psychologischen und politischen Verfassung des deutschen Volkes“ zu verschaffen, beauftragte die Wipog im Sommer 1949 das Institut für Demoskopie in Allensbach, eine entsprechende Umfrage durchzuführen. „2 000 Personen, die nach Einkommen, sozialem Stand, politischer Ausrichtung und Alter repräsentativ für die entsprechenden Gruppen im westdeutschen Bundesgebiet“ waren, wurden von 400 geschulten Interviewern befragt⁵⁶. „Es ist ganz einfach aufregend“, schreibt *Die Zeit*, „diese Analyse zu studieren, die den so ungreifbaren, anonymen Begriff: Volk in einen überschaubaren Mikrokosmos verwandelt.“⁵⁷ Das Ergebnis, das Gather „sensationell“ nennt, besagt einmal ein klares Bekenntnis der Mehrheit zu Frieden und internationaler Zusammenarbeit, vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet, und ein „wachsendes politisches Interesse in breitesten Volksschichten“, begleitet von einem entsprechenden Mißbehagen gegenüber dem Versuch allmächtiger Parteien, das Volk erneut zu entmündigen. Gather kommentiert das Ergebnis so: „Wir haben keine Veranlassung, mit der Haltung unseres Volkes unzufrieden zu sein. Allein das Volk ist in einer Zeit, in der zwei Gesellschaftssysteme aufeinanderprallen und in der es um die revolutionäre oder evolutionäre Gestaltung einer neuen Gesellschaftsordnung geht, berufen und imstande, den unausweichlichen gesellschaftspolitischen Umschichtungsprozeß zu vollziehen. [...] Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft hat die politische Wirklichkeit gewissenhafter erforscht und weiß sich in ihrer wirtschaftlichen Konzeption eins mit den Vorstellungen und Wünschen der Bevölkerung.“⁵⁸ In der Tat hatte die Wipog sich, wie die *Neue Zürcher Zeitung* schrieb, „hohe Ziele“ gesetzt und „ihr Wirken [werde] man mit Aufmerksamkeit verfolgen müssen“⁵⁹.

Eine wichtige öffentliche Generalprobe für die Wipog war die erste Großkundgebung in der Aula der Universität Frankfurt/Main im Oktober 1948 zum Thema: „Ein deutsches Programm“⁶⁰. Die Mainzer *Allgemeine Zeitung* hob das Neuartige dieser Kundgebung hervor: Nicht, wie sonst üblich, hätten verschiedene Interessenten, Arbeitgeber gegen Arbeitnehmer oder Industrie gegen Landwirtschaft, argumentiert, vielmehr hätten die einzelnen Referenten, zu denen unter anderen Klepper, Welter und Mueller gehörten, versucht, „in sorgfältig abgewogenen Vorträgen [...] das Ergebnis einer eingehenden Arbeit darzulegen, die nicht der Vertretung einseitiger Standpunkte, sondern der Bildung einer neuen Einstellung diene, in der das ganze deutsche Volk sich zusammenfinden könnte“. Dem Niveau der Kundgebung habe der auserlesene Kreis führender Köpfe aus Wirtschaft und Politik entsprochen, und die Zeitung glaubt, daß der Wipog, ähnlich wie der Fabian Society, die das für die britische Labourregierung heute noch gül-

⁵⁶ Umfrage in Wipog-Akten. Zusammenfassung der Ergebnisse in: Rundschreiben Nr. 15, Ostern 1950, S. 34 ff.

⁵⁷ *Die Zeit*, 2. 2. 1950.

⁵⁸ Rundschreiben Nr. 15, S. 35 f.

⁵⁹ Presse-Echo, in: Akte Nr. 0/200.

⁶⁰ M.d.W., Nr. 4 (August) und Nr. 5 (November 1948): Klepper sprach als erster über „Die weltpolitische Spannung und die deutsche Chance“, gefolgt von Welter über „Sozialprodukt und weltwirtschaftlicher Wettbewerb“, ergänzt durch die Vorträge von Leonhard Miksch über „Sozialprodukt und binnenwirtschaftlicher Wettbewerb“, von Gather über „Sozialprodukt und Lastenausgleich“ sowie von Pentzlin über „Sozialprodukt und Arbeiter“; den Schluß machte Mueller mit dem Thema „Eigentum und wirtschaftliche Geschäftsführung“. Die Jahrestagungen fanden bis auf 1949, als die FAZ gegründet wurde, alljährlich statt, und zwar zunächst in der Frankfurter Universität, dann in der Paulskirche und später im Eschenheimer Turm.

tige „geistige Rüstzeug“ geschaffen habe, die Aufgabe zufalle, „die geistigen Grundlagen für das kommende Deutschland in der Wirtschaftspolitik zu schaffen“⁶¹.

Wie man diesen „geistigen Grundlagen“ verstärkt zu Einfluß verhelfen konnte, das war eine der zentralen Fragen des Wipogteams. Eine Möglichkeit war die Gründung einer überregionalen Zeitung. Idee und Initiative kamen aus dem „inneren Kreis“⁶² der Wipog und führten schließlich zur Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, kurz *FAZ* genannt.

Gründungs- und Aufbauphase der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*

Die Gründung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* ist nach wie vor ein äußerst kontrovers abgehandeltes Thema. Die *FAZ* selbst verschleierte die Umstände ihrer Entstehung. In ihrer Broschüre „Alles über die Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt sie nur: „Auf Veranlassung der Freunde des Blattes, die im Jahre 1949 behilflich gewesen sind, diese Zeitung ins Leben zu rufen, ist die FAZIT-Stiftung am 22. April 1959 errichtet worden.“ Mehr ist über die Gründung und die ersten zehn ‚Lebensjahre‘ der Zeitung nicht zu erfahren⁶³. Doch diejenigen, die meinen, die Umstände aufklären zu können, haben ihrerseits zu neuer Legendenbildung beigetragen⁶⁴. Eine Kostprobe der wissenschaftlichen Recherchen auf diesem Gebiet sei gestattet, um das Ausmaß der schiefen Darstellung deutlich zu machen: „Diese etwas ominöse Mehrheitsgesellschafterin [*gemeint ist die Wipog*] stellte mit ihrem stellvertretenden Vorsitzenden, dem ehemaligen preußischen Finanzminister Otto Klepper, auch den ersten Geschäftsführer der *FAZ*. Hinter dem ‚umgeschulten‘ Politiker Klepper aber standen [...] drei Männer, deren Karriere weitaus gradliniger verlaufen war – und die deshalb auch erheblich mehr als ein bißchen Stammkapital in die neue ‚Zeitung für Deutschland‘ einschießen konnten: Generaldirektor Otto Seeling von der Deutschen Tafelglas AG Fürth, Generaldirektor Alexander Haffner von der Salamander AG in Kornwestheim sowie Generaldirektor Max H. Schmid von der Zellstoffabrik Waldhof AG.“⁶⁵ Es werden dann bei allen drei Personen enge Verbindungen zur Deutschen Bank herausgearbeitet, was zu der Schluß-

⁶¹ Allgemeine Zeitung vom 23. 10. 1948.

⁶² Aussage von Gather, einem der Mitgründer der Wipog und der *FAZ*. Lübke bezeichnete Klepper als Gründer der *FAZ* (BAK, Lübke-NL, Bl. 289).

⁶³ „Alles über die Frankfurter Allgemeine Zeitung“, eine 170 Seiten starke großformatige Broschüre, hrsg. von der *FAZ*, Frankfurt/M. 1992²². Auf Anfrage vom 8. 5. 1993 nach Unterlagen zur *FAZ*-Gründung durch die Wipog wurde mit Schreiben vom 13. 5. 1993 versichert: „[...] im Redaktionsarchiv der *FAZ*“ und im „Verlagsarchiv der *FAZ* GmbH sind keine Otto Klepper betreffenden Unterlagen.“ Immerhin schrieb die *FAZ* anlässlich von Kleppers Tod in einer kleinen Meldung, unter „Eigener Bericht, F.A.Z.“: „Vorübergehend führte er [*Klepper*] die verlegerischen Geschäfte der *FAZ*“ (Nr. 110, 13. 5. 1957).

⁶⁴ Pfeiffer (Hrsg.): Die *FAZ*. Nachforschungen über ein Zentralorgan, Köln 1988.

⁶⁵ Gottschalk in: Pfeiffer, S. 46. Gottschalk beruft sich auf Recherchen des Spiegel Ende der fünfziger Jahre, ohne genaue Quellenangabe. Im Spiegel vom 25. 2. 1959 wird der Sachverhalt unter dem Titel „Die Mayflower“ allerdings etwas anders dargestellt: „Der stellvertretende Vorsitzende dieser Gesellschaft [*gemeint ist die Wipog*], der ehemalige preußische Finanzminister Otto Klepper, wurde erster Geschäftsführer der Frankfurter Allgemeinen und brachte die drei Gründungsfinanziers zusammen.“ Es folgen die Namen: Seeling, Haffner, Max A. Schmid.

folgerung führt, daß sich in der Deutschen Bank „die eigentliche ‚Patin‘ der Zeitung vermuten“ läßt. So einfach ist das: Die FAZ selbst stellt sich als eine völlig unabhängige Tochter der „FAZIT-Stiftung“, einer „Gemeinnützigen Verlagsgesellschaft“, dar, und ihre antikapitalistischen Kritiker lassen die alte *Frankfurter Zeitung*, kaum daß der Lizenzzwang aufgehoben wurde, als Tochter des Kapitals, deren Spuren schließlich alle zur Deutschen Bank und folglich zu Hermann Josef Abs, dem „klugen Kopf“ dahinter, führen, wieder erstehen⁶⁶.

So einfach ist es aber nicht. Die Gründungsgeschichte der FAZ ist komplizierter und darum auch sehr viel interessanter, als die beiden unzulässig vereinfachenden Versionen suggerieren. Es ist nicht nur die Geschichte einer Zeitungsründung in der frühen Nachkriegszeit mit den damit verbundenen Schwierigkeiten, sondern sie spiegelt ebenso die Auseinandersetzungen über den angemessenen Umgang mit dem Erbe der ‚braunen‘ Vergangenheit wie das Ringen um den ‚richtigen‘ Weg in die Zukunft mit all den dazugehörigen politischen und wirtschaftlichen Problemen wider. Insofern ist die frühe Geschichte der FAZ zugleich ein Stück Nachkriegsgeschichte, an der sich auch Symptomatisches über die Art der Entwicklung der jungen Bundesrepublik ablesen läßt. Es ist deshalb nur schwer zu verstehen, warum die FAZ ihre Herkunft im Ungewissen läßt. Eine Erklärung könnte in dem Wunsch der FAZ liegen, als vollkommen unabhängiges Blatt zu gelten, gerade weil die Zeitung immer wieder mit der Wirtschaft und den CDU-Regierungen identifiziert worden ist. Die FAZ glaubt offensichtlich, ‚Imagepflege‘ um jeden Preis, auch um den der Glaubwürdigkeit, betreiben zu müssen, indem sie ihre Vergangenheit verleugnet und von sich selbst behauptet: „Besser als bei der FAZ kann die Unabhängigkeit einer Zeitung nicht gesichert werden.“⁶⁷

Wie also waren die Anfänge der FAZ? Auf Betreiben von Klepper und Mueller, die darum bemüht waren, die „Konzeption [*der Wipog*] von der deutschen und europäischen Lage in die breite Öffentlichkeit zu tragen“⁶⁸, wurden auf der Vorstands- und Beiratssitzung der Wipog im Januar 1949 Beschlüsse „zur Erweiterung der Publizität und zur Verstärkung des Zusammenhangs mit den Mitgliedern“ gefaßt⁶⁹. In der zweiten Sitzung von Vorstand und Beirat der Wipog am 9. Juli 1949 hatten sich die Pläne für eine Zeitungsründung bereits konkretisiert. Im Sitzungsprotokoll, das mit dem ausdrücklichen Hinweis versehen ist, „daß über den Gegenstand der Beratungen bis auf weiteres volle Vertraulichkeit gewahrt bleiben muß“, heißt es: „Vorstand und Beirat [*haben*] ei-

⁶⁶ Pfeiffer, S. 33. Vgl. dagegen: Klepper an Oberbürgermeister Walter Kolb, 17. 11. 1949: „So wie wir unsere eigenen Ziele gesteckt haben, so sehr möchten wir den Anschein vermeiden, als beachteten wir, uns den Ruf der Frankfurter Zeitung zunutze zu machen. Wir fühlen uns fairer Weise verpflichtet, jeder Verwechslung unseres Blattes mit der Frankfurter Zeitung vorzubeugen“ (HdA/K-FAZ).

⁶⁷ „Alles über die FAZ“, S. 18.

⁶⁸ Klepper an Jacob Hecht (Transport- und Schifffahrts AG, „Neptun“, Basel), 5. 10. 1949 (HdA/K-FAZ).

⁶⁹ Vorst./Beir.: Sitzung des Vorstandes und des Beirats der Wipog am 11. 1. 1949. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt: 1. monatliche Mitteilungen an die Mitglieder der Wipog mit einem Bericht „Zur Lage“, der meistens aus der Feder von Klepper stammte und am gleichen Tag als Leitartikel in der Allgemeinen Zeitung, „mit deren Redaktion eine fortlaufende Fühlung und Gedankenaustausch“ bestand, erschien. 2. Hinweis auf die seit dem 1. 2. 1949 erscheinenden „Beratungsbriefe“. 3. Verstärkung des Kontaktes zu den Mitgliedern auf allen Ebenen. 4. Intensivierung der Zusammenarbeit mit der Presse. Im Laufe des Frühjahrs 1949 hatte sich die Wipog bereits etabliert und zählte ca. eineinhalbtausend Mitglieder (Akte statistische Angaben).

nen Bericht über die in Richtung auf eine Erweiterung unserer publizistischen und politischen Wirksamkeit vorbereiteten Aktionen entgegengenommen und dem vorgetragenen Plan zugestimmt.“ In der Niederschrift wird genauer ausgeführt, daß „die beiden Vorsitzenden [*Mueller und Klepper*] mit den Verlagen der *Allgemeinen Zeitung* und der *Frankfurter Neuen Presse* Verhandlungen über die Verlegung der *Allgemeinen Zeitung* nach Frankfurt/Main und eine etwaige Verbindung zwischen den beiden Zeitungen derzeit führen. Der Gedanke, in Frankfurt eine unabhängige Zeitung größeren Stils für West-Deutschland erscheinen zu lassen, [...] wurde begrüßt. Die Durchführung des Plans würde die Gewähr für die Vertretung einer politischen und wirtschaftspolitischen Generallinie bieten, die der Konzeption der Gesellschaft entspricht.“⁷⁰

Zur Wahl standen drei Alternativen: die Übernahme der *Frankfurter Neuen Presse* (FNP)⁷¹, die Wiederbelebung der alten, 1943 von den Nationalsozialisten verbotenen *Frankfurter Zeitung*, eventuell zu kombinieren mit *Der Gegenwart*, die einen Teil des ehemaligen Redaktionsstabes der alten *Frankfurter* übernommen hatte, oder ein Zusammengehen mit der *Allgemeinen Zeitung* in Mainz. Von der ersten Alternative hielt Klepper gar nichts, da ihm der bisherige Redaktionsstab und vor allem der Lizenzträger⁷² ungeeignet erschien, um seine beziehungsweise die Konzeption der Wipog umzusetzen. Auch den „Promotoren“ der zweiten Alternative traute er weder zu, „eine fundierte Konzeption“, noch „einen geeigneten Redaktionsstab zu bilden“⁷³. Außerdem gab es das Problem der Eigentumsverhältnisse, da der alte Besitzer des Societätsverlages, Kurt M. Simon, der inzwischen in New York lebte, Restitutionsansprüche gestellt hatte⁷⁴.

Die dritte Alternative, ein Zusammengehen mit der Mainzer *Allgemeinen*, schien Klepper noch das aussichtsreichste Projekt⁷⁵, zumal er bereits Kontakte zu dem „zuständigen Presseemann“ der französischen Militärregierung geknüpft hatte, um die notwendige Meinungsfreiheit zu sichern⁷⁶. Außerdem gab es über das Wipog-Beirats-Mit-

⁷⁰ Ebenda, „Niederschrift über die vertrauliche Vorstands- und Beiratssitzung vom 9. Juli 1949“ und Anschreiben vom 12. 7. 1949 (Hervorhebung im Original). Es wurde außerdem beschlossen, daß die anwesenden Mitglieder des Vorstandes und des Beirats sich verpflichteten, innerhalb der nächsten 14 Tage „mindestens je eintausend D-Mark durch die Gewinnung neuer Firmenmitglieder, neuer Abonnenten für den Beratungsbrief oder auf andere Weise zu beschaffen“.

⁷¹ HdA/K-FAZ, Klepper an Haffner, 1. 4. 1949. Am 16. 7. 1949 fand eine Beratung zwischen den Vertretern der FNP, der Mainzer *Allgemeinen* und der Wipog statt (Klepper an Welter, 11. 7. 1949).

⁷² Ebenda. Der Herausgeber war Hugo Stenzel, sein Chefredakteur Marcel Schulte, der dem Londoner Korrespondenten der FAZ gegenüber behauptete, er habe die Fusion zu Fall gebracht, Stenzel sei ja viel zu gutmütig und zurückhaltend. Schulte scheint dem Bericht nach zu urteilen kein hochqualifizierter Journalist gewesen zu sein. „Nach dem hiesigen Eindruck kann einem die FNP und Stenzel mit einem solchen Chefredakteur nur leid tun“ (Abschrift des vertraulichen Berichts für Klepper vom 12. 11. 1949).

⁷³ K/Kor., Klepper an Haffner, 1. 4. und 7. 6. 1949

⁷⁴ Ebenda, Kurt M. Simon an Klepper, 21. 2. 1949. Klepper schickte diesen Brief am 15. 3. 1949 weiter an Ludwig Erhard, der als Wipog-Vorstandsmitglied ebenfalls mit dem Zeitungsprojekt befaßt war und Simon anläßlich einer USA-Reise in New York deshalb besuchen sollte, was Klepper arrangiert hatte.

⁷⁵ Wenngleich Klepper vermutete, daß der Verlag eine neue Kapitalbeteiligung und die Redaktion Einfluß scheuten. Das Hauptproblem war für Klepper „die Einigung über einen gemeinsamen politischen und wirtschaftspolitischen Kurs“, Klepper an Haffner, 1. 4. 1949 (ebenda).

⁷⁶ Ebenda und Eduard Ernst, L'Inspecteur De Presse De Mayence, an Klepper, 8. 4. 1949; Ernst äußert sich begeistert über die Bekanntschaft mit Klepper.

glied Erich Welter, den Klepper noch aus der Weimarer Zeit kannte, bereits einen guten Kontakt zur Mainzer *Allgemeinen*, bei der dieser seit Juni 1948 „beratender ständiger Mitarbeiter“ für den geplanten „Ausbau“ des Blattes zu einer „großen, maßgebenden deutschen“ Zeitung war⁷⁷. Die Bedenken Haffners bezüglich einer „sozialistischen Anfälligkeit“ Welters wies Klepper zurück⁷⁸. Diese Bemerkung Haffners ist symptomatisch für die Betrachtung von Personen in jener Zeit. Die einen fragten nach der „sozialistischen Anfälligkeit“, die anderen nach der ‚braunen Vergangenheit‘.

Der Fall Welter ist nun in diesem Zusammenhang besonders interessant, denn Welter war von 1934 bis 1943 bei der *Frankfurter Zeitung*, wie Pfeiffer meint, sogar als „Rechtsaußen“⁷⁹. Die traditionsreiche Zeitung verdankte ihr so langes Bestehen vor allem ihrer Eigenschaft, als „Aushängeschild“ für das Ausland zu dienen⁸⁰. Wenn die *Frankfurter Zeitung* in dieser Zeit auch versucht hatte, die „Wahrheit zwischen den Zeilen“ zu schreiben und „eine verbissene, bisweilen auch zweideutige Art des verdeckten Widerstandes, hart an der Grenze der Stummheit“ zu leisten, so durchlebte sie keinesfalls eine „Zeit des pragmatischen Heroismus“⁸¹ und entsprach schon gar nicht dem „Bild des geradezu einzigartigen Widerstandes“, das Günter Gillessen zu entwerfen versucht hat⁸². Auf Welter, der übrigens, zusammen mit Paul Sethe⁸³, zum *Völkischen Beobachter* versetzt worden war, bezogen, hätte man also eher einen ‚braunen‘ als einen ‚roten‘ Verdacht hegen können; zumal Welter in seinem 1943 veröffentlichten Buch „Der Weg der deutschen Industrie“ einen „stark an Unternehmerinteressen ausgerichteten Standpunkt problemlos mit zentralen Elementen nationalsozialistischer Ideologie“ zu verbinden vermochte⁸⁴.

Warum Welters Verhalten während des ‚Dritten Reiches‘ für Klepper offenbar kein Grund war, mit ihm nicht zusammenzuarbeiten, läßt sich vielleicht auf folgende Weise erklären: Zum einen konnte er sich in einem wesentlichen Punkt mit Welter einig fühlen, nämlich mit dessen schon in dem erwähnten Buch vertretener Ansicht, daß „nationale und kontinentale Autarkiepolitik als Übergangslösung“ betrachtet werden müsse und „das eigentliche Ziel [...] in der Ausweitung der Märkte, in einer antiprotektionistischen Politik und der Herstellung eines europäischen und weltweiten freien Warenaustausches“ liege. Zum anderen wird Klepper Welters journalistische Fähigkeiten geschätzt

⁷⁷ Kor/Hrsg., Nr. 49, Welter, Schreiben des Mainzer Verlages an Welter, 23. 6. 1948.

⁷⁸ K/Kor., Klepper an Haffner, 1. 4. 1949. Klepper verwies darauf, daß er sich darin und in der ganzen Zeitungsangelegenheit mit Mueller einig sei.

⁷⁹ Pfeiffer, S. 33.

⁸⁰ Hummerich, S. 56. Vgl. auch Pfeiffer, S. 28.

⁸¹ Jan Reifenberg, Vorwort zu Hummerich, S. 8. Reifenberg zitiert Dolf Sternberger.

⁸² Pfeiffer, der sich auf ein Gespräch mit Walter Dirks beruft, S. 40. Vgl. Gillessen, Auf verlorenem Posten – Die Frankfurter Zeitung im Dritten Reich. Selbst in „Alles über die FAZ“ steht nur sehr vorsichtig: „Trotz der harten Diktatur war diese nicht gleichzuschaltende Stimme für hellhörige Leser bis dahin vernehmlich geblieben“, S. 1. Vgl. Abosch, Widerstand zwischen den Zeiten der Selbsttäuschung? Die Frankfurter Zeitung unter Hitler, in: Neue Zürcher Zeitung, 17. 2. 1987.

⁸³ Sethe bestätigt, daß er „während des Krieges ‚Durchhalte-Artikel‘ in der Frankfurter Zeitung geschrieben“ habe und daß er „an den Völkischen Beobachter dienstverpflichtet“ worden sei, weil er sich geweigert habe, in die NSDAP einzutreten und nun „in Berlin ‚erzogen‘ werden sollte“, „ein Gutachten über seine staatsfeindliche Gesinnung“ habe beim SD der SS vorgelegen, er habe das Vertrauen Goerdelers und der Leute vom 20. Juli besessen (Antwort auf einen ihn persönlich angreifenden Artikel in der Frankfurter Rundschau, in: Kor/Hrsg., Sethe).

⁸⁴ K. Schulz, S. 148 f., basierend auf Welter, S. 201.

und den durch ihn hergestellten Kontakt zur Mainzer *Allgemeinen* gebraucht haben; gleiches galt sicher auch für Welters gute Kontakte zur Industrie. Außerdem war Welter Mitglied der Wipog und im Oktober 1948 von der Mitgliederversammlung in den Beirat gewählt worden⁸⁵, was bedeutete, daß er die Konzeption der Wipog mittrug. Das aber heißt, daß Welter von seinem noch in dem Buch vertretenen absoluten Unternehmerstandpunkt, der die Interessen und die Mitwirkung der Arbeiterklasse vollkommen außer acht ließ, abgerückt sein muß⁸⁶. Klepper setzte sich denn auch persönlich dafür ein, daß Welter die Genehmigung des rheinland-pfälzischen Kultusministers Adolf Süsterhenn bekam, um als Herausgeber wirken zu können. Er hielt dies, wie er an Lübke schrieb, „für unsere Richtung sehr erwünscht“⁸⁷. Insofern war der Sozialismus-Verdacht von Haffner besonders pikant, er mußte, wenn überhaupt, auch Klepper selbst und die von ihm mitgeprägte Wipog treffen.

Aus einem längeren Sondierungsprozeß hat sich schließlich herauskristallisiert, daß die Wipog und der Mainzer Verlag, der unter anderem die *Allgemeine Zeitung* herausgab, in Verhandlungen eintraten, um eine neue überregionale Zeitung zu gründen, die von den Mainzern den Namen *Allgemeine Zeitung* übernahm und, da nach Frankfurt verlegt, schließlich den Titel *Frankfurter Allgemeine Zeitung* erhielt. Wie stark die Veränderung und Erweiterung der Mainzer Zeitung heruntergespielt werden sollte, beweist ein Brief Welters an Klepper sechs Wochen vor ihrem ersten Erscheinen. Es ging um die Frage, ob man die Leser der *Allgemeinen Zeitung* über die bevorstehende Veränderung informieren sollte oder nicht: „Es gibt für uns nur ein Gebot, das ist die Erhaltung und Vergrößerung des Leserkreises. Aus diesem Grund sollten wir uns hüten, die Leser mit irgendwelchen Erklärungen, die sie im Grunde nichts angehen, scheu zu machen. Wenn sich der Titel der Zeitung ändert und das Blatt verlegt wird, dann, und nicht vorher, ist der richtige Zeitpunkt gekommen, den Leser davon zu unterrichten, daß eine Verbesserung vorgenommen wird. Das muß dann gleich verbunden sein mit genauen Ankündigungen über Zustellung, neue Anschriften usw. Diesen Ankündigungen muß sofort die Tat folgen, die den Leser darüber belehrt, daß er tatsächlich nun besser fährt.“⁸⁸ Das heißt, daß sich für die Leserschaft der Mainzer *Allgemeinen* lediglich der Titel ändern und der Horizont ihrer Zeitung, die bisher einen starken Akzent auf den lokalen und den Wirtschaftsteil gelegt hatte, erweitern sollte. Die Assoziation, daß Welter als ehemaliger Redakteur der *Frankfurter Zeitung* an eine indirekte Wiederbelebung ‚seines‘ alten Blattes gedacht hat, lag nahe.

Die Gründung der FAZ vollzog sich auf drei Ebenen, auf denen parallel zueinander Verhandlungen geführt wurden: Auf der ersten zum Gründungsprozeß der FAZ gehörigen Ebene verhandelten der Mainzer Zeitungsverlag GmbH (MZV), vertreten durch Direktor Georg Held, und die Wipog, vertreten durch Rechtsanwalt Rudolf Mueller und Klepper selbst. Bevor die Wipog in die entscheidenden Verhandlungen mit Mainz eintrat, besprach sie ihr Verhandlungskonzept mit den Geldgebern und ließ sich die Bereit-

⁸⁵ Vorst./Beir., Schreiben der Wipog, gez. Drechsler an Welter, 26. 10. 1948.

⁸⁶ Welter, S. 149.

⁸⁷ K/Kor., Klepper an Lübke, 5. 10. 1949. Die Genehmigung wurde prompt gegeben, Lübke an Klepper, 28. 10. 1949.

⁸⁸ HdA/K-FAZ, Welter an Klepper, 22. 9. 1949.

stellung unkündbarer Darlehen durch die Geldgeber bestätigen⁸⁹. In der Verhandlung zwischen Wipog und Mainz am 9. September 1949 in Mainz wurde der Grundriß des späteren Vertrages entworfen⁹⁰. Umstritten war vor allem die Auswahl der Herausgeber und das Recht zur Teilnahme an Redaktionskonferenzen sowie deren Einberufung durch die beiden Verwaltungsratsvorsitzenden, zu denen Ferdinand Rothe von der Verlagsanstalt und Druckerei Will & Rothe und Klepper ernannt wurden. Schon am 28. September 1949 kam es zwischen den beiden Parteien zu dem für alle späteren Vereinbarungen geltenden Grundsatzabkommen, in dem die Wipog sich verpflichtete, zusätzlich zu den 51 000 DM Stammkapital ein Darlehen von 699 000 DM einzubringen, während der Mainzer Zeitungsverlag 49 000 DM einzuzahlen hatte. Rothe und Klepper erhielten im Falle ihrer Teilnahme an den Redaktionskonferenzen das Recht, den Vorsitz zu führen und eine Stimme abzugeben⁹¹. Diese Bestimmung wurde in den späteren endgültigen Vertrag, der auf der Basis des Abkommens vom 28. September nach vielen Verhandlungen, Verzögerungen und Querelen⁹² als Gesellschaftsvertrag zustande kam, nicht mehr aufgenommen.

Am 12. Dezember 1949 war es endlich soweit: Der Mainzer Zeitungsverlag, vertreten durch Georg Held, und die Wipog, vertreten durch Rudolf Mueller, gründeten im Beisein des Anwalts und Notars Hans Dallwig die Verlags-GmbH in Frankfurt/Main, die die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* herausgibt⁹³. Wesentliche Bestimmungen waren: Die Abtretung eines Geschäftsanteils an Nichtgesellschafter bedurfte der einstimmigen Genehmigung der Gesellschafterversammlung. Diese gehörte neben dem Verwaltungsrat sowie dessen geschäftsführendem Ausschuß und einem Geschäftsführer zu den Organen der Gesellschaft. Die Kompetenzenverteilung zwischen den Organen, die Tagung beziehungsweise Einberufung der Gesellschafterversammlung, zu der auch der Geschäftsführer befugt war, wurden genau geregelt. Der Verwaltungsrat, der aus 12 Perso-

⁸⁹ Ebenda, Verhandlungen mit den Geldgebern am 6. 9. 1949 in Starnberg, Protokoll der Sitzung. Vgl. Mueller an Haffner, 7. 9. 1949 und Klepper an Rothe, 12. 9. 1949.

⁹⁰ Ebenda, Protokoll der Sitzung in Mainz vom 9. 9. 1949, Klepper und Mueller waren die Vertreter der Wipog und der Wirtschaft. Der Mainzer Beirat war vertreten durch Rechtsanwalt Schmitt, Willi Strecker, Rudolf Christ und Erich Dombrowski, sowie durch die Geschäftsführer, Adolf Fraund und Georg Held.

⁹¹ Ebenda, Vertrag zwischen Mainzer Zeitungsverlag GmbH, vertreten durch Direktor Georg Held, und Wipog, vertreten durch Mueller und Klepper, 28. 9. 1949.

⁹² Zwei Wochen nach Vorvertragsabschluß ergab sich „eine peinliche Überraschung“, daß nämlich die Auflage der Mainzer Allgemeinen Zeitung viel niedriger war, als vom Verlag „im Laufe der Verhandlungen angegeben“ (Klepper an Rothe, 11. 10. 1949); vgl. dazu Antwortschreiben aus Mainz (13. und 14. 10.) sowie Klepper an Mueller (14. 10. 1949) und dessen Antwort aus NY (18. 10. 1949) und Klepper an Rothe (15. 10. 1949). Am 28. 10. 1949 fand eine Besprechung statt, bei der auch Vertreter des Förderkreises anwesend waren, der sich den Standpunkt der Wipog zu eigen gemacht hatte. Die Atmosphäre zwischen den Partnern wurde dadurch stark belastet und die Anfänge der FAZ erschwert. Doch, wie Mueller in einer Aktennotiz über eine Besprechung mit Fraund am 11. 11. 1949, die von Fraunds Seite wohl dazu hatte dienen sollen, die Atmosphäre zu verbessern, meinte, würden die Förderer, die an den laufend notwendigen Verwaltungsratssitzungen teilnehmen mußten, wenigstens „in die Schwierigkeiten der Auseinandersetzungen“ eingeführt und die Wipog damit etwas entlastet, über die laufende Entwicklung berichten zu müssen. Mueller erklärte die Schwierigkeiten mit Mainz dadurch, „daß die Mainzer Interessen zu klein sind, daß man sich in der jetzt entstehenden Größenordnung unbehaglich fühlt und den damit verbundenen bekannten Unaufrichtigkeiten“.

⁹³ Ebenda, Gesellschaftsvertrag vom 12. 12. 1949, Urkundenrolle Nr. 562 und 584.

nen bestand, hatte unter anderem die Geschäftsführung zu überwachen. Sollte das jedoch nicht gelingen, mußte die Gesellschafterversammlung mit Stimmenmehrheit einen Beschluß fassen⁹⁴. Als Vorsitzende des Verwaltungsrates wurden Ferdinand Rothe, dessen Druckerei den Druckauftrag bekam⁹⁵, und Klepper, der zugleich alleiniger Geschäftsführer war, nochmals bestätigt⁹⁶. Damit hatte Klepper eine starke Position und kontrollierte sich gewissermaßen selber. Für die Ein- oder Abberufung von Verwaltungsratsmitgliedern, Geschäftsführern der GmbH und Herausgebern oder für die Entsendung eines Mitgliedes des Verwaltungsrates in die Geschäftsführung war eine qualifizierte Mehrheit des Verwaltungsrates notwendig. Die umstrittene Frage zum Einfluß der Geschäftsführung auf die Redaktionskonferenzen war nicht mehr Gegenstand des Gesellschaftervertrages, sondern wurde durch eine vom Verwaltungsrat aufzustellende Geschäftsordnung geregelt. Die Herausgeber, Erich Dombrowski als primus inter pares, Hans Baumgarten, Erich Welter, Paul Sethe und Karl Korn, standen zum Unternehmen in einem Dienst- beziehungsweise Angestelltenverhältnis. Ihre Rechte und Pflichten wurden in einem besonderen Vertrag geregelt⁹⁷.

Dies war also die zweite Ebene, auf der Verhandlungen zwischen der Wipog, vertreten durch Babette Gross, die Verlagsleiterin⁹⁸, und Klepper, den einzigen Geschäftsführer, und den künftigen Herausgebern geführt wurden. In den Verhandlungen ging es zunächst um die Übernahme des Redaktionsstabes und dessen Aufteilung zwischen Mainz, wo die Druckerei verblieb, und Frankfurt. Im ganzen wurden 20 Redakteure, Sekretärinnen und Mitarbeiter, darunter die genannten Herausgeber von der *Allgemeinen Zeitung*, übernommen⁹⁹. Im übrigen ging es in den Verhandlungen um die Kompe-

⁹⁴ Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung am 30. 1. 1950. Zu Mitgliedern des Verwaltungsrates der FAZ wurden von der Gesellschafterversammlung Rothe und Fraund sowie Klepper und Werner G. Hoffmann gewählt. Mueller war durch Hoffmann als Vertreter der Förderer ersetzt worden. Diese vier waren zugleich Mitglieder des Präsidialausschusses, ferner wurden in Abänderung zum bisherigen Verwaltungsrat folgende Mitglieder gewählt: für die Wipog: Mueller, Hans H. Matthiessen, Albrecht Pickert und Adolf Schüle und für Mainz Rechtsanwalt Schmitt, Ludwig Schroeder, Ludwig und Willy Strecker. Der Mainzer Verlag erhielt die Erlaubnis, bei seinen Lokalzeitungen den Titel Allgemeine Zeitung weiter zu verwenden, außerdem durften die lokalen Blätter Artikel der FAZ unter Angabe der Quelle und gegen ein Entgelt von 8 000 DM im Monat nachdrucken. Es ergaben sich bald Probleme aus diesen Bestimmungen, da die FAZ die sog. lokalen Blätter im Raum Mainz und Wiesbaden zunehmend als Konkurrenz empfand.

⁹⁵ Ebenda, Vorläufiger Druckvertrag zwischen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung GmbH und der Mainzer Verlagsanstalt und Druckerei Will & Rothe, 31. 10. 1949. Bei der Gesellschafterversammlung am 30. 1. 1950 wurde der Druckvertrag als Programmpunkt an den Präsidialausschuß verwiesen, Niederschrift vom 30. 1. 1950.

⁹⁶ Ebenda, § 20 des Gesellschaftsvertrages, Abs. 3: „Der erste Geschäftsführer wird durch die Gesellschafter-Versammlung bestellt.“ Ernennungsurkunde, 28. 12. 1949, gez. von Held und Mueller. Dazu Klepper an Engelmann, 20. 2. 1950: „Wir haben dem Vorsitzenden des dortigen Verwaltungsrats, einem alten Herrn, den Vorsitz auch in unserem Verwaltungsrat angeboten, um seine Gefühle zu schonen. Praktisch leite ich aber das Unternehmen als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrats und alleiniger Geschäftsführer“ (K/Kor.).

⁹⁷ Ebenda, Zusatz zum § 20 des Gesellschaftsvertrages.

⁹⁸ Als zweiter Verlagsleiter wurde Erwin Finkenzeller, bis 1945 Leiter der Ala-Anzeigengesellschaft Berlin, eingestellt. Später kam Viktor Muckel als Verlagsdirektor dazu, und Finkenzeller wurde Vertriebsdirektor. Unterlagen zu Muckel, in: Allg.Kor/FAZ.

⁹⁹ Hda/K-FAZ, Vorbesprechung mit der Redaktion der Allgemein. Zeitung, 26. 9. 1949.

tenzen der Herausgeber, die Aufteilung der Ressorts¹⁰⁰, die Unabhängigkeit der Redakteure sowie um die gesamte Organisation, Auslandsvertretungen, Werbung und den Kopf der Zeitung¹⁰¹. Der Vertrag zwischen der FAZ-Verlagsgesellschaft GmbH und den Herausgebern legte schließlich fest, daß die Zeitung redaktionell von den Herausgebern geleitet und ihre „politische und geistige Haltung“ von diesen bestimmt werden sollte. Die Herausgeber waren „mit 15% an den Anteilen der Verlagsgesellschaft, die ihnen übereignet werden [sollten], beteiligt“. Entsprechend konnten sie an den Sitzungen und Abstimmungen des Kreises der Förderer der FAZ teilnehmen. Die Einstellung der Redakteure und des übrigen Redaktionspersonals geschah durch das Herausgebergremium und den Verlag¹⁰². Diese Bestimmungen erlangten in der späteren Auseinandersetzung noch große Bedeutung und führten zu ständigen Reibereien zwischen der Redaktion und Klepper.

Die Verhandlungen auf der dritten Ebene, nämlich mit den potentiellen Geldgebern der FAZ, waren gewiß die kompliziertesten, weil massive Interessen dahinter standen. Der Konflikt war in gewisser Weise vorprogrammiert. Die Zeitung gewann als überregionale Tageszeitung sehr viel rascher Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung und geriet damit viel stärker in das Magnetfeld unterschiedlichster Interessen als die doch relativ elitäre, auf recht hohem Niveau Bildungsarbeit betreibende Wipog, die zudem als gemeinnütziger Verein immer auf die Spenden der Wirtschaft angewiesen blieb, während die FAZ sich mit der Zeit zu einem selbständigen Wirtschaftsunternehmen entwickeln konnte. Aus dem Kreis derjenigen, die die FAZ finanziell unterstützten und damit auch Anteile erwarben¹⁰³, bildete sich ein Förderkreis der FAZ mit einem Förderauschuß, dessen Mitglieder zugleich Mitglieder der Wipog waren beziehungsweise sein mußten¹⁰⁴, größtenteils aber ohnehin längst ihrem Vorstand oder Beirat angehörten, so wie Mueller, Pentzlin und Pickert, Haffner und Otto A. H. Vogel¹⁰⁵. Hinzu kamen Direktor Hans H. Matthiessen, Hamburg, Max H. Schmid, Generaldirektor der Zellstofffabrik Waldhof, Professor Adolf Schüle, Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Mannheim, und Bergassessor a.D. Friedrich Wilhelm Ziervogel von der Ruhrgas AG, Essen¹⁰⁶.

¹⁰⁰ Impressum der 1. Ausgabe der FAZ vom 1. 11. 1949 nennt Fritz Bayer, verantwortlich für Politik, Jürgen Eick, verantwortlich für Wirtschaft, Martin Ruppert, verantwortlich für das Feuilleton, Hans Roepel, Hermann Ruelius und Adalbert Weinstein sowie Bernhard Gnegel für Heimat und Welt, Sport und Lokales.

¹⁰¹ HdA/K-FAZ, Sitzung vom 30. 9. 1949.

¹⁰² Ebenda, Vorläufiger Vertrag zwischen Herausgebern, Wipog und Mainzer Zeitungsverlag. Bei der Gesellschafterversammlung am 30. 1. 1950 wurde das Herausgeberabkommen als Programmpunkt an den Präsidialauschuß verwiesen, Protokoll vom 30. 1. 1950.

¹⁰³ Ebenda, Liste der bisherigen Anteilzeichner, Stand 10. 10. 1949, führt 21 führende Unternehmen auf, u. a. auch Mercedes, Bosch, Henkel, Continental, Dyckerhoff und Gerresheimer Glashütte.

¹⁰⁴ Allg.Kor/FAZ: Klepper an Hoffmann, 18. 10. 1949. HdA/K-FAZ: Hoffmann an Klepper, 20. 10. 1949: „Auf Ihren Brief vom 18. 10. 1949 habe ich mich sofort als Mitglied der Wipog angemeldet.“

¹⁰⁵ Akte Beirat: Pentzlin und Pickert waren von Beginn an im Wipog-Vorstand, Haffner und Vogel waren von der Mitgliederversammlung am 22. 10. 1948 in den neugeschaffenen Beirat gewählt worden.

¹⁰⁶ HdA/K-FAZ.

Für Klepper und Mueller ging es darum, ähnlich wie für die Wipog selbst, Geldgeber zu finden¹⁰⁷, die bereit waren, eine Zeitung, die die Konzeption der Wipog vertrat, so lange zu finanzieren, bis sie Gewinn abwerfen beziehungsweise sich selber tragen würde. Klepper glaubte „die Kalkulation [...] schon einigermaßen übersehen“ zu können und meinte, es „werden 700 000 notwendig sein“¹⁰⁸, während Welter dagegen vorsichtiger kalkulierte und mit mindestens sechs Monaten Anlaufzeit rechnete, für die ein monatliches Defizit von 100 000 zu erwarten sei. „Dieses Kalkül“, so mahnt er in einem Brief an den Wipog-Vorstand, „ist unbedingt zu beachten, wenn man nicht Gefahr laufen will, durch die Erwartungen der Zukunft enttäuscht zu werden. Das schließt nicht aus, daß ein solches Blatt nach Ablauf von 12 Monaten zu reüssieren vermag und eine ganz angemessene Rendite abzuwerfen in der Lage ist.“¹⁰⁹ Da zeigt sich bereits ein wichtiger Unterschied im Naturell der beiden. Ein Brief Kleppers an seine Kinder liefert eine Erklärung für seinen vielleicht zu großen Optimismus. Es sei, schrieb er, „so ähnlich wie ich vor fünfundzwanzig Jahren die Domänenbank gegründet habe. Ich hatte anfangs auch zu wenig Geld. Aber ich vertraue der Güte der Sache und meinem Stern.“¹¹⁰

Die Aufgabe war schwierig: Sich für die politische Linie verantwortlich fühlend, mußte die Wipog zugleich die Rolle des mehrfachen Vermittlers übernehmen. Zum einen mußte sie einen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen, teils regional, teils industrie-spezifisch¹¹¹ bedingten Wirtschaftsinteressen zu finden versuchen. Hinzu kam die Konkurrenz zwischen Industrie und Landwirtschaft, die traditionell besonders stark war. Hier war vor allem Klepper als Vermittler gefragt, da er stets „auf die Notwendigkeit einer Beteiligung der Landwirtschaft hingewiesen hat“¹¹². Zum anderen hatte die Wipog zwischen denjenigen, die die Zeitung machten, und den Geldgebern zu vermitteln, was dazu führte, daß sie von den Redakteuren faktisch mit der Wirtschaft gleichgesetzt wurde¹¹³, gleichzeitig aber um die Umsetzung ihrer eigenen politischen Linie mit den Herausgebern ringen mußte. Die Zeitung wollte natürlich gerne in der Öffentlichkeit als vollkommen unabhängig erscheinen, wofür der Rat Welters bezeichnend war: „Auch würde ich vorschlagen, alle Hinweise an die Mitglieder der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft zu unterlassen. Die bestehende Freundschaft, die ja auch nicht angeündigt worden war, wird vertieft, sonst geschieht nichts. Alles was die Zeitung in den

¹⁰⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 6. 8. 1949: „Ich war gestern in Düsseldorf und habe mit Ernst Schneider gesprochen. Wenn die ersten 500 000 aufgebracht sind, will er versuchen, den Rest in seiner Gegend aufzutreiben.“

¹⁰⁸ Ebenda.

¹⁰⁹ Ebenda, Welter an den Vorsitzenden der Wipog, 26. 8. 1949.

¹¹⁰ Klepper an seine Kinder, 1949 (nicht genauer datierbar).

¹¹¹ Unterschiede zwischen verarbeitender Industrie aus dem südwestdeutschen Raum, die zunächst tonangebend war, und der Grundstoffindustrie, vor allem aus dem Ruhrgebiet.

¹¹² HdA/K-FAZ, Hoffmann an Klepper, 21. 9. 1949. Hoffmann hat für die Beteiligung seines Corpsbruders, des Landwirts Oscar Rabbethge, an der FAZ geworben und von diesem zunächst eine Ablehnung erhalten, und zwar mit der Begründung, daß die Industrie bereits zu stark beteiligt sei und Erhard eine landwirtschaftsfeindliche Politik betreibe. Doch dann vermochte Hoffmann ihn vor allem durch das Argument zu überzeugen, „daß er durch die Tatsache von [Kleppers] persönliche[r] Einflußnahme auf die Mainzer Sache die Garantie habe, daß die Interessen der Landwirtschaft bestens vertreten“ seien. Rabbethge lehnte aber schließlich doch ab, da „infolge der schwierigen Lage in der Landwirtschaft“ keine Mittel zur Verfügung stünden (ebenda, Rabbethge an Klepper, 27. 9. 1949).

¹¹³ Ebenda, vgl. Protokoll der Mainzer Sitzung vom 9. 9. 1949.

Geruch der Abhängigkeit von einer bestimmten Gruppe bringen könnte, wirkt schädlich und verscheucht Leser.“¹¹⁴ Entsprechend befand sich im Impressum auch keinerlei Hinweis auf die Wipog oder den ersten Geschäftsführer Klepper¹¹⁵. Hier liegen teilweise auch die Gründe dafür, daß die Geburtshelferrolle der Wipog bei der Gründung der FAZ weithin unbekannt geblieben ist, ganz abgesehen von dem bewußten Verschweigen.

Schließlich diente die Wipog aber auch für die Geldgeber als willkommener Schutzschild, hinter dem sie unbekannt bleiben konnten, denn „nach dem Fiasko aller industriell finanzierten Zeitungen in der Vergangenheit“¹¹⁶ waren ihnen die Bestimmungen des Hessischen Pressegesetzes über die Publikationspflicht der am Verlag wirtschaftlich Beteiligten¹¹⁷ unangenehm¹¹⁸. Für sie ging es neben der äußerst unsicheren Geldanlage, von der keineswegs klar war, ob sie sich dereinst rentieren würde, vor allem darum, Einfluß auf die öffentliche Meinung in eigener Sache zu gewinnen. Hier muß allerdings in zweifacher Hinsicht differenziert werden, einmal zwischen denjenigen, die Geld spendeten, aber keine Teilhaber werden wollten¹¹⁹, und zum anderen zwischen denjenigen, die die Wipog von Anfang an auch aus einem gewissen Idealismus heraus unterstützt und ihre Konzeption vertreten haben, und Leuten, die, wie Hans Adolff, Vorstand der J.F. Adolff AG Backnang/Württ., es unmißverständlich formulierte, daß wir „eine Zeitung [*brauchen*], die billig ist, nicht ausschließlich von der sogenannten Intelligenz gelesen wird, sondern die den vielen Gewerkschaftsorganen beim Arbeiter selbst gegenübertritt und die verschiedenen Probleme vernünftig von der Unternehmenseite her beleuchtet“¹²⁰.

Bei den Verhandlungen zwischen Wipog und dem Kreis der Förderer ging es hauptsächlich um die Frage, ob „der Förderkreis die einzige Aufgabe [*habe*], à fonds perdu Zahlungen zu leisten, auf deren Verwendung er keinen Einfluß“ habe, was Werner G. Hoffmann Klepper, nicht zu Unrecht, als Absicht unterstellte¹²¹. Der entsprechende Vorschlag Kleppers hatte gelautet: „Die Wipog ist [*als Treuhänderin des Förderkreises*] ermächtigt, zu entscheiden, in welcher Weise, in welchem Ausmaß und zu welcher Zeit der ihr zur Verfügung gestellte Betrag im Rahmen seiner Zweckbestimmung verwandt

¹¹⁴ Ebenda, Welter an Klepper, 22. 9. 1949.

¹¹⁵ Vgl. 1. Ausgabe der FAZ vom 1. 11. 1949.

¹¹⁶ HdA/K-FAZ, Schneider an Klepper, 31. 10. 1949.

¹¹⁷ Ebenda, Abschrift des § 5, Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, 15. 7. 1949, Nr. 20.

¹¹⁸ Ebenda, Aktenvermerk zu einem Anruf von Deissmann, 12. 10. 1949.

¹¹⁹ Ebenda, Otto Heinrich Franck (Ludwigsburg) an Mueller, 29. 9. 1949, Franck will 10 000 DM spenden und um weitere Interessenten werben, „um den Gesamtbetrag von 25 000 DM zu erreichen“, jedoch keine Beteiligung erwerben.

¹²⁰ Adolff hatte am 25. 10. 1949 ein Darlehen von 25 000 DM gezeichnet (Fin.Kor.FAZ), vgl. ebenda, Mueller an Haffner, 2. 12. 1949, über eine ähnliche Einstellung anderer süddeutscher Unternehmer.

¹²¹ HdA/K-FAZ, Hoffmann an den Wipog-Vorstand, 5. 10. 1949, vgl. auch Allg.Kor/FAZ, Haffner an Klepper, 22. 12. 1949, dem er ein Briefzitat von Seeling an ihn übermittelt: „Unsere Zeitung ist in der Vertretung industrieller Interessen, wie ich jüngst feststellen konnte, auch etwas langsam und lahm. Manchmal habe ich den Eindruck, als hätte die Industrie bei dieser Gründung nur Geburtshilfe geleistet.“ Haffner kommentierte: „Dieser Eindruck ist weit verbreitet und stört die Geldsammlung.“

wird.“¹²² Darin lag Zündstoff, denn die Förderer wollten natürlich „mehr Rechte haben, als nur die Pflicht zur Geldgabe“¹²³.

Nachdem der Vertrag zwischen der Wipog und dem Mainzer Zeitungsverlag am 28. September 1949 abgeschlossen worden war, mußte die im Vertrag eingesetzte Summe von rund 700 000 DM aufgebracht werden¹²⁴, denn bisher war erst die Hälfte fest gezeichnet worden¹²⁵. Dazu fand am 10. Oktober 1949 eine entscheidende¹²⁶ Sitzung statt, zu der Klepper einen Vereinbarungsentwurf vorlegte¹²⁷, der im Vorfeld bereits von Hoffmann heftig kritisiert worden war¹²⁸. Entsprechend hatte die Sitzung ein eher aufschiebendes Ergebnis, was offensichtlich von Klepper beabsichtigt worden war¹²⁹. Die Wipog einigte sich mit den sechzehn Geldgebern¹³⁰, unter denen auch Hoffmann, Seeling und Haffner waren, laut Gottschalk die Hauptfinanziers der FAZ¹³¹, einen Ausschuß der Geldgeber¹³² zu bilden. Dieser sollte einen neuen Vertragsentwurf ausarbeiten. Außerdem wurde Klepper „ermächtigt, alle für die Vorbereitung der FAZ erforderlichen Maßnahmen so durchzuführen, als ob bereits eine definitive Regelung

¹²² HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung vom 10. 10. 1949, Unterschweinstiege bei Frankfurt/M.

¹²³ Ebenda, Werner G. Hoffmann an den Wipog-Vorstand, 5. 10. 1949.

¹²⁴ Auf der Suche nach Anteil-Zeichnern oder Spendern: Klepper an Alfred Knoerzer, 5. 10. 1949 mit der Bitte, über Generaldirektor Ernst Hagemeyer eine Verbindung zu den Adler-Werken in Frankfurt/M. herzustellen, was von Hagemeyer positiv aufgenommen worden ist, Knoerzer an Klepper, 19. 10. 1949. Hoffmann hat 25 000 DM überwiesen, Mueller dankt Hoffmann am 5. 10. 1949, Rechtsanwalt Wolfgang Holzmann überweist offensichtlich im Namen von Deissmann am 8. 12. 1949 ein Darlehen von 25 000 DM (Fin.Kor.FAZ), wofür Klepper sich am 15. 12. 1949 bedankt, ebenso dankt er Franz Grabowski für die Überweisung von 25 000 DM der Buderuschen Eisenwerke am 2. 11. 1949, und Ziervogel teilt eine Beteiligung des Bergbaus über 25 000 DM mit sowie die Bereitschaft der Gerresheimer Glashütte, Inserate zu finanzieren; Hermann Reusch und die anderen großen Glasunternehmen hätten eine Beteiligung abgelehnt (HdA/K-FAZ).

¹²⁵ Ebenda, Klepper an Vogel, 27. 9. 1949. Aus dem Brief geht hervor, daß Vogel für das Projekt verhandelte. Der Grundstock des Kapitals war bereits auf der Sitzung in Kornwestheim am 11. 8. 1949 gelegt worden, als zehn der anwesenden Unternehmer je 10 000 DM Startkapital zu Verfügung gestellt hatten (K. Schulz, S. 151, er beruft sich auf Gespräche mit Mueller und Pufendorf).

¹²⁶ Ebenda, Klepper an Vogel, 5. 10. 1949, den er bedrängt, trotz seiner Absage unbedingt zu kommen, wegen „der Wichtigkeit der Sache“.

¹²⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 2. 10. 1949, mit dem er sich zu einer Vorbesprechung treffen möchte.

¹²⁸ Ebenda, Hoffmann an den Vorstand der Wipog, 5. 10. 1949. In diesem Brief nimmt Hoffmann detailliert zu dem von Klepper vorgelegten Entwurf Stellung.

¹²⁹ Ebenda, vgl. Klepper an Mueller, der in New York weilte, 14. 10. 1949: „Es ist alles glatt gegangen.“

¹³⁰ Ebenda, zu den Förderern gehörten einerseits Mitglieder aus dem Wipog-Vorstand bzw. -Beirat wie Deissmann, Pentzlin und Haffner, andererseits Vertreter großer Unternehmen wie Brown-Boveri, Ruhrgas und Lanz AG.

¹³¹ Gottschalk, S. 46 f. Dazu Pfeiffer, S. 33 f.: „Werner G. Hoffmann und Max A. Schmid, beide aus der Direktion der Zellstofffabrik Waldhof in Mannheim“, wobei Hoffmann unter dem Vorstandsvorsitzenden und „väterlichen Freund“ Schmid Karriere gemacht habe und schließlich von Schmid „für den Aufbau der FAZ“ freigestellt worden sei.

¹³² HdA/K-FAZ, Protokoll. Zu dem Ausschuß gehörten Deissmann, Haffner, Hoffmann, Pentzlin und Vogel; der Ausschuß war eine von Klepper initiierte Lösung, um Hoffmanns Einwendungen gegen den Vertragsentwurf erst mal beiseite zu schieben (Klepper an Mueller, 14. 10. 1949). Vgl. ebenda, Aktennotiz von Deissmann über seine beiden Gespräche mit Hoffmann und mit Pentzlin über die Rolle des Förderkreises in der Sache der Zeitungsgründung vom 13. 10. 1949 als Vorbereitung für die Sitzung von Förderern und Wipog am 15. 10. 1949.

des Verhältnisses zwischen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft und den Geldgebern vorläge“¹³³.

In einer Besprechung zwischen Hoffmann, Haffner, Pentzlin und Vogel auf der einen und Klepper sowie drei Vertretern der Wipog auf der anderen Seite wurde schließlich beschlossen, daß die Wipog „alleinige Gesellschafterin der neu zu gründenden Verlags GmbH FAZ“ sei und „politisch und wirtschaftspolitisch die Konzeption der Wipog ihren Ausdruck“ in der parteipolitisch nicht gebundenen FAZ finden solle¹³⁴. Die Wipog trat als Treuhänderin der Förderer auf¹³⁵. Damit hatte sich Kleppers Vorschlag durchgesetzt. Der Darlehensvertrag, der jedem Darlehensgeber zur Unterzeichnung vorgelegt werden sollte, ging offenbar auf eine Anregung Deissmanns, der ein Bekanntwerden der einzelnen Spender vermeiden wollte, zurück¹³⁶. Er besagte, daß die Wipog „die publizistische Verbreitung ihrer politischen und wirtschaftspolitischen Konzeption zu erweitern“ beabsichtige, daß aber „zur Verwirklichung dieses Vorhabens [...] das Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen nicht“ genüge und folglich „von Seiten des Darlehensgebers unkündbare“ und nur bei „erzielten Erträgen verzinsliche“ Darlehen zur Verfügung gestellt werden“¹³⁷. Jedes Darlehen von 25 000 DM entsprach einer Stimme im Förderkreis. Bei Unstimmigkeiten zwischen Herausgebern und Geschäftsführung mußte der Förderausschuß gehört werden. Bedeutsamer war allerdings, daß die Förderer über die Wipog im Verwaltungsrat der FAZ vertreten waren¹³⁸.

Die erste Nummer der FAZ erschien am 1. November 1949¹³⁹. Wie Zeitzeugen berichten, gingen Mitglieder der Wipog, eine der Damen, Maria-Elisabeth de Gruyter, sogar zu Pferde, mit Schellen durch die Stadt und machten Reklame für die neue Zeitung. Das Projekt ließ sich gut an, die Zeitung erfreute sich zunächst großer Beliebtheit¹⁴⁰, die Abonnentenzahlen stiegen stetig¹⁴¹ und die Inserate nahmen zu¹⁴². In der Gesellschafterversammlung vom 30. Januar 1950 wurde der Geschäftsführung für ihren „Erfolg der ungewöhnlichen Steigerung der Verkaufsauflage der FAZ in der kurzen Zeit ihres Bestehens“ gedankt und Anerkennung gezollt¹⁴³. Doch in selbiger Sitzung zeigten sich auch

¹³³ Ebenda. Ferner wurde beschlossen, „daß für die Zahlungen der Anteile sowohl die Form des unkündbaren Darlehens wie der Spende angewandt werden kann“.

¹³⁴ Ebenda, Aktennotiz über die Besprechung vom 15. 10. 1949.

¹³⁵ Ebenda, Bericht über die Sitzung vom 10. 10. 1949 in einem Brief Kleppers an Walter Bauer, der bei der Sitzung nicht anwesend war, 11. 10. 1949.

¹³⁶ Ebenda, Aktennotiz von Deissmann, 13. 10. 1949.

¹³⁷ Ebenda, Darlehensvertrag.

¹³⁸ Ebenda, „Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung der FAZ GmbH am 30. Januar 1950 in Wiesbaden“.

¹³⁹ Ebenda, Der Oberbürgermeister, Walter Kolb, bedankte sich für die Stadt Frankfurt und wünschte der Zeitung Glück, 1. 11. 1949, Antwort Kleppers vom 17. 11. 1949.

¹⁴⁰ In Kleppers Korrespondenz sind viele positive Reaktionen auf die FAZ in ihrer Anfangsphase zu finden, später häufen sich die negativen Kommentare.

¹⁴¹ Eine im Januar 1950 von der Geschäftsleitung in Auftrag gegebene markanalytische Untersuchung des Abonnementkreises der FAZ ergab, daß die Abonnentenzahl im Februar und März von etwa 22 000 auf 30 386 angestiegen war. Der größte Teil der Leserschaft gehörte der Mittel- und Oberschicht an, einer Schicht, wie der Untersucher sich ausdrückt, „mit hohen kulturellen und zivilisatorischen Bedürfnissen“. Freie Berufe, Angestellte und Beamte machten knapp 45% der Leser aus.

¹⁴² Fin.Kor.FAZ, Klepper an Beerbohm, 22. 3. 1950.

¹⁴³ HdA/K-FAZ, Niederschrift über die Gesellschafterversammlung und Verwaltungsratssitzung der FAZ-GmbH am 30. 1. 1950 in Wiesbaden.

schon Ansatzpunkte für mögliche Konflikte. „Sorgenkind und wesentlicher Anlaß zur Kritik [*war*] noch der Wirtschaftsteil“, zwar sei der Fehler erkannt, aber es bedürfe noch weiteren Geldes, um ihn zu beheben¹⁴⁴. Noch war man sich einig. Auf einer Förder-Tagung im Februar 1950 stellte Haffner fest, „daß die *FAZ* bereits heute als die beste deutsche Zeitung anzusehen sei. Ein zweites Mal würde es nicht gelingen, eine Zeitung ähnlichen Formats herauszubringen.“¹⁴⁵ Bis zu dem Zeitpunkt waren 629 000 DM Fördermittel gezahlt und 127 000 DM gezeichnet worden, es fehlte aber immer noch etwa eine Million, um die Zeitung dahin zu bringen, daß sie sich durch das Anzeigengeschäft und die Abonnenten sowie den Freiverkauf selbst tragen konnte¹⁴⁶. Die Auflagen stiegen zwar stetig¹⁴⁷, aber dennoch geriet die Zeitung in zunehmende finanzielle Schwierigkeiten, deren Ursachen vielfältig waren und schließlich in eine grundsätzliche Auseinandersetzung über den prinzipiellen Kurs der Zeitung hineinführten.

Auseinandersetzungen um die politische Linie der *FAZ* und der Bruch zwischen Wipog und *FAZ*

Aus dem verwickelten Bündel von Gerüchten, Behauptungen und Streitpunkten kristallisieren sich neben dem im Gründungsakt der Zeitung bereits angelegten Basiskonflikt zwischen finanzieller Abhängigkeit und politisch eigenständiger Konzeption verschiedene andere Ursachen heraus, die die schließlich ausbrechende zentrale Auseinandersetzung um die politische Linie der Zeitung zunächst zu überlagern schienen. Anfangs handelte es sich um Schwierigkeiten, die von außen kamen: zum einen lagen sie in der Zeitungslandschaft der frühen Bundesrepublik begründet, zum anderen hingen sie mit der innen- und außenpolitischen Situation zusammen.

Was den Zeitungsmarkt anbelangte, so wurde dieser nach der Aufhebung des Lizenzzwanges im Herbst 1949 geradezu überflutet von Neu- beziehungsweise Wiedergründungen von Zeitungen, so daß die *FAZ* von Beginn an gegen die wachsende Konkurrenz anderer Blätter anzukämpfen hatte¹⁴⁸. Ein Hauptkonkurrent schien zunächst die in Stuttgart erscheinende *Deutsche Zeitung und Wirtschaftszeitung* zu werden, zu der auch ein Teil des Redaktionsstabes der alten *Frankfurter Zeitung* gegangen war. Sie gedachte sich nämlich in Frankfurt/Main als Tageszeitung zu etablieren. Zu dem Zweck verhan-

¹⁴⁴ Fin.Kor.FAZ, Klepper an Beerbohm, 22. 3. 1950.

¹⁴⁵ Ebenda, Klepper berichtet „streng vertraulich“ an Otto Küster, Industrie- und Handelskammer, Essen, 20. 2. 1950.

¹⁴⁶ HdA/K-FAZ, Bericht über die Entwicklung der *FAZ*, die am 9. 2. 1950 im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt/M. eingetragen worden war.

¹⁴⁷ Ebenda, Hoffmann an Rothe, 26. 2. 1951, über die finanzielle Lage der Zeitung. Demnach war die Auflage von Ende September 1950 bis Ende Januar 1951 von 47 606 auf 50 192 gestiegen, und der Anzeigenerlös hatte sich von 150 000 DM im 1. auf 350 000 DM im 4. Quartal 1950 gesteigert.

¹⁴⁸ HdA/K-FAZ, vgl. dazu Brief des Hauptgeschäftsführers der Industrie- und Handelskammer München, Ludwig Mellinger, an Welter, 5. 9. 1949, in dem er die Zeitungslandschaft in Bayern beschreibt und dem Projekt *FAZ* wenig Hoffnung macht. Vgl. weiter Ziervogels Hinweis auf eine Besprechung im Ruhrgebiet am 18. 10. 1949 zwischen Cost, Henle, Fritz Springorum und Reusch über die mögliche Förderung verschiedener Zeitungsprojekte für das Revier, u. a. der *FAZ* (Förderkreis-Sitzung vom 10. 10. 1949). Vgl. auch vertraulicher Bericht der Arbeitsgemeinschaft der industriellen Verbände von Baden-Württemberg, 27. 2. 1950 (Allg.Kor/FAZ).

delte sie mit Kurt Simon, der inzwischen von den Alliierten in seine alten Rechte als Mit-eigentümer der alten Frankfurter Societätsdruckerei und der *Frankfurter Zeitung* eingesetzt worden war. Das wäre eine herbe Konkurrenz für die FAZ geworden, und deshalb versuchte Klepper über Jacob Hecht, der ihm schon beim ersten Mal den Kontakt zu Simon hergestellt hatte, mit diesem zu sprechen und über eine Zusammenarbeit mit der Societätsdruckerei zu verhandeln. Diese war zwar noch an die *Frankfurter Rundschau* verpachtet, ihre Kapazität aber keineswegs ausgelastet¹⁴⁹. Simon jedoch lehnte Klepper gegenüber eine Zusammenarbeit mit Welter und Sethe ab, „weil diese sich im Sinne nationalsozialistischer Zielsetzung im ‚Dritten Reich‘ zu stark engagiert hatten“¹⁵⁰, und zog es vor, zusammen mit der *Gegenwart*, bei der ebenfalls ein Teil der ehemaligen ‚Frankfurter‘ Redaktionsmitglieder gelandet war, die alte *Frankfurter Zeitung* wiederzubegründen, ein Projekt, das aber schließlich ebenso scheiterte wie der Versuch der Stuttgarter Zeitung, sich in Frankfurt/M. zu etablieren¹⁵¹. So gelang es im Herbst 1950 schließlich doch, die FAZ von der Societätsdruckerei in Frankfurt/M. drucken zu lassen, was zu erheblichen technischen Erleichterungen führte¹⁵².

Welches Konkurrenz- und Intrigenspiel damals unter den Zeitungsleuten ablief, beleuchtet der Bericht eines Londoner Korrespondenten der FAZ für Klepper. Er berichtet von einem Gespräch mit dem Chefredakteur der *Frankfurter Neuen Presse*, Marcel Schulte, der die FAZ als „totgeborenes Kind“ bezeichnet habe, deren Gründung „schärfste Ablehnung und Entrüstung in allen anständigen Journalistenkreisen hervorgerufen“ habe. „Es bleibe der FAZ jetzt, nachdem Bonn Hauptstadt sei, nur noch übrig, ein rechtsradikales Blatt zu werden, [...] schon jetzt [sei] sie mindestens so reaktionär wie *Die Zeit*“. Die Versuche der FAZ, mit der *Gegenwart* über eine Fusion zu verhandeln, seien kläglich gescheitert, weil Benno Reifenberg die „halbseidenen Frankfurter Zeitungsleute“ angeblich rausgeschmissen habe, ein Gerücht, das von der *Gegenwart* als „vollkommener Blödsinn“ dementiert wurde¹⁵³. Dies ist zwar ‚gossip‘, wirft aber ein kleines Schlaglicht auf die Atmosphäre in der konkurrierenden Zeitungsgilde.

Klepper selbst war neben der FAZ noch an einem anderen Zeitungsversuch beteiligt. Seit dem 1. Januar 1951 war er Mitherausgeber der *Europäischen Illustrierten*, die bei der Neuen Verlagsgesellschaft in Baden-Baden erschien und sich das Ziel gesetzt hatte, für Europa einzutreten und über die verschiedenen europäischen Länder zu informieren¹⁵⁴. Klepper schrieb einige Artikel und veröffentlichte sein Interview mit Ernst Reuter. Schon ein dreiviertel Jahr später, im September 1951, mußte die Illustrierte wegen finanzieller Schwierigkeiten eingestellt werden¹⁵⁵.

Zu den von außen einwirkenden Schwierigkeiten gehörte in der Tat auch das von Schulte erwähnte Handicap, daß Bonn und nicht Frankfurt am Main Hauptstadt geworden war. Außerdem löste der ausbrechende Korea-Krieg nicht nur neue Ängste aus und machte die Leute zurückhaltender im Geldausgeben, sei es als Spender, Inserenten oder

¹⁴⁹ HdA/K-FAZ, Klepper an Hecht, 5. 10. 1949.

¹⁵⁰ K/Kor., Klepper an Hecht, 2. 1. 1951.

¹⁵¹ K. Schulz, S. 145 f.

¹⁵² Akte Beirat, Brief der Wipog, gez. Detleffsen an die Förderer, 3. 10. 1950 und HdA/K-FAZ, Klepper an Fraund 12. 9. 1950.

¹⁵³ Ebenda, Abschrift (Vertraulich!) vom 12. 11. 1949.

¹⁵⁴ Akte Europäische Illustrierte, KNL, Neue Verlagsgesellschaft an Klepper, 6. 12. 1950.

¹⁵⁵ Ebenda, Neue Verlagsgesellschaft an Klepper, 4. 8. und 27. 9. 1951.

Abonnenten, sondern ließ auch die Papierpreise in die Höhe schnellen. Aus all diesen Gründen verschlang das Unternehmen *FAZ* doch mehr Mittel, als vorausgesehen worden war. Ende Februar 1950 fehlte ungefähr eine halbe Million DM. Man begann mehr oder weniger öffentlich über die finanziellen Schwierigkeiten der *FAZ* zu reden¹⁵⁶, das aber schadete ihr und schreckte potentielle Geldgeber ab. Entsprechend scharf hatte Klepper reagiert, als er erfuhr, daß Seeling einem Unternehmerinformationsdienst gegenüber von der schlechten Finanzlage der *FAZ* gesprochen hatte. An Haffner schrieb er dazu: „Würden Sie wohl Herrn Dr. Seeling, solche Äußerungen tunlichst zu unterlassen“, denn es sei „besonders unangenehm, wenn Redereien über die Finanzlage der *FAZ* auf Persönlichkeiten zurückgeführt werden können, die zu dem Förderkreis gehören.“¹⁵⁷ Wie ernst die Lage war, zeigt ein Brief Kleppers, in dem er Matthiessen über eine Besprechung zwischen Haffner, Hoffmann, Schüle, Mueller und ihm selbst am 12. Mai 1950 informierte: „Es wurde lediglich beschlossen, die *FAZ* angesichts der günstigen Aussichten auf Kapitalzuwachs unter allen Umständen aufrechtzuerhalten.“¹⁵⁸ Wie sich aus einem Brief Kleppers an Hoffmann ergibt, war Klepper einer derjenigen, die das Erscheinen der Zeitung zum 31. 5. 1950 sogar einstellen wollten, um nicht „eine Situation aufkommen zu lassen, in der das Unternehmen außerstande wäre, alle Verpflichtungen zu erfüllen“¹⁵⁹. Die Entwicklung habe ihm inzwischen recht gegeben, so argumentierte Klepper, denn statt der erwarteten 160 000 DM Förderbeiträge seien bisher nur 20 000 DM eingegangen¹⁶⁰.

Damit war die finanzielle Misere der Zeitung scheinbar zum Problem Nummer eins geworden, sie hing aber eng mit der grundsätzlichen Frage nach der politischen Linie der Zeitung zusammen. Da diese aber wiederum nicht im luftleeren Raum gestellt wurde, sondern an bestimmte Personen geknüpft war, weitete sich schließlich die Auseinandersetzung um die politische Linie der Zeitung zu einem finanziellen, personellen und intellektuellen Konflikt aus. Ein Konflikt, den Klepper bereits im Juni 1950 in einem Brief an Hoffmann andeutete: „Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich das Versiegen der Einzahlungen auch in Verbindung setze mit dem Bekanntwerden des Konfliktes zwischen den Herausgebern und mir. Es mußte an sich schon schwierig sein, für die Beteiligung an einem Unternehmen, dessen unzulängliche Finanzkraft bekannt ist, zu werben. Völlig abschreckend mußte es aber wirken, daß zusätzlich verlautete, es beständen schwerwie-

¹⁵⁶ Vgl. Allg.Kor/*FAZ*, Angelo Hammelbacher, Geschäftsführer von Salamander, schickte Klepper am 1. 3. 1950 einen vertraulichen Bericht der Arbeitsgemeinschaft der industriellen Verbände von Württemberg-Baden vom 27. 2. 1950 über die „Lage der westdeutschen Presse“, in dem u. a. auf die wirtschaftliche Unterstützung der *FAZ* durch Industrie und Handel hingewiesen wird.

¹⁵⁷ Ebenda, Klepper an Haffner, 19. 4. 1950.

¹⁵⁸ Hda/K-*FAZ*, Klepper an Matthiessen, 16. 5. 1950. Und er fügt hinzu: „Die Einzelheiten glaube ich dem Papier nicht anvertrauen zu dürfen.“

¹⁵⁹ Allg.Kor/*FAZ*, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950.

¹⁶⁰ Ebenda, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950. Im ganzen waren bis Ende Mai über die *Wipog* Fördermittel in Höhe von 914 000 DM an die *FAZ* gezahlt worden (Akte Finanzen *Wipog-FAZ*). Davon waren immerhin 675 000 DM durch die Mitarbeiter der *Wipog* ‚hereingeworben‘ worden, was durch die Korrespondenz reichhaltig belegt wird. Das monatliche Defizit betrug im Jahre 1950 im Schnitt 50 000 DM, und die Abonnentenzahlen stagnierten bei 45 000 (Akte Monatsberichte *FAZ*), vgl. auch K. Schulz, S. 152 f.

gende Differenzen zwischen den Herausgebern und der Verlagsleitung.¹⁶¹ Der Konflikt zwischen Herausgebern und Verlagsleitung, wobei Klepper sich nicht scheute, diesen Konflikt mit seiner Person zu verknüpfen, bedeutete aber zugleich einen Konflikt zwischen Verlagsleitung und Förderern, denn, indem die Förderer Stellung bezogen, für oder gegen die Verlagsleitung, mußten sie sich auch für diese oder jene politische Linie der Zeitung entscheiden. Somit trugen alle drei Partner, Verlagsleitung, also Klepper und die Wipog, Förderer, soweit sie nicht mit der Wipog an einem Strang zogen, und Herausgeber, jeder auf seine Weise zur Verschärfung des Konflikts bei.

Welches waren nun die jeweiligen Positionen? Die der Wipog ist klar: Die FAZ sollte das Konzept der Wipog umsetzen und verbreiten helfen und damit auf die Politik der neu gegründeten Bundesrepublik im Sinne der Wipog Einfluß nehmen. Klepper vertrat diese Absicht am kompromißlosesten. Er scheute keine Konflikte, ja teilweise provozierte er sie gar, während Mueller ein verbindlicheres Wesen hatte und immer wieder versuchte, Kontroversen auszugleichen, obwohl er sachlich in der großen Linie mit Klepper einig war und sich loyal verhielt. Auch Klepper war ein geschickter Verhandler und bereit zu organisatorischen und personellen Kompromissen, aber er war nicht willens, von seiner wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Konzeption abzuweichen. Wenn es um die Durchsetzung oder Verteidigung dieser seiner Grundüberzeugungen ging, dann war er stur bis verletzend und verstieß im Grunde auch gegen seine eigene Maxime, daß Kritik, also gegensätzliche Meinungen, in einer Zeitung möglich sein müßten. Sosehr seine Freunde ihm eine außergewöhnliche Liebenswürdigkeit nachrühmten, so schroff, ja arrogant konnte er gerade auch gegenüber Leuten sein, auf die er eigentlich angewiesen war. Zu tief saß seine Überzeugung, daß sich hier noch einmal für Deutschland eine Chance bot, eine demokratische Gesellschaft aufzubauen und in Europa zu integrieren, und daß diese Chance unbedingt genutzt werden mußte. Schließlich hatte er die ganze Exilzeit hindurch darauf hingelebt und als über Sechzigjähriger keine Zeit mehr zu verlieren. Es ist wichtig, sich diesen Hintergrund immer wieder klarzumachen, sich vorzustellen, wie er in Frankreich und später in Mexiko gesessen und auf den Moment gewartet hat, daß seine Chance kommen würde. Nur vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum er sich schließlich so kompromißlos verhalten und letztlich selbst sein eigenes Werk mitzerstört hat.

Mueller hatte da eine ganz andere Position, viel mehr Distanz und Gelassenheit, nicht zuletzt auch durch den amerikanischen Einfluß und durch seine feste berufliche Verankerung in seiner gut gehenden Frankfurter Anwaltskanzlei¹⁶². Auch Klepper hatte sich nach seiner Rückkehr als Anwalt und Notar niedergelassen, aber er selbst beurteilte seine Möglichkeiten skeptisch, da ihm Beziehungen fehlten, Frankfurt/M. mit Anwälten

¹⁶¹ Allg.Kor/FAZ, Klepper an Hoffmann, 12. 6. 1950, und an Haffner. Einer der Gründe für die Spannungen war die Kündigung Gnegels, des Lokalredakteurs, durch Klepper sowie Gnegels Widerrufsklage, wobei dieser selbst den Rechtsstreit bedauerte, „weil er Herrn Minister Klepper sehr schätze und lediglich den Eindruck habe, daß die Spannung zwischen Geschäftsführung und Herausgeberkollegium auf seinem Buckel ausgetragen werden solle“ (HdA/K-FAZ, Notiz, Gather/Klepper, 13. 6. 1950).

¹⁶² Rechtsanwaltspraxis und Notariat Rudolf Mueller, Heinz Weitzel und Gerhard Weisner.

überbesetzt und er „anderweitig zu beschäftigt“ war¹⁶³. Klepper besaß ein politisches Temperament, war ein homo politicus, was Mueller nicht war. Außerdem hatte Mueller genauere Kenntnisse darüber, was in Deutschland in der Zwischenzeit passiert und was an Veränderung und Erneuerung möglich war. Er dachte konkreter, pragmatischer, Klepper sah die großen Zusammenhänge, vernachlässigte aber zunehmend die konkreten Details, die ihm zuweilen auch lästig waren. Dies erklärt sich dadurch, daß er nicht mehr mit konkreten politischen Aufgaben betraut war. Es läßt sich deutlich an seinen Artikeln ablesen, die stets die große Linie, das ferne Ziel aufzeigten, aber selten auf ganz konkrete Maßnahmen und kleine Schritte eingingen, die zu dem Ziel hätten hinführen können. Gather, der sehr viel jünger war, mehr Sinn für die journalistische Arbeit und stärkeres Verständnis für die Bedingungen einer Tageszeitung hatte, wäre bei grundsätzlicher Einhaltung der Generallinie kompromißbereiter gewesen.

Die Position der Förderer ist schwieriger zu definieren, weil die Bandbreite der politischen Einstellungen sehr weit, vom engen Unternehmerinteressenstandpunkt bis zur Übereinstimmung mit der Konzeption der Wipog, reichte. Waren die Geldgeber zunächst auch mit der marktwirtschaftlichen und antikommunistischen Generallinie der Wipog einverstanden gewesen und hatten sie deren Verbreitung durch die *FAZ* begrüßt, so ergaben sich durch die neu entstehende Bundesrepublik, die ja fast gleichzeitig mit der *FAZ* aus der Taufe gehoben worden war, neuartige Perspektiven und Interessensphären, die allmählich Differenzierungen in die große Gruppe der Wipog- und *FAZ*-Förderer hineinbrachte und politische Fronten schuf.

Um genauer verstehen zu können, wo die konkreten Ansatzpunkte für den Konflikt Kleppers und der Wipog mit einem Teil der Förderer lagen, muß ein kurzer Blick in die Korrespondenz mit der Gruppe von Unternehmern geworfen werden, die die *FAZ* zwar finanziell unterstützten, aber gleichzeitig deren politische Linie zunehmend als nicht eindeutig unternehmerfreundlich kritisierten. Es handelte sich vor allem um Otto Seeling, Alexander Haffner und Max A. Schmid, der allerdings hauptsächlich über seinen Adlatus Werner Hoffmann agierte. Seeling, von Haffner unterstützt, schrieb schon Mitte Januar 1949 an Klepper, daß er mit der *FAZ* „nicht zufrieden“ sei. Der Wirtschaftsteil sei „ausgesprochen schlecht“ und die Zeitung lasse „die Linie in der Vertretung unternehmerischer Interessen vermissen, die für mich bestimmend gewesen ist, an der Gründung dieser Zeitung teilzunehmen“. Es ist sehr interessant, die genauere Begründung, die er für seine Kritik angab, anzuführen, weil dadurch verständlich wird, wie sich wirtschaftliche Interessen manifestierten und welche politische Einstellung dahinterstand. Als ersten Fall nannte Seeling das „Gesetz Nr. 8 der Hohen Kommissare in Patentangelegenheiten“. Er habe die *FAZ* über die Wipog darauf aufmerksam machen lassen, daß der Fall „groß aufgegriffen“ werden müsse. „Das Gesetz stellt nämlich eine Fortsetzung der Diktatur in einer Sache dar, die durch den Friedensvertrag geregelt werden müßte“, meinte Seeling. Außerdem seien „die Besatzungsmächte durch den Raub der deutschen Auslandspatente moralisch in einer so schlechten Verfassung, daß eine Ausnützung dieser Gelegenheit für die Gesamtsituation von großem Nutzen hätte wer-

¹⁶³ Allg.Kor./Kl., Klepper an Ludwig Aschkenasi (Aix-en-Provence), der Klepper um Rat fragt, ob eine Rückkehr nach Deutschland ratsam sei, 15. 11. 1952. Er hat sich hauptsächlich um Wiedergutmachungsfragen gekümmert.

den können“¹⁶⁴. Die Ausführungen beweisen den reinen Interessenstandpunkt ohne politischen Instinkt oder gar Verständnis für historische Zusammenhänge.

Im zweiten Fall ging es noch konkreter um die Interessen der eigenen Firma: Seeling beklagte sich, daß die FAZ „unter einer marktschreierisch groß aufgemachten Überschrift: Hoher Gewinn der Tafelglas AG“ über die Gewinne seiner Firma berichtet hätte, obwohl doch „eine Plakatierung wirklich hoher Gewinne in einem Unternehmerblatt vermieden werden“ müßte. Aus diesem Satz geht klar hervor, daß Unternehmer wie er mit der Gründung der FAZ ein „Unternehmerblatt“ zu schaffen beabsichtigt hatten, aber auch, daß diese Absicht zunächst nicht verwirklicht wurde. Das heißt, die FAZ war eine Gründung im oben beschriebenen Sinne, was Kleppers Antwort an Seeling bestätigte, er gebe „prinzipiell der Redaktion im Interesse der Wahrung ihrer Unbefangtheit keine Kenntnis von der Liste der Firmen, die die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 bei der Finanzierung der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* unterstützten“¹⁶⁵.

Noch entlarvender ist die Kritik Seelings an der Tatsache, daß die FAZ einen Artikel von Professor Oswald v. Nell-Breuning veröffentlicht habe, obwohl das doch „nur Wasser auf die Mühlen der Gewerkschaften bedeuten“ könne. Dagegen hätte gerade die FAZ sich „in dieser wichtigen Frage Artikel aus ersten Federn verschaffen müssen, die dem Grunde nach gegen das Mitbestimmungsrecht gerichtet gewesen wären“. Dies traf nun einen zentralen Nerv der Wipog-Konzeption, die ausdrücklich für eine Mitsprache der Arbeiterschaft und vor allem deren materielle Beteiligung am Unternehmensgewinn eintrat¹⁶⁶. Gleiches galt für den Vorwurf Seelings, daß in der Zeitung „auch in den Fragen der Liberalisierung und der Dekartellisierung [...] Standpunkte vertreten werden, die keinesfalls von der gesamten Industrie anerkannt werden können“. Schließlich beklagte sich Seeling: „Wenn ich gewußt hätte, welchen Weg die FAZ gehen würde, hätte ich mich an ihrer Finanzierung nicht beteiligt. [...] Als Vorsitzender des Präsidiums der Bayerischen Industrie weiß ich, daß die überwiegende Mehrheit dieser Industrie sich ein Blatt zur Verteidigung der Unternehmerinteressen anders vorstellt als die FAZ ihre Aufgabe m. E. mißverstanden hat.“¹⁶⁷ Worauf Klepper, der in seinem Sylvester-Artikel gerade auf die notwendige Unterstützung der Unternehmenden in einer Volkswirtschaft eingegangen war¹⁶⁸, erneut auf die Konzeption der Wipog verwies, indem er schrieb: „Wir sind der Überzeugung, daß es nicht zum Erfolg führen würde, wollte man das Interesse der

¹⁶⁴ Allg.Kor/FAZ, Seeling an Haffner, 15. 1. 1950, der den Brief an Klepper schickt und hinzufügt: „Ich habe ihm geantwortet, daß ich ebenso enttäuscht bin“ (16. 1. 1949).

¹⁶⁵ Ebenda, Klepper an Seeling, 18. 1. 1950. Im übrigen lieferte Klepper eine genaue Aufstellung über den veröffentlichten Geschäftsbericht der Tafelglas AG, der Grundlage des FAZ-Artikels gewesen war, und weist im Detail nach, daß Seelings Vorwürfe unbegründet waren.

¹⁶⁶ Vgl. Welter zum Thema Mitbestimmung in der FAZ März 1950, vgl. auch: Allg.Kor/FAZ, Ilau an Welter (siehe: Welter), 22. 3. 1950, siehe auch Peter Sweerts-Sporck (ebenda). Hintergründe zur Mitbestimmung siehe Rapp (ebenda). Vgl. Artikel Kurt Pentzlin in der FAZ vom 24. 6. 1950 „Der gleichberechtigte Arbeiter“.

¹⁶⁷ Allg.Kor/FAZ, Abschrift, Seeling an Haffner, 15. 1. 1950. Vgl. dazu ebenda: Mueller an Eick, 4. 3. 1950, und Mueller an Welter, 14. 7. 1950.

¹⁶⁸ Otto Klepper, Sylvester 1949, in: FAZ, Nr. 51, 31. 1. 1950. Wörtlich heißt es da: „Daß sozialisierendes Experimentieren lähmt, zeigt das britische Beispiel. Wir müssen dem Unternehmenden, dem Menschen, der – sei es dank seiner Begabung, sei es auch nur dank der Umstände – imstande ist, die Grundlage seiner Arbeit selbst zu formen, die Chance geben; denn wir alle brauchen ihn“, und er fügt hinzu, daß die Arbeiterbewegung stark genug sei, sich „einen fairen Anteil am wachsenden Ertrag der gesellschaftlichen Arbeitsleistung zu sichern“.

unternehmenden Menschen in einen Gegensatz zu dem der Volksgesamtheit stellen. Vielmehr [...] [*komme*] es darauf an, der Gesamtheit klar zu machen, daß die Interessenslage aller Volksschichten in der gegenwärtigen Situation unseres Landes identisch“ sei, und „an klarer Äußerung, wie wir diese Synthese suchen,“ habe es bestimmt nicht gefehlt¹⁶⁹.

Obwohl es sehr wohl auch andere Stimmen zur Linie der Zeitung gab, waren die Einwände Seelings und Haffners deshalb so gravierend, weil sie nicht nur zu den Hauptgeldgebern, jedenfalls aus dem süddeutschen Raum, gehörten, sondern auch einen großen Einfluß im Verwaltungsrat hatten, besonders über die Person Werner Hoffmanns. Entsprechend bemühte sich auch Mueller, Haffner davon zu unterrichten, daß die Wipog durchaus Unterstützung für ihre Auffassung von der Art, wie die *FAZ* gemacht werden soll, fand; so hätten zum Beispiel Otto Vogel und Ulrich Doertenbach¹⁷⁰ in einem Gespräch Ende Januar geäußert, daß die *FAZ* vermeiden sollte, „betonte Unternehmerstellungen zu bringen, und daß es wichtig sei, das Vertrauen breiterer Kreise durch ein im ganzen gut unterrichtetes Blatt mit klarer Meinung zu bekommen“¹⁷¹. Auch wertete Mueller es gegenüber Ernst Hellmut Vits von der Vereinigten Glanzstoff AG geradezu als Indiz dafür, „daß wir auf dem richtigen Wege sind, daß die Zeitung ebensowenig wie die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von der Gegenseite als Unternehmerinteressentum gekennzeichnet wird“¹⁷². Erich Edgar Schulze, Vorstandsmitglied der Demag, freute sich, daß er sich von Anfang an für die *FAZ* eingesetzt hatte, denn es gebe „heute keine nach Inhalt und Form höher stehende Tageszeitung in Deutschland“¹⁷³.

An diesen Briefauszügen läßt sich erläutern, was die Wipog, die durchaus eine unternehmerfreundliche, marktwirtschaftliche, aber auf eine „klassenmäßige Synthese“ hin zielende Konzeption vertrat, von dem rein an wirtschaftlichen Interessen orientierten Unternehmerstandpunkt, der keinen Ausgleich zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Standpunkten suchte, unterschied. Die Wipog hatte sich ja unter anderem auch die Aufgabe gestellt, Unternehmer an eine solche verantwortliche gesamtgesellschaftliche Denkweise heranzuführen. Hier zeigten sich die Grenzen eines solchen Vorhabens. Daß sie dabei „auf die Hilfe [*ihrer*] einsichtigeren Freunde völlig angewiesen“ war, ist ebenso klar wie die Tatsache, daß, „wenn diese Anstrengung ergebnislos sein sollte, dann werden wir unseren Namen gewiß nicht verlieren, aber es würde ein Schlag für die deutsche Wirtschaft, eine konstruktive Politik und für konstruktive Anstrengung außerhalb der Parteipolitik sein, den man sehr ernst beurteilen müßte“¹⁷⁴.

In die Auseinandersetzung zwischen dem ‚reinen‘ Unternehmerstandpunkt und der auch andere gesellschaftliche Gruppen vertretenden Wipog wurden mit zunehmender Etablierung der Bundesrepublik immer stärker auch parteiorientierte Gesichtspunkte hineingetragen, die natürlich auch Einfluß auf die Zeitung zu nehmen versuchten. Ein kleines Beispiel dafür ist die Bitte einer Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU, in ihrem „Politischen Jahrbuch“ für die *FAZ* werben zu dürfen. Die Antwort Kleppers, die er in

¹⁶⁹ Allg.Kor/*FAZ*, Klepper an Seeling, 18. 1. 1950.

¹⁷⁰ Geschäftsleitung der Textilfirma Benger-Ribana.

¹⁷¹ Ebenda, Mueller an Haffner, 25. 1. 1950.

¹⁷² Ebenda, Mueller an Vits, 25. 1. 1950.

¹⁷³ Ebenda, Erich Edgar Schulze an Mueller, 28. 6. 1950.

¹⁷⁴ Ebenda.

Übereinstimmung mit Mueller gab, zeigt den von der Wipog vorgegebenen Kurs, den die FAZ einhalten sollte: es liege „im Interesse der erstrebten Distanzierung der Zeitung von den politischen Parteien [...], den Anfängen zu wehren“¹⁷⁵. Der das Inserat befürwortende Brief Hoffmanns, durch den die Anfrage der CDU an Klepper weitervermittelt worden war, beleuchtet schlaglichtartig die ganze Problematik. Hoffmann betonte, er habe „keinerlei Beziehungen zu Herrn Dörpinghaus“¹⁷⁶, der ihn wegen der Anzeige gefragt habe, aber er wisse, „daß er Herrn Professor Erhard sehr nahe“ stehe, und er habe „in seiner Umgebung wiederholt eine Reihe von Herren getroffen, die auch zu den Förderern unserer Zeitung gehören“. Das heißt also: Achtung, Rücksicht auf die Förderer! Noch aufschlußreicher ist aber, wie Hoffmann fortfährt: „Auch wenn ich die CDU in ihrer politischen und wirtschaftlichen Konzeption ablehne, so ist sie zunächst in den nächsten 4 Jahren als politische Macht ein Faktum.“ Hoffmann plädierte also für die Erfüllung seiner Bitte, „insbesondere mit Rücksicht darauf, daß wir ja auf dem Boden der freien Wirtschaft stehen und damit die Bestrebungen Erhards, der Mitglied der CDU ist, unterstützen. [...] Eine Ablehnung würde uns in immer schärferen Gegensatz zu Adenauer bringen, der ja in der FAZ schon wiederholt zerrupft worden ist. Er würde eine Ablehnung als einen bewußten Affront empfinden.“¹⁷⁷

Dagegen spricht das Urteil Adenauers über die FAZ, die er für „eine der besten Zeitungen“ hielt¹⁷⁸. Auch Klepper dachte da weniger engstirnig, und wie seine Korrespondenz sowie die dort mehrfach erwähnten Gespräche mit Adenauer zeigen, wußten beide sehr wohl, was sie voneinander zu halten hatten¹⁷⁹. Ein Beispiel: Klepper hatte am 2. Oktober 1950 einen Leitartikel in der FAZ unter dem Titel „Wo stehen wir?“ veröffentlicht. In diesem Artikel war er zum einen auf den Korea-Krieg eingegangen und hatte empfohlen, daß der Westen sich „defensiv“ verhalten müsse, um von den Massen nicht mit dem dortigen „morschen“ Agrarfeudalismus identifiziert zu werden, denn dieser müsse zunächst beseitigt werden. Nach seiner Ansicht „repräsentiert [*der Westen*] in dieser weltpolitischen Auseinandersetzung die konservative, das heißt die Kraft, deren Aufgabe es ist, das gute Überlieferte mit den Bedürfnissen des neu Aufkommenden zu versöhnen“ und damit dem vom „sozialrevolutionären Element“ des sowjetischen Staatenblocks geschürten „revolutionären Ausbruch“ vorzubeugen. Zum anderen hatte Klepper zur politischen Situation im Westen Stellung genommen und für ein einheitliches Europa plädiert, das aber nur durch Eigenverantwortlichkeit aller Staatsbürger und freiheitliche Selbstbestimmung auch der Deutschen trotz der noch fehlenden Gleichberechtigung zu realisieren sei¹⁸⁰.

Adenauer antwortete ihm „*persönlich!*“ und „*vertraulich!*“ folgendes: „Sie wissen, daß ich die Frankfurter Allgemeine immer mit großer Sorgfalt lese und in der Regel als

¹⁷⁵ Ebenda, Klepper an Hoffmann, der die Anfrage vermittelt hatte, 29. 12. 1950.

¹⁷⁶ Ebenda, Bruno Dörpinghaus: Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU.

¹⁷⁷ Ebenda, Hoffmann an Klepper, 22. 12. 1949.

¹⁷⁸ Adenauer an Ferdinand Rothe, 31. 7. 1950 (Adenauer, Briefe Bd. III, S. 260).

¹⁷⁹ Vgl. Klepper an Aron, 19. 3. 1950 über sein Gespräch mit Adenauer am 16. 3. 1950: „Die Unterhaltung war ausgiebig und interessant.“ In einem Gespräch am 16. 10. 1950 informierte Klepper sich bei Adenauer vor seinem Vortrag auf der Wipog-Jahrestagung über die deutsche Situation (Klepper an Adenauer, 4. 10. 1950, K/Kor.), Gespräch wird bestätigt durch: Adenauer, Briefe, Bd. III, S. 552, Anm. 6.

¹⁸⁰ Klepper, Wo stehen wir?, FAZ vom 2. 10. 1950.

erstes Blatt täglich.“ Adenauer erklärte sich mit Kleppers Artikel voll einverstanden bis auf den letzten mit ‚deutsche Initiative‘ überschriebenen Passus, den er konkreter verstanden habe, als er offenbar gemeint gewesen war, und den er mit den bevorstehenden Abstimmungen über die EVG-Verträge in Frankreich in Verbindung gebracht habe. Deshalb, schrieb Adenauer, „möchte ich Ihnen ganz vertraulich, *für Sie*, meine Haltung erklären“. Es ging Adenauer um eine abwartende Haltung, einmal, weil die Amerikaner den Franzosen bereits eine Frist bis Ende Oktober 1950 gesetzt hatten, zum anderen aber vor allem, weil er es „nach wie vor für die beste Politik [*hielt*], [...] nichts zu tun und ruhig zu warten, weil alles, was ich tun würde, den Gegnern Deutschlands in Frankreich nur Wasser auf die Mühlen treiben würde“¹⁸¹.

Klepper war sich in dem Ziel der deutsch-französischen Aussöhnung vollkommen einig mit Adenauer, hatte er diese doch schon in der Weimarer Zeit gefordert und in der Exilzeit nach Kräften gefördert. ‚Die deutsche Initiative‘ hatte er innenpolitisch verstanden wissen wollen, was er Adenauer in seinem Antwortschreiben im einzelnen darlegte, gewiß auch in der Absicht, ihm indirekt Defizite seiner Politik aufzuzeigen. Klepper sprach von „der Lethargie, die immer noch über unser politisches Leben gebreitet“ liege, die Deutschen fühlten sich „entweder als Unterworfenen, oder sie gefallen sich in nationalem Ressentiment. Demokratie bedeute „den Ausdruck des Bewußtseins eigener Verantwortung des einzelnen für das Geschick der Gesamtheit. Hieran fehlt es in erschreckendem Ausmaß.“ Ohne diesen Volkswillen könne auch die Regierung keine „Stoßkraft“ entwickeln. Dabei biete „die Weltpolitik eine geradezu tolle und [...] unverdiente Chance“¹⁸². Dieser kurze Ausschnitt aus dem Briefwechsel erhellt zugleich, wie Klepper sich die Linie der Zeitung, unabhängig vom CDU-Standpunkt, vorstellte und daß er Hoffmanns Duckmäuserei vor Adenauer und Erhard nicht mitzumachen gedachte.

Die Mehrzahl der Unternehmer begann sich zunehmend mit der Politik der CDU/CSU zu identifizieren, da diese, seit die Forderungen des Ahlener Programms sich nicht hatten durchsetzen können, eine pragmatische Politik in ihrem Interesse betrieb und der anfangs stärker wirksame Einfluß der christlichen und sozialistischen Arbeiterbewegung in den Hintergrund geriet. Die im Zeichen des Korea-Krieges anlaufende Konjunktur zerstreute zunehmend die Zweifel an der Wirksamkeit der freien Marktwirtschaft, und entsprechend nahm „die Bereitschaft im Unternehmerlager, den Weg des gesellschaftlichen Kompromisses zu gehen, [*ab*] und bestärkte eine Restaurationstendenz im Sinne einer Annäherung an gesellschaftliche Konzeptionen der Weimarer Republik“¹⁸³.

Mit dem wachsenden Einfluß der Unternehmerschaft auf die Nachkriegspolitik und das damit verbundene ‚Eintauchen in die Gegenwart‘ verblaßte auch das Interesse an einer gründlichen Aufarbeitung der Vergangenheit, was ursprünglich eines der Motive der Unternehmer, sich an der Gründung der Wipog zu beteiligen, gewesen war. Während frühere Widerstandskämpfer, Sozialdemokraten, Emigranten und kritische Bürger nach wie vor wachsam in allen Anzeichen neofaschistischen Gedankenguts und neofaschistischer Organisationen eine unerwünschte Wiederbelebung des bereits Gehabten sahen und äußerst empfindlich reagierten, sprachen alle diejenigen, die die Jahre von 1933

¹⁸¹ K./Kor., Adenauer an Klepper, 2. 10. 1950 (Hervorhebung im Original), KNL.

¹⁸² Ebenda, Klepper an Adenauer, 4.10.50.

¹⁸³ K. Schulz, S. 164. Vgl. Kleßmann, S. 224.

bis 1945 aus welchen Gründen auch immer hinter sich lassen wollten, gerne von der sogenannten „Stunde Null“. Sie schien ihnen die Möglichkeit eines totalen Neuanfangs zu bieten. Entsprechend reagierten sie auf Versuche, alte oder neue faschistische Verstrickungen aufzudecken, abweisend und nahmen eine Haltung ein, die von Verharmlosung über Ablehnung bis zum Gegenangriff reichte.

In die Gegensätzlichkeit solcher Einstellungen geriet die *FAZ* natürlich auch mitten hinein. Auch dafür bietet Seeling Anschauungsmaterial. Anlaß war eine Auseinandersetzung zwischen dem bayerischen Landtagsabgeordneten Wilhelm Hoegner, der sich im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags mit den Beziehungen bayerischer Industrieller zu neofaschistischen Kreisen, wie der ‚Vaterländischen Union‘, befaßt hatte. Daraufhin hatte der Landesausschuß der bayerischen Industrie, dessen Vorsitzender Otto Seeling war¹⁸⁴, einen Protestbrief an Hoegner geschrieben, in dem er sich gegen eine „Kollektivbeschuldigung“ der bayerischen Industrie, diese unterstütze die „Vaterländische Union“, zur Wehr setzte. Das war sein gutes Recht, zumal Hoegner die Gelegenheit auch aus parteitaktischen Gründen aufgegriffen hatte, doch spiegelte sich in den Formulierungen des Briefes mehr als nur ein Protest. „Der deutschen Sache [sei] ein schlechter Dienst erwiesen“ worden, wenn „völlig belanglose Einzelfälle [...] so maßlos aufgebauscht“ würden¹⁸⁵. Auf die Zeit vor 1945 wird gar nicht eingegangen, es wird abgewiegelt im Interesse „der deutschen Sache“. Als nun die *FAZ* einen kurzen Artikel zu diesem Fall unter der Überschrift, „Dr. Hoegner nennt Buchstaben. Beschuldigungen gegen bayerische Industriekreise“ brachte¹⁸⁶, beschwerte sich Seeling bei Klepper, weil „jeder unbefangene Leser aus der Darstellung der *FAZ* den Eindruck gewinnen [müsse], als ob Dr. Hoegner sich als ein ehrlicher Wächter der demokratischen Sicherheit benommen und erwiesen hätte“¹⁸⁷. Klepper wich in seiner Antwort, die mehr taktischer als prinzipieller Natur war, aus und gab Seeling teils recht, teils entschuldigte er den Schreiber mit „dem bekannten demokratischen Übereifer, der viele Köpfe verwirrt“¹⁸⁸.

Die Tendenz von Unternehmern, die Vergangenheit lieber ruhen zu lassen, entsprach durchaus dem allgemeinen Trend, wie dies die von der Düsseldorfer *FAZ*-Agentur gesammelten Reaktionen der Leserschaft auf die *FAZ* ebenfalls zeigten. Es müsse doch endlich einmal ein Ende mit der NS-Zeit gemacht werden, man könne nicht immer wieder auf Hitler als dem „größten Verbrecher“ herumhacken, hätten doch „die Sieger über Deutschland [...] genau soviel Schuld an dem Elend, das über die Welt hereingebrochen

¹⁸⁴ An dem Protest beteiligten sich noch zwei weitere Organisationen: die Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Bayern, Vorsitzender Otto Meyer, und die Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern, Vorsitzender Reinhart Kloepfer. Beide Vorsitzende waren Mitglieder der Wipog, doch nur Seeling hatte auf den *FAZ*-Artikel reagiert.

¹⁸⁵ HdA/K-*FAZ*, die genannten Organisationen und ihre Vertreter an den Landtagsabgeordneten Wilhelm Hoegner, 2. 2. 1950.

¹⁸⁶ Ebenda, *FAZ* vom 1. 2. 1950, „nennt Buchstaben“ bezieht sich auf die Tatsache, daß Hoegner nur die Anfangsbuchstaben A, B, H und M für die Industriellen, die mit der „Vaterländischen Union“ in Verbindung stünden, genannt hatte.

¹⁸⁷ Ebenda, Seeling an Klepper, 1. 2. 1950.

¹⁸⁸ Ebenda, Klepper an Seeling, 3. 2. 1950.

wäre, wie Hitler“¹⁸⁹. Daß Klepper und die Wipog dieser Tendenz, die von vielen verantwortlich denken Menschen mit zunehmend „ernster Sorge“ beobachtet wurde¹⁹⁰, entgegenzusteuern versuchten, wo immer sich Gelegenheit bot, beweist einmal das von der Wipog erarbeitete „Memorandum betreffend Neofaschismus und Kommunismus“, das Klepper an das amerikanische Office of Public Affairs leitete¹⁹¹, und zum anderen die Tatsache, daß Klepper der „Demokratischen Aktion“, dem sogenannten „Nie-wieder-Kreis“, beirat und diesen unterstützte¹⁹². Die zunächst andeutungsweise versuchte stärkere Betonung des deutschen Standpunktes, die auch auf eine Emanzipation von den Alliierten hinwirken sollte, kristallisierte sich erst allmählich als eine Tendenz in der *FAZ* heraus. Klepper kritisierte bereits in der Förderausschuß-Sitzung vom 23. August 1950 den Versuch, immer wieder „nationales Ressentiment“ anzusprechen, beziehungsweise das in der Bevölkerung vorhandene nationale Potential aufzugreifen, sei es durch Meinungsäußerungen, sei es dadurch, daß man entsprechende Organisationen, wie etwa die reaktionäre „Bruderschaft“, an prominenter Stelle zu Wort kommen lasse¹⁹³. Ein Jahr später, als der Bruch vollzogen war, fand Klepper hier eine der Begründungen für die Trennung von der *FAZ*: „Wir konnten den sozialreaktionären und nationalistisch-ressentierenden Kurs nicht mehr mitmachen.“¹⁹⁴

Aus all dem wird deutlich, wie die *FAZ* immer stärker in den Sog der Tagespolitik hineingeriet und zunehmend Schwierigkeiten hatte, einen nicht nur unabhängigen, sondern auch kritischen Standpunkt herrschenden Meinungen gegenüber zu wahren. Zudem unterschätzte Klepper, dem langfristige Konzepte wichtig waren, die besonderen Bedingungen einer Tageszeitung. Auf dem Gebiet hatte er keine Erfahrung. Die beiden Blätter, für die er im Exil hauptsächlich geschrieben hatte, waren auf langfristige Perspektiven hin angelegt, deren Orientierungspunkt eben in der Zukunft, nämlich in der Zeit nach Hitler, lag. Immer dringlicher stellte sich also für Verlagsleitung und Herausgeber beziehungsweise Redakteure die Frage: Wie konnte eine von ausgesprochenen Parteiinteressen und -meinungen

¹⁸⁹ Ebenda, FAZ-Agentur Düsseldorf an die Verlagsdirektion der *FAZ*, 11. 6. 1950. Vgl. dazu einen kommentierenden Brief Pickerts vom 19. 6. 1950: „Der Brief der Düsseldorfer Agentur ist mit allen Abstrichen, die man machen muß, richtig. Wir können keine Politik mit Ressentiments machen, das bedeutet nicht, daß man nicht jeden Nationalismus schärfstens ablehnt.“

¹⁹⁰ Gründungsaufruf, gez. Josef Witsch (Akte „Demokratische Aktion“/„Nie-wieder-Kreis“).

¹⁹¹ Akte Wipog-Unterlagen/Kl., Klepper an Hans B. Meyer (Übersendung des Memorandums), 17. 12. 1951; Meyer an Klepper, 18. 1. 1952.

¹⁹² Akte „Demokratische Aktion“. Angeregt durch den Verleger Josef Witsch von Kiepenheuer und Witsch, wurde am 25. November 1951 ein Kreis deutscher Publizisten, „die sich ernste Sorge machen wegen der Anzeichen eines wiederaufkommenden Nazismus in Deutschland“, in Köln gegründet. Dem Kreis, der sich „Nie-wieder-Kreis“ nannte und nach von Klepper eingeholten „absolut zuverlässigen“ Informationen als eine „echte demokratische Organisation mit seriösen Mitgliedern, nach Zielsetzung und Arbeitsplan von Bedeutung“ einer Unterstützung bedürfte, gehörten Intendant und Mitglieder des Kölner Rundfunks, Chefredakteure der Frankfurter Rundschau und der Stuttgarter Nachrichten und andere namhafte Publizisten an. Der Kreis sollte möglichst unbekannt bleiben und Forschungen zu rechts- und linksextremen Gruppen und Einzelpersonen treiben und an Zeitungen weitergeben. Z.B. wurde die SRP als Nachfolgeorganisation der NSDAP entlarvt und die nationalsozialistische Gesinnung von Otto Ernst Remer, der heute noch eine große Rolle in der rechtsextremen Szene spielt, nachgewiesen. (In der Akte befinden sich: Korrespondenzen, Programme, das von Klepper eingeholte Gutachten und die Untersuchung über die SRP und ihre Mitglieder.)

¹⁹³ Akte Beirat, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses der *FAZ* vom 23. 8. 1950.

¹⁹⁴ K/Kor., Klepper an Manfred George vom New Yorker Aufbau, 1. 11. 1951.

sich distanzierende, aber dennoch „sehr konkrete und sehr bestimmte, politisch eindeutige und aktive Auffassung“ durch die Zeitung vertreten werden, statt nur „reflektierend“ zu berichten und sich damit abzuquälen, „eine abgeklärte, wenn nicht neutrale, Position zu beziehen“¹⁹⁵? Es ging also keineswegs nur um die Berücksichtigung der Ansichten der Geldgeber sondern vor allem auch um die Bereitschaft der Herausgeber beziehungsweise Redakteure, die Linie der Wipog umzusetzen. Wie stark waren diese wirklich von der Richtigkeit der wirtschaftspolitischen Gesamtkonzeption überzeugt? Sethe meinte auf der Präsidialausschußsitzung des Verwaltungsrates der FAZ am 27. Juni 1950, „daß auch publizistisch noch manches getan werden könne, um die grundsätzlichen Auffassungen der Wipog zu vertiefen und aufzugreifen“¹⁹⁶.

An der Art, wie die zentrale politische Frage des Ost-West-Konfliktes in der Zeitung behandelt wurde, zeigten sich bereits die Differenzen zwischen Verlagsleitung und Redaktion. Erich Dombrowski hatte am 1. April 1950 einen Leitartikel unter der Überschrift „Deutsch-russische Gesprächsmöglichkeiten“ veröffentlicht. Dombrowski trat in dem Artikel für von den Deutschen selbständig geführte Gespräche mit den Russen ein; zunächst über Handelsbeziehungen, da „wir als Deutsche in dieser weltpolitischen Auseinandersetzung lediglich Objekt sind, ein Pfund Fleisch, um und über das, ohne daß wir gefragt werden, ge- und verhandelt wird“¹⁹⁷. Klepper drückte Dombrowski gegenüber sofort sein „erstauntes Befremden“ aus und versäumte nicht, darauf hinzuweisen, daß eine Übereinstimmung zwischen Herausgebern und Verlagsleitung bestehe in Bezug auf die Linie in der Ost-West-Politik, die Dombrowski nun in genau entgegengesetzter Richtung abgehandelt habe¹⁹⁸. Klepper hatte immer wieder, zuletzt in seinem Oster-Rundschreiben, vor der gefährlichen Illusion gewarnt, „zwei miteinander so unvereinbare Gesellschaftssysteme, wie das russische und das abendländische“ vereinen zu wollen, und gefordert, daß der Westen durch eine überlegene politische, wirtschaftliche und geistige Konzeption den Osten schließlich überzeugen müsse¹⁹⁹. „Die Zeit arbeitet politisch und militärisch gegen den Kommunismus.“²⁰⁰ Das negative Echo auf den Dombrowski-Artikel kam aber nicht nur von Klepper, sondern wurde unter anderem durch die internationale Presse²⁰¹ und ein Gespräch des Euckenkreises bestätigt. Letzterer stellte sogar die Vermutung auf, „ob diese unverständliche Entgleisung auf Minister Klepper zurückzuführen sei, und ob [*dieser*] etwa dem Nauheimer Kreis angehöre“²⁰². Schließlich wurde das Problem auch auf der Präsidialausschußsitzung am 27. Juni 1950

¹⁹⁵ HdA/K-FAZ, Aktennotiz von Gather/Klepper nach Gesprächen im demoskopischen Institut in Allensbach am 9. 6. 1950.

¹⁹⁶ Ebenda, Protokoll der Sitzung vom 27. 6. 1950.

¹⁹⁷ Kor/Hrsg.

¹⁹⁸ Ebenda, Klepper an Dombrowski, 1. 4. 1950.

¹⁹⁹ Veröf./K., Klepper, Zur Lage, in: M.d.W., Nr. 15, Ostern 1950.

²⁰⁰ Ebenda, Klepper, Die letzte Chance?, in: FAZ vom 18. 7. 1950.

²⁰¹ Kor/Hrsg., Klepper an Dombrowski, 14. 4. 1950, als Anlage: Ausschnitt aus dem Observer vom 9. 4. 1950 und „Stimme Amerikas“, 12. 4. 1950. In diesem Brief verweist Klepper unmißverständlich auf den Vertrag zwischen dem Mainzer Zeitungsverlag und der Wipog, was sich wie eine Drohung ausnimmt.

²⁰² Ebenda, Aktennotiz Gathers vom 13. 4. 1950 über Gespräche im Eucken-Kreis anlässlich der Beerdigung von Prof. Eucken in Freiburg am 8. 4. 1950. Ebenda, in Gesprächen mit maßgeblichen Ostexperten, Hauke, Stuttgart, Alexander Kresling und Paul Hensel, Freiburg, wurde ebenfalls gefordert, daß die Ost-West-Frage klar und eindeutig zu behandeln sei.

thematisiert. Gegen Dombrowskis Einwände, man müsse „Zeit gewinnen“ und von deutscher Seite „vermittelnde, versöhnliche Gesten“ machen, um „Deutschland zwischen den beiden großen Blöcken nicht zerreiben zu lassen“, einigten sich Verlagsleitung und Förderer darauf, daß „die Ost-West-Frage in der *FAZ* mit Festigkeit und Eindeutigkeit in Frontstellung gegen das bolschewistische System zu behandeln“ sei²⁰³.

Ein ähnlich heikles Problem war das Verhältnis zu Frankreich, das Klepper besonders am Herzen lag. Im Herbst 1949 hatte sich in München ein Komitee zur Vorbereitung einer „Deutsch-Französischen Konferenz“, die das Verhältnis beider Länder untereinander verbessern helfen sollte, gebildet. Diese Gründung ist parallel zu der von Klepper mitinitiierten „Deutsch-Französischen Union“ kurz vor dem Kriege in Paris anzusehen. Klepper wurde aufgefordert, dem Ehrenpräsidium, dem unter anderem Adenauer, Heuß, Schumacher, Carlo Schmid und andere, im ganzen ca. dreißig Persönlichkeiten angehörten, beizutreten. Auf französischer Seite wurden ebenfalls führende Mitglieder aus Politik und Publizistik, unter anderem Raymond Aron und Paul Reynaud, geworben, um die „Deutsch-Französische Konferenz“ in Gang zu bringen²⁰⁴. Daraus wurde schließlich die „Deutsch-Französische Vereinigung“, vor der Klepper im Herbst 1952 einen Vortrag über die „Die deutsche Verantwortung“ hielt²⁰⁵. In seinem Bemühen um Frankreich war Klepper sich mit Adenauer einig, insofern unterstützte er Adenauers Bitte, in nächster Zeit in der *FAZ* nicht „die Aufrüstungsfrage im Zusammenhang mit der bevorstehenden Tagung des französischen Parlaments“ zu behandeln, um keine möglichen Ressentiments in Frankreich zu schüren²⁰⁶. Paul Sethe hatte aber gerade ohne Kleppers Wissen einen Leitartikel zu diesem Thema in der *FAZ* geschrieben²⁰⁷, obwohl er eigentlich, wie Klepper an Adenauer schrieb, genug „politischen Flair hätte“ haben müssen, um zu wissen, „daß sein Artikel deplaciert wirken mußte“²⁰⁸. Um „den Schaden zu reparieren“, schrieb Klepper eine entsprechende Glosse in der *FAZ* unter dem Titel „Taktik und Takt“²⁰⁹. Er beendete seine Glosse mit einer versteckten Rüge an die Adresse von Sethe: „Wer den Prozeß einer Gesundung des deutsch-französischen Verhältnisses taktlos stört, versündigt sich an dem eigenen Geschick.“

Wie die beiden Beispiele gezeigt haben, war die unterschiedliche Auffassung über die Behandlung politischer Themen ein Punkt in der Auseinandersetzung zwischen Herausgebersteam und Geschäftsleitung. Es war nicht der einzige. Hinzu kamen menschliche Schwierigkeiten und Mißverständnisse, die das Verhältnis zunehmend belasteten und damit auch eine Verständigung auf sachlicher Ebene erschwerten. Die kleinen, sich aus dem Alltag einer täglichen Zeitungsarbeit ergebenden Probleme spielten eine viel größere Rolle, als Klepper sich das einzugestehen vermochte. Um diese Probleme besser verstehen und im nachhinein beurteilen zu können, warum es schließlich zum Bruch zwischen Wipog und *FAZ* kam, soll hier kurz ein Blick auf die täglichen Auseinandersetzungen zwischen Klepper und Sethe geworfen werden. Dabei ist zu beachten, daß

²⁰³ HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung vom 27. 6. 1950.

²⁰⁴ Akte: „Deutsch-Französische Konferenz“, München.

²⁰⁵ K/Kor., Briefwechsel (D), Einladung zum Vortrag am 8. 10. 1952 im Casino der BASF in Ludwigshafen und Zeitungskommentare.

²⁰⁶ K/Kor., Klepper an Adenauer, 7. 10. 1950.

²⁰⁷ *FAZ* vom 6. 10. 1950.

²⁰⁸ K/Kor., Klepper an Adenauer, 7. 10. 1950.

²⁰⁹ *FAZ* vom 9. 10. 1950.

Klepper es war, der sich, ähnlich wie für Welter, für Sethe eingesetzt hatte, weil er ihn für „außerordentlich tüchtig“ hielt. Konsequenterweise hatte er dessen Artikel gegen Angriffe von außen verteidigt. So hatte sich zum Beispiel Staatssekretär Walter Strauss vom Bundesjustizministerium bei Mueller über einen Leitartikel Sethes, „Ist die Dämonie erstickt?“, beschwert²¹⁰. Es sei ein „Skandal, daß die FAZ so wenig Instinkt besitze“, daß sie sich auf „eine mehr als bedenkliche Antrittsvorlesung des Göttinger Staatsrechtlers Professor Werner Weber, der früher im Reichskirchenministerium in Berlin tätig“ gewesen sei, stütze²¹¹. Klepper, der gewiß kein Anhänger Werner Webers war, antwortete Strauss, daß er den Setheschen Artikel „weder für instinktlos, noch für skandalös, sondern für zutreffend halte“²¹². Auch gegenüber Friedrich v. Stumm, der die Wahl Sethes zum Chefredakteur als „recht wenig glücklich“ bezeichnete und ihn unter anderem wegen seiner „spürbaren Opposition zu Adenauer und Neigung zu Schumacher“ kritisiert hatte²¹³, verteidigte Klepper Sethe. Er vertrete „die richtige politische Linie“, und außerdem müsse „eine gute Zeitung prinzipiell kritisch gegenüber der jeweiligen Regierung sein“, zumal die gegenwärtige „an dem springenden Punkt der deutschen Situation vorübergeht“. „Von einer Zuneigung zur Politik von Dr. Schumacher kann weder bei Dr. Sethe noch bei unserer Zeitung überhaupt die Rede sein. Wir sind aber der Meinung, daß die landesübliche Art zu polemisieren eher schädlich als nützlich ist, zudem dem Niveau unserer Zeitung nicht entspricht. Dagegen versäumen wir ja an keinem Tag, unsere positive Konzeption in Erscheinung treten zu lassen.“²¹⁴ Vor diesem Hintergrund und in Anbetracht der Tatsache, daß Sethe selbst im Herbst 1955 aus der FAZ „herausgedrängt“ wurde²¹⁵, was die Züricher *Tat* als „Sieg der Bonner Regierungspolitik“ wertete²¹⁶, wirkt die Auseinandersetzung zwischen Klepper und Sethe besonders aufschlußreich, und die verschiedenen Probleme, um die es ging, sind in ihrer Belanglosigkeit besonders gut geeignet, die Reibungspunkte zwischen Verlagsleitung und Redaktion im Alltag zu beleuchten.

Ein heikler Punkt war die Absicht Sethes, „historische Serien [...] in populärer Form zu schreiben“, wie er es früher bereits getan und wozu ihn mehrere Verlage aufgefordert hatten. Sethe hatte sich dazu entschlossen, nur für die Mainzer *Allgemeine Zeitung* zu schreiben²¹⁷. Klepper war voll damit einverstanden „unter der Voraussetzung [...], daß die Serien auch in unserer Zeitung übernommen werden und gleichzeitig erscheinen“²¹⁸. Daraufhin machte Sethe einen Rückzieher mit der Begründung, daß die Komplikationen zu groß und ihm „ermüdende Auseinandersetzungen“ lästig seien. Außerdem sei er „der Meinung, daß für eine historische Reportage populären Inhalts die *Frankfurter Allgemeine* nicht der richtige Platz“ sei. Aufschlußreich ist seine abschließende Bemerkung: „Übrigens bedarf ich zur Veröffentlichung einer historischen Reportage, also einer nicht

²¹⁰ FAZ vom 23. 2. 1950.

²¹¹ Allg.Kor/FAZ, Mueller an Klepper, 25. 2. 1950, Mueller zitiert den Brief wörtlich.

²¹² Ebenda, Klepper an Strauss, 3. 3. 1950.

²¹³ Ebenda, F. v. Stumm an Mueller, 11. 12. 1949.

²¹⁴ K/Kor., Klepper an F. v. Stumm, 30. 12. 1949. Es ging um die Aufrüstungsfrage, und Klepper verwies auf seinen eigenen Artikel zu diesem Thema in der Sylvesternummer der FAZ, 31. 12. 1949.

²¹⁵ Vgl. Gotthardt in: Pfeiffer, S. 69 ff.

²¹⁶ BAK, Sethe, Zeitungsausschnitte, Die *Tat* vom 28. 9. 1955 unter dem Titel „Erdbeben bei der FAZ – Sethe geht! – Sieg der Bonner Regierungspolitik“.

²¹⁷ Kor/Hrsg., Sethe an Klepper, 31. 3. 1950.

²¹⁸ Ebenda, Klepper an Sethe, 1. 4. 1950.

im eigentlichen Sinne journalistischen Arbeit, nicht des Einverständnisses meines Verla- ges. Meine Mitteilung an Sie war ein Akt der Höflichkeit, sie enthielt nicht die Anerken- nung einer Verpflichtung.“²¹⁹

Ebenso symptomatisch war der folgende Punkt: Klepper hatte darauf aufmerksam ge- macht, daß Herr Frotscher, ein FAZ-Redakteur, zurückkehre und ihm gemäß Absprache die Kompetenzen zugestanden werden müßten, „die seine Aufgabe erfordert, das heißt, daß die Nachrichtenredaktion (die Herren Bayer, stud. Weinstein und Ruelius) ihm un- terstehe“²²⁰. Sethe nahm Anstoß an der Formulierung „stud. Weinstein“ und schrieb dazu folgendes: „Ich bin sicher, daß in dieser Prägung keine verletzende Absicht liegt, sondern daß sie scherzhaft gemeint ist. Ich würde trotzdem empfehlen, den Ausdruck nicht weiter zu verwenden, da er auch als Kränkung aufgefaßt werden kann. Daß er die Sache nicht trifft, brauche ich Ihnen kaum zu sagen.“²²¹

Ein dritter Punkt bezog sich auf die neue und noch nicht fest engagierte Auslandskor- respondentin der FAZ in New York, Toni Stolper, der Klepper etwas über die Art ihrer Mitarbeit geschrieben hatte. Sie müsse natürlich kritisch sein, aber, so fügte er hinzu, „für unser Blatt, das reichlich von pathetischem Ernst beschwert ist, wäre es eine Berei- cherung, wenn die Kritik von etwas Humor belebt wäre“²²². Eine Durchschrift seines Briefes schickte er an Sethe mit einer Bemerkung über Toni Stolpers Artikel, der ihn „in- diskret und recht langweilig anmute“, und was sie über die „Konkurrenzfähigkeit der Kohle“ zu sagen habe, sei „keineswegs originell, sondern [*werde*] in den Vereinigten Staaten, mit Recht, seit langem diskutiert“²²³. Sethe war „ganz anderer Meinung“ und behielt sich vor, „dies Frau Stolper auch mitzuteilen. Der Aufsatz ist eines der ganz we- nigen Beispiele, bei denen dem deutschen Leser ein oft gehörter Name endlich zum Be- griff wird. Er durfte um keine Zeile kürzer sein. Daß Ihnen die Probleme bereits bekannt sind, hat keine Überzeugungskraft, da wir uns nicht schmeicheln dürfen, viele solcher Sachkenner wie Sie unter unseren Lesern zu haben.“ Sethe schloß seinen Brief mit der allgemeinen Bemerkung, die auf eine längere Vorgeschichte zu verweisen scheint: „Selbstverständlich hat der Verlag das Recht zur Kritik und zur Anregung. Ich würde aber empfehlen, bei dem Beispiel aller gut geleiteten Zeitungen zu bleiben und Anregun- gen wie Kritik ausschließlich der Redaktionsleitung, in unserem Falle dem Herausgeber- Kollegium, vorzutragen. Eingriffe des Verlages in die Einzelarbeit der Redaktion müs- sen, wenn sie zur Methode werden, unweigerlich zur Verwirrung und zur Lähmung der Arbeit von Redaktion und Mitarbeitern führen. Da ich sicher bin, daß dies nicht in Ihrer Absicht liegt, darf ich wohl annehmen, daß Sie bei reiflicher Überlegung meinem Vor- schlag folgen werden.“²²⁴

Dieser bewußt so ausführlich zitierte Briefwechsel zwischen Klepper und Sethe wirft die Frage nach der Grenze zwischen Zensur und Meinungsfreiheit auf. Wie weit war es zulässig, daß die Verlagsleitung unter dem Vorwand, die Linie der Wipog müsse einge-

²¹⁹ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

²²⁰ Ebenda, Klepper an Sethe, 2. 4. 1950.

²²¹ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

²²² Allg.Kor/FAZ, Klepper an Toni Stolper, NY, 2. 4. 1950. Klepper kannte Toni Stolper noch aus Berlin, vgl.: Staudinger, S. 110: „Klepper, den ich [...] bei unseren gemeinsamen Freunden, den Stolpers, gesehen hatte.“

²²³ Kor/Hrsg., Klepper an Sethe, 2. 4. 1950.

²²⁴ Ebenda, Sethe an Klepper, 8. 4. 1950.

halten werden, den Redakteuren ins Handwerk pfuschte? Die Frage stellte sich um so dringlicher, als Klepper andererseits immer wieder betonte, eine Zeitung müsse kritisch sein und verschiedene Ansichten zu Wort kommen lassen. Wo war die Grundlinie der Zeitung gefährdet, und wo ging es „nur“ um Kompetenz- und Abgrenzungsfragen? Daß Klepper zäh auf die Einhaltung der Wipog-Linie achtete, ist ebenso verständlich wie das Bemühen der Herausgeber, ihre Unabhängigkeit zu verteidigen. Klepper neigte dazu, sich selbst als Chef zu betrachten und für die Empfindlichkeiten anderer, von ihm nur teilweise Abhängiger, wenig Verständnis zu zeigen, beziehungsweise er erwartete, daß sie sich wehrten, wenn er zu weit ging. Seine engen Mitarbeiter in der Wipog haben immer wieder bestätigt, daß Klepper die Auseinandersetzung suchte, ja brauchte, und wenn man ihm selbstbewußt entgegentrat, den gegnerischen Standpunkt auch zu akzeptieren wußte. Dazu eine kleine Anekdote: Gather pflegte seine Dienstzeiten nicht sehr genau einzuhalten, was Dethleffsen so sehr störte, daß er Klepper bat, Gather darauf hinzuweisen. Als Klepper dies tat und Gather ihm antwortete: „Haben Sie meinen Arsch oder meinen Kopf engagiert?“, mußte Klepper lachen und gab sich zufrieden. Was ihm oft als Arroganz angekreidet wurde, war eine angeborene und eine ihm im Laufe seines wechsellvollen Lebens zugewachsene Überlegenheit, die ‚engstirnigere‘ Naturen spürten und als bedrohlich empfanden, wobei sie nicht erkennen konnten, daß hinter dieser Überlegenheit, die sich entweder in Ironie, die auch zu beißendem Spott werden konnte, oder in ausgesuchter bis eisiger Höflichkeit ausdrückte, auch eine große Bescheidenheit und Verletzlichkeit verborgen war, die er aber nur sehr engen Freunden gegenüber bloßzulegen wagte. Seine Ungeduld, sein Abscheu vor Kleinlichem und sein starker Wille, die einmal von ihm als richtig erkannten Dinge durchzusetzen, mußten seinen Kontrahenten als unerwünschte Korrekturen, Bemängelungen und als Störungen ihrer täglichen Arbeit erscheinen. Seine Art des Eingreifens war zu persönlich, zu belegend, dies wird besonders deutlich an einem Gegenbeispiel.

Sein Mitstreiter Mueller, der Klepper immer mit einer Prise Salz zu nehmen wußte, hatte eine etwas neutralere Art, Kritik zu äußern, und eckte deshalb weniger an. Hier ein Beispiel für Muellers Art, auf Probleme aufmerksam zu machen: Er schrieb keinen persönlichen Brief, sondern einen „Vermerk für die FAZ“. Darin heißt es: „Der Bericht unseres England-Korrespondenten in der beiliegenden Nummer vom 19. April ist ungefähr das klare Gegenteil von dem Bericht des *Observer* vom 16. d[e]s. M[ona]ts., der ebenfalls beiliegt. Dieser Bericht mußte unserem Korrespondenten eigentlich vorgelegen haben. Ich bin auf den Widerspruch durch einen hier wohnenden Engländer aufmerksam gemacht worden, der ein großer Verehrer der beiden Zeitungen ist und nun nicht weiß, welcher Zeitung er das Vertrauen entziehen soll.“²²⁵ Dies war ein anderer Stil, aber es ging um ähnliche Probleme, um Kompetenzstreitigkeiten zwischen Verlagsleitung und Redaktion und die damit verbundenen menschlichen Empfindlichkeiten und technischen Störungen, um unterschiedliche Auffassungen von dem kritischen Auftrag einer Zeitung und die angemessene journalistische Umsetzung politischer Tatsachen und Meinungen.

Doch all diese Querelen hätten überwunden werden können, wenn sich nicht gleichzeitig die politische Linie der FAZ verändert hätte. So stellte der Wirtschaftsexperte der Wipog, Herbert Gross, im November 1950 seine Mitarbeit an der FAZ ein, weil die Her-

²²⁵ Ebenda, Mueller, 24. 4. 1950.

ausgeber der *FAZ* seinen Artikel, in dem er die Tagung des Bundesverbandes der Industrie kritisch behandelt hatte, „als der Linie der Zeitung nicht entsprechend“ abgelehnt hatten²²⁶. In vielen Briefen an Klepper spiegeln sich Klagen über die Veränderung der ursprünglichen Linie der *FAZ* wider. So äußerte sich Udo Rusker, der die Zeitung im Mai 1950 noch in höchsten Tönen gelobt hatte²²⁷, im November äußerst verärgert über die Tatsache, daß Karl Korn als verantwortlicher Redakteur für das Feuilleton einen Artikel zu Problemen des Schriftstellers in der NS-Zeit, der nicht mehr nur als Entgleisung, sondern als grundsätzliches Versagen zu werten sei, zugelassen habe²²⁸. Klepper versuchte zwar Korn gegenüber Rusker in Schutz zu nehmen, fügte aber auch hinzu: „Ihre Kritik an der *FAZ* im allgemeinen, halte ich für völlig zutreffend. Wir führen darüber im engeren Kreis eine erbitterte Fehde“, von deren Ausgang es abhängen würde, ob die Zeitung noch „auf eine andere Linie“ gebracht werden könne oder ob man sich trennen müsse²²⁹. Auch Botschafter Carl v. Campe klagte aus Santiago darüber, daß er immer häufiger Bedauern darüber höre, „daß die ‚Frankfurter‘ ihre früher so klare und zielbewußte Haltung etwas verloren“ habe²³⁰. In der französischen *Monde* sei die *FAZ* gar als „Blatt des Kanzlers Adenauer“ bezeichnet worden²³¹.

Die solchermaßen sich zuspitzenden Auseinandersetzungen zwischen den drei Kontrahenten, der Wipog, den Förderern und den Herausgebern, nahmen schließlich einen prinzipiellen Charakter an, so daß Klepper, um die Existenz seines „Lieblingskindes“²³² zu retten, seinerseits Konsequenzen zog und „aus eigenem Entschluß“ am 22. Mai 1950 der Geschäftsleitung seinen Rücktritt anbot²³³. Zum 1. Juni 1950 sollte seine Geschäftsführertätigkeit beendet sein und auf seinen Wunsch von Babette Gross und Viktor Mukkel übernommen werden²³⁴. In der Förderausschußsitzung vom 23. August 1950 erschien Klepper „ein unbefangenes Vertrauensverhältnis zwischen ihm und der Redaktion [...] schwer erreichbar, da das Mißverständnis nicht persönlicher, sondern sachlicher Natur sei“, was Klepper in der Sitzung am Beispiel eines Artikels über die Tagung des Europarates in Straßburg erläuterte²³⁵. Haffner und Hoffmann forderten, daß Hoffmann stärkeren Einfluß auf die Ausgestaltung der Zeitung nehmen solle²³⁶, was dann am 16. September 1950 zu Hoffmanns Übernahme der Geschäftsführung der *FAZ* führte²³⁷. Klepper scheint sich damit einverstanden erklärt zu haben, obwohl doch gerade dadurch der unternehmerische Einfluß auf die Zeitung wuchs, den er zu verhindern versucht

²²⁶ Allg.Kor/*FAZ*, Vermerk vom 24. 11. 1950.

²²⁷ K/Kor., Rusker an Klepper, 21. 5. 1950.

²²⁸ Ebenda, Rusker an Klepper, 23. 11. 1950.

²²⁹ Ebenda, Klepper an Rusker, 12. 12. 1950.

²³⁰ Ebenda, v. Campe an Klepper, 19. 4. 1951.

²³¹ Ebenda, v. Campe an Klepper, 23. 4. 1951.

²³² Ebenda, „Wie Sie wissen, entspringt meine Trauer einer durchaus starken Zuneigung, die ich immer und sehr tatkräftig für Ihr ‚Lieblingskind‘ an den Tag gelegt habe.“

²³³ HdA/K-*FAZ*, Klepper an Dombrowski, 22. 5. 1950.

²³⁴ Ebenda, offizielles Schreiben an die Mitglieder des Verwaltungsrats.

²³⁵ Sitzung vom 23. 8. 1950.

²³⁶ Ebenda, Hoffmann an Klepper, 22. 6. 1950.

²³⁷ Ebenda, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses der *FAZ* mit dem Herausgeberkollegium, 16. 9. 1950. Der Beschluß des Verwaltungsrates vom 19. 9. 1950 zur Übernahme der bisher von Klepper innegehabten Geschäftsführung durch Hoffmann wurde vom Amtsgericht registriert (Registersache der *FAZ*-GmbH, Aktenzeichen 72 HRB 1738, 1. 11. 1950). Hoffmann legte seinen Sitz im Verwaltungsrat nieder (Hoffmann an Rothe, 1. 11. 1950).

hatte. Im Sitzungsprotokoll heißt es, er wolle damit eine neue Basis für eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Herausgebern und Verlagsleitung schaffen, in der Hoffnung“, daß sich das „zur Zeit unerfreuliche Verhältnis“ entspanne und die „Herausgeber von sich aus die Initiative zu einem neuen politischen Kontakt mit ihm ergreifen“ würden. Offensichtlich lag in dieser Bereitschaft Kleppers, sich aus dem direkten Kontakt mit den Herausgebern zurückzuziehen, der Versuch, die Arbeit der Zeitung zu entlasten. Darin lag aber nicht, wie Mueller betonte, ein „Verzicht auf die Mitwirkung der Wipog bei der Gestaltung der Zeitung“. Für die Wipog ging es nun um „eine grundlegende Entscheidung über die politische Haltung der Zeitung“²³⁸.

Schon gegen Ende 1950 hatten Bemühungen Kleppers eingesetzt, sich finanziell von den Förderern unabhängiger zu machen, oder, wie man es auch formulieren könnte, finanzielle Druckmittel in die Hand zu bekommen, um die Herausgeber ‚gefügiger‘ zu machen. Dazu nahm er Kontakt mit den Amerikanern auf. Im August war Shepard Stone Direktor des Office of Public Affairs geworden und als solcher auch zuständig für das Zeitungswesen²³⁹. Mit ihm haben Babette Gross und Klepper über die Situation der FAZ gesprochen und angedeutet, daß es „notwendig [sei], den Kreisen, deren Eindringen in unsere Zeitung ich verhindern möchte, in einer prophylaktischen Weise den Weg zu versperren“²⁴⁰. Die Verhandlungen über eine finanzielle Unterstützung der FAZ durch die USA waren von Erfolg gekrönt. Zwar wollten die Geldgeber nicht genannt werden, aber die Summe von monatlich 55 000 DM stand zunächst für zehn Monate, mit monatlicher Kündigungsfrist, zur Verfügung, um damit eine Wochenbeilage der FAZ zu finanzieren, die sich vor allem mit der wirtschaftlichen Integration Deutschlands in die westliche Welt befassen und allein von der Wipog gestaltet werden sollte²⁴¹. Außerdem wurde auf der Förderausschußsitzung beschlossen, die Wipog-Konzeption verstärkt in die Öffentlichkeit zu bringen und den Kurs der FAZ zu korrigieren. Von dem ‚amerikanischen‘ Geld blieb jeweils so viel übrig, daß das Defizit der FAZ davon mitfinanziert werden konnte, das waren monatlich etwa 25 000 DM. So kann man sagen, daß die Wipog die FAZ in der ersten Jahreshälfte 1951 am Leben erhalten hat²⁴².

Doch was Klepper sich erhofft hatte und was auch auf der Sitzung am 13. Juli beschlossen worden war, nämlich, daß „die ursprüngliche politische Linie der Zeitung [...]

²³⁸ Ebenda, Klepper an Matthiesen, 26. 5. 1950, vgl. ebenda, an Pickert und Ziervogel, alle drei bat Klepper dringend um ihr Erscheinen bei der geplanten Sitzung Ende Juni. Ebenso bat Mueller Pentzlin um sein Erscheinen, 26. 5. 1950, weil es sich nicht nur „um die Bereinigung von Querelen untergeordneter Art“ oder „etwa nur um Geldfragen, sondern um den ganzen Kurs der Zeitung“ handle.

²³⁹ K/Kor., Klepper an Stone, 7. 8. 1950.

²⁴⁰ Ebenda, Klepper an Stone, 23. 10. 1950. Im Dezember bildete der Bundesverband der Industrie einen besonderen Ausschuß für die Beziehungen zur Presse, insbesondere zur FAZ. Herr Reusch habe sich in den Ausschuß wählen lassen. Dies berichtete Klepper an Stone und fügte hinzu, es „mahne zur Eile!“ (21. 12. 1950).

²⁴¹ HdA/K-FAZ, Niederschrift über die Sitzung des Förderausschusses vom 14. 2. 1951. Vgl. auch Sitzung vom 7. und 12. 3. 1951.

²⁴² Bestätigt durch Gather, vgl. außerdem HdA/K-FAZ, Protokoll der Sitzung des Förderausschusses vom 13. 7. 1951. Indirekte Bestätigung durch den Bericht Hoffmanns über die finanzielle Lage der Zeitung auf der Sitzung vom 24. 9. 1951: Dort sagte er, daß es zur Zeit ein Defizit gebe, „das aus den monatlichen amerikanischen Geldern für eine Beilage hätte abgedeckt werden können. Da es jedoch für August und September keine Zuschüsse mehr gegeben hätte, könnten trotz Einsparung die Gehälter Ende des Monats nicht mehr gezahlt werden.“

beibehalten, beziehungsweise wiederhergestellt werden“ solle, gelang offensichtlich nicht. Das zweite Mittel, das Klepper zur Realisierung dieses Ziels einzusetzen versuchte, nämlich die Position eines Chefredakteurs zu schaffen, der die Linie der Wipog vertrat, scheiterte ebenfalls. Und zwar einmal, weil Klepper den falschen Mann vorschlug, nämlich den von den Amerikanern protegierten, ehemaligen Redakteur der von ihnen seinerzeit finanzierten und inzwischen eingegangenen *Neuen Zeitung*, Hans Lehmann, der wenig angesehen unter seinen Kollegen war. Zum anderen scheiterte es an dem Widerstand der Herausgeber, die sich keinen Chefredakteur vor die Nase setzen lassen wollten, schon gar keinen Herrn Lehmann. Entsprechend rasch reagierte Haffner, Pickert und Hoffmann, die sich im Förderausschuß auf die Ernennung Welters zum Chefredakteur einigten, unter der Voraussetzung, daß dieser auf seine vielen Nebentätigkeiten verzichtete, ein Vorschlag, mit dem auch die übrigen Herausgeber einverstanden waren²⁴³.

In der entscheidenden Sitzung vom 15. August 1951 wurde Welter von den genannten drei Herren als neuer Chefredakteur präsentiert und bekanntgegeben, daß man sich ebenfalls auf eine neue Ressortverteilung geeinigt habe, bei der Sethe hauptverantwortlich für Politik und Baumgarten nur für die „mehr praktisch-wirtschaftspolitische Seite verantwortlich sein sollte“²⁴⁴. Mueller, der „diese Lösung als unaufrichtig“ bezeichnete, bezweifelte mit Pentzlin und Klepper zusammen die volle Einsatzbereitschaft Welters, der nebenbei noch seine Lehrtätigkeit als Professor in Mainz aufrechterhielt. Kleppers und Muellers Haupteinwand aber war, daß sich dadurch nichts an der Zeitung ändern und daß vor allem „an der Person Professor Welters [...] aus praktischen wie politischen Gründen [...] die Möglichkeit einer finanziellen Unterstützung von Seiten der [...] Fördergruppe scheitern“ würde²⁴⁵. Nachdem Mueller eine klare Entscheidung für einen Chefredakteur im Sinne der Wipog gefordert hatte, da sich sonst die Wipog ganz aus dem Zeitungsprojekt zurückziehen müsse, versuchten Haffner und Max A. Schmid einen Keil zwischen Klepper und Mueller zu treiben, indem sie nur Kleppers ‚Kopf forderten‘, was Mueller strikt und eindeutig ablehnte. Man vertagte sich auf den 24. September. Der zu diesem Datum einberufene gesamte Förderkreis sollte über das Verhältnis Wipog – FAZ befinden, außerdem sollten Neuwahlen des Förderkreises stattfinden²⁴⁶.

Vor der geplanten Sitzung des Förderkreises tagte allerdings der Vorstand und Beirat der Wipog und beschloß bereits eine Trennung zwischen Wipog und FAZ, da sich „die organisatorische Verbindung [...] als Fehlkonstruktion erwiesen“ habe²⁴⁷. Entsprechend wurde der Förderkreis am 24. September vor die vollendete Tatsache gestellt, die er akzeptierte und seinerseits das Geld aufbrachte, um das ‚kostbare‘ Projekt FAZ nicht doch noch scheitern zu lassen. Welter wurde Chefredakteur. Auch dies will die FAZ nicht mehr wahrhaben, denn sie rühmt in besagter Broschüre „das Kollegialitätsprinzip“

²⁴³ Ebenda, Pickert an die Wipog, 11. 8. 1951. Haffner, Pickert und Hoffmann haben das am 13.7. beschlossene Gespräch mit Herrn Lehmann gar nicht geführt (Protokoll der Sitzung des Förderausschusses vom 15. 8. 1951).

²⁴⁴ Ebenda.

²⁴⁵ Ebenda. Mit der Fördergruppe sind die Amerikaner gemeint.

²⁴⁶ Ebenda.

²⁴⁷ Ebenda, Niederschrift der Sitzung vom 17. 9. 1951 in Hattenheim.

als „eine Besonderheit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*“ und als ein in der internationalen Presse „einmalige[s] Phänomen“²⁴⁸.

Wenn die Geschichte dieses Bruchs zwischen Wipog und FAZ auch ein betrübliches und, wie viele damals und im nachhinein meinten, vermeidbares Kapitel gewesen ist, so steht doch eines fest: ohne die Wipog und ihre Konzeption wäre die FAZ jedenfalls zu diesem Zeitpunkt und in dieser Form weder gegründet worden, noch wäre ohne die vielfältigen Kontakte der Wipog zu zahlungswilligen und -fähigen Leuten aus der Wirtschaft und ohne ihre Kompetenz, diese Leute zusammenzubringen, die große Summe zusammengekommen, die nötig war, um die Zeitung starten zu können. Schließlich muß auch gesagt werden, daß die Gründung ohne Klepper, sein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Konzept sowie seine große Energie und Zielstrebigkeit nicht zu denken gewesen wäre. Zum Zeitpunkt der Trennung von Wipog und FAZ war die Zeitung bereits so fest etabliert, daß es nur noch eines vergleichsweise geringen Zuschusses bedurfte, bis sie auf eigenen Beinen stehen konnte. Daß die erste Verbindung zwischen Wipog und FAZ auf Dauer nicht gehalten hat, daran tragen alle drei Partner ihren Teil der Schuld.

Aus der Sicht der Herausgeber war wohl Klepper der Hauptschuldige, weil er sich zu stark in die Redaktionsarbeit eingemischt hatte, ohne selbst genügend von dieser Arbeit zu verstehen, abgesehen davon, daß jeder selbstbewußte Redaktionsstab, und das war der FAZ-Redaktionsstab, jegliche sachliche Bevormundung und jegliche finanzielle Abhängigkeit prinzipiell ablehnt. Auf die Dauer gab es dann mit dem neuen Geschäftsführer Hoffmann ebensolchen Ärger, nur spielte er keine große Rolle mehr, weil die FAZ sich bald selber trug und als angesehenes Blatt etabliert hatte²⁴⁹. Welter wird immer wieder als der Hauptkontrahent Kleppers bezeichnet²⁵⁰. Auch Klepper selbst sagte, Welter sei „bei den damaligen Auseinandersetzungen zwischen der Wipog und der FAZ auf der Gegenseite“ gewesen²⁵¹. Dennoch wäre es falsch, diese Auseinandersetzung auf einen persönlichen Konflikt zu reduzieren, es war im Gegenteil, wie auch Klepper immer wieder betont hat, vorwiegend ein sachlicher Konflikt. Interessant ist in diesem Zusammenhang ein kleiner Briefwechsel zwischen Klepper und Welter anläßlich von Welters fünfzigstem Geburtstag im Juli 1950. Klepper gratulierte ihm und schrieb unter anderem, daß er auf den Gedanken gekommen sei, daß er „ja eigentlich beinahe [sein] Vater sein könnte“. Und er fuhr fort, „Kinder haben gelegentlich die Gewohnheit, Schwächen ihrer Eltern mit Nachsicht zu begegnen. Wie wäre es, wenn Sie etwas derartiges mir gegenüber aufbrächten?“²⁵² Welter, der sich offensichtlich sehr über den „liebenswürdigen und entwaffnenden Glückwunsch“ gefreut hatte, antwortete: „Es ist die Sie auszeichnende anschauliche Kenntnis fremder Länder und Völker, die Sie trotz des geringen zwischen uns bestehenden Altersunterschiedes zu der Vorstellung befähigt, Sie könnten

²⁴⁸ Alles über die FAZ, S. 18. Inzwischen nennt sie in ihrem Impressum wieder als ersten Herausgeber Prof. Welter, was, abgesehen vom Widerspruch zu obiger Aussage, nicht den Tatsachen entspricht, denn der erste Herausgeber war Dombrowski als primus inter pares eines Herausgeberkollegiums.

²⁴⁹ Laut FAZ wurde am 22. 4. 1959 die FAZIT-Stiftung gegründet, die die Mehrheit der Anteile hat. 1989 übernahm die FAZIT die Mehrheit der Societäts-Druckerei, S. 12.

²⁵⁰ Vgl. K. Schulz, S. 157 f.

²⁵¹ K/Kor., Klepper an Otto Blumenthal (United Restitution Org. Israel/Berlin), 7. 2. 1956.

²⁵² Kor/Hrsg., Klepper an Welter, 1. 7. 1950.

mein Vater sein. Doch akzeptiere ich mit Freuden die Pflicht der Verehrung, die aus solcher Beziehung entspringen würde. Auf Nachsicht darf nur der Sohn hoffen. Die Wiederherstellung unseres alten ungetrübten Vertrauensverhältnisses gehört zu den dringendsten Wünschen, die mich beim Überschreiten des fünften Jahrzehnts bewegen, und ich bitte Sie, überzeugt zu sein, daß ich alles in meiner Kraft Liegende zu tun versuchen werde, um diesen Wunsch zu verwirklichen.“²⁵³

Die Förderer hatten, wie bereits aufgezeigt wurde, unterschiedliche Standpunkte. Es war keineswegs so, daß alle die Meinung des Haffner-Kreises teilten. Schon die Tatsache, daß trotz der notwendigen personellen Trennung des Förderkreises vom Wipog-Vorstand und -Beirat dennoch, bis auf Haffner, Hoffmann, Schmid und Welter, die aus der Wipog ausschieden, die meisten Förderer in der Wipog und auch im Vorstand und Beirat blieben, zeigt, daß die Geldgeber in ihrer Mehrzahl der Wipog die Treue hielten²⁵⁴. Doch haben sie sich nicht stark genug engagiert, waren der mühsamen Querelen überdrüssig oder hatten einfach keine Zeit, an den entscheidenden Sitzungen teilzunehmen. Der Ehrgeiz Hoffmanns, die Zeitung zu übernehmen, und seine Unterstützung durch Schmid, Haffner und Seeling, die sich damit ihren Einfluß zu sichern gedachten, hat gewiß auch seinen Teil zur Härte der Auseinandersetzung beigetragen.

Machten Herausgeber und Förderer in der Hauptsache Klepper für das Scheitern der Verbindung Wipog – FAZ verantwortlich²⁵⁵, so waren es aus der Sicht Kleppers umgekehrt die Herausgeber und die Gruppe der Förderer um Haffner, Seeling und Schmidt, die „die politische Haltung der Zeitung“ in zweifacher Hinsicht so verändert hätten, daß er dies für „außerordentlich bedenklich“ hielt. „Anstatt in Unbefangenheit auf die Eingliederung Deutschlands in die westliche Welt auszugehen, wird in der Zeitung immer wieder das nationale Ressentiment angesprochen“, und statt die „innere [soziale] Synthese“, die er „nicht nur für notwendig, sondern für möglich“ hielt, zu unterstützen, hat sie „sozialreaktionäre und restaurative Tendenzen“ vertreten, die Klepper auch im Interesse des Unternehmertums für schädlich, ja für „gefährlich“ hielt²⁵⁶. Die Wipog stand zu Klepper; Mueller sagte auf der vorletzten Sitzung ausdrücklich, „es sei nicht möglich, die

²⁵³ Ebenda, Welter an Klepper, 5. 5. 1950, in Wirklichkeit 5.7. Welter hatte den Brief aus Versehen vordatiert, was Klepper dazu veranlaßte, ihm am 8.7. zu antworten: „Ich schlage vor, daß wir dementsprechend verfahren und die letzten beiden Monate aus der Erinnerung streichen.“

²⁵⁴ Der Wipog-Vorstand vom Januar 1953 setzte sich wie folgt zusammen: K. Blaum, E. Deissmann, K. Pentzlin, L. Erhard, F. Ackermann, H. Albersmann, W. Bauer, G. Böhme, K. Graf, G. Henle, A. Pickert, H. Gross. Aus dem Vergleich mit dem ursprünglichen Vorstand ergibt sich, daß sich die personelle Zusammensetzung nicht wesentlich geändert hat. Gleiches gilt für die Zusammensetzung des Beirates. Ein großer Teil des Vorstandes, u. a. Erhard, gehörten auch in den 60er Jahren noch dem Vorstand an (Akte Vorstand-Sitzungen II). Im „Memorandum der Wipog betreffend Neofaschismus und Kommunismus“ heißt es: „Der Versuch, ihre [Wipog] Trennung von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung zum Anlaß einer inneren Krise zu machen, ist überhaupt nicht zur Entwicklung gekommen“ (Unterlagen/Kl.).

²⁵⁵ Ein Urteil, das auch von K. Schulz teilweise übernommen wird, indem er neben der Tatsache, „daß einflußreiche Förderer unternehmerische Interessen in der Zeitung nicht genügend vertreten“ sahen, „die Persönlichkeitsstruktur Otto Kleppers“ als zweite der beiden „wesentlichen Ursachen“ nennt. Diese Betrachtungsweise erscheint als zu undifferenziert.

²⁵⁶ K/Kor., Klepper an G. Henle, Aufsichtsratsvorsitzender der Klöckner-Humboldt-Deutz AG. und Mitglied des Bundestages, 2. 10. 1951. Vgl. zu der im Brief vertretenen Ansicht Kleppers grundsätzlichen und letzten Artikel in der FAZ, Nr. 173, 28. 7. 1951 zum Thema: „Frei-Gleichberechtigt-Deutsch“.

Wirtschaftspolitische Gesellschaft und ihn von der Person Minister Kleppers zu trennen“²⁵⁷. Der Bruch wäre, wie Gather nachträglich anmerkt, nicht notwendig gewesen, denn alle Wipog-Mitarbeiter hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, ihre Gedanken in der Zeitung darzulegen, und ein solches Instrument aus der Hand zu geben, sei unklug und unnötig gewesen²⁵⁸. Dem ist teilweise zuzustimmen. In der Tat hat Klepper das wertvolle Instrument, das ihm auch selbst so sehr am Herzen lag, zu rasch aus der Hand gegeben. Er hat die Realitäten einer Tageszeitung falsch eingeschätzt; sie konnte nicht nur Instrument zur Verbreitung langfristiger Konzeptionen sein, wollte sie nicht ihren eigentlichen Auftrag, tagespolitisch zu informieren und auch zu unterhalten, sträflich vernachlässigen. Andererseits kann man verstehen, daß Klepper nicht bereit war, in der Sache Kompromisse zu machen. Was half es, Artikel in einer Zeitung zu veröffentlichen, mit deren Grundlinie er sich nicht identifizieren konnte? Seine Kompromißlosigkeit, die man verurteilen oder auch bewundern kann, war gewiß ein Grundzug seines Charakters, beruhte allerdings auch zunehmend auf einer Fehleinschätzung seiner eigenen Möglichkeiten. In seinem unerschütterlichen Glauben an sein Durchsetzungsvermögen und seine Überzeugungskraft, gepaart mit einem oft erstaunlichen Optimismus²⁵⁹, dessen Kehrseite allerdings immer wieder aus Phasen tiefer Depression bestanden, erkannte Klepper nicht klar genug, wie wichtig auch die Beachtung von Detailproblemen und vor allem, wie wichtig die Rücksichtnahme auf menschliche Eigenheiten war. Sethe faßte die Problematik in seinem Nachruf auf Klepper, den er bereits als Redakteur der *Welt* schrieb, zutreffend zusammen. Da seine Worte zugleich als nachträglicher Kommentar zu der gemeinsamen Zeit bei der *FAZ* gelesen werden können, sollen die wichtigsten Sätze zitiert werden: „Sein Ehrgeiz, zu wirken und zu führen, reichte wohl weiter. Aber in die vorderste Linie der Staatsgeschäfte zurückzukehren, war ihm nicht vergönnt. Dazu mag beigetragen haben, daß die Schroffen seines Wesens ihm manche Gegner auch da schufen, wo man nicht sein Feind zu sein wünschte. Aber die beunruhigende Frage erhebt sich, ob ein Mann von seinen Erfahrungen, seinen Kenntnissen und seiner erstaunlichen Menschenkenntnis nicht doch in ein hohes Amt berufen worden wäre, wenn er es über sich gebracht hätte, in eine Partei einzutreten.“²⁶⁰

„Die Eigenverantwortung der Person“ – Kleppers Vorstellung von einer politisch verantwortlichen Elite

„Während die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*“, die auch Iring Fetscher „ein frühes Kind der Wipog“ nennt, „ihren eigenen konservativ-liberalen Weg zu gehen begann,

²⁵⁷ HdA/K-FAZ, Niederschrift der Sitzung vom 15. 8. 1951.

²⁵⁸ Daß Gather, der damals noch am Anfang seiner beruflichen Laufbahn stand, trotz des verlockenden Angebots Welters, sich bei ihm zu habilitieren und weiter bei der *FAZ* mitzuarbeiten, der Wipog die Treue hielt, ist bemerkenswert, wirft aber vielleicht auch ein positives Licht auf den Team-Geist der Wipog-Mannschaft.

²⁵⁹ K/Kor., Juan José Bopp, sein Anwaltskollege aus Mexiko, schrieb am 10. 2. 1949 an Klepper: „Ich bewundere Sie, mit welcher Ausdauer und mit welchem Mut und Begeisterung der Jugend Sie überall tätig sind.“

²⁶⁰ Se[the], Otto Klepper, in: *Die Welt*, 14. 5. 1957.

blieb die Wipog offen und wachsam, selbstkritisch und lernfähig.²⁶¹ Sie entfaltete eine Fülle von Aktivitäten, unter anderem durch den enger werdenden Kontakt mit dem amerikanischen Office of Public Affairs, das teilweise diese Aktivitäten finanziell unterstützte²⁶².

Kurzzeitig gab es zwar Überlegungen, ob nicht auf der Basis des Wipog-Programms eine Parteigründung möglich sei²⁶³, oder ob Mitglieder der Wipog in Parteien eintreten und auf diesem Wege Einfluß zu gewinnen versuchen sollten²⁶⁴, doch waren diese Überlegungen unrealistisch und auch nicht mit der Konzeption und der Organisation der Wipog vereinbar²⁶⁵. Weder Rudolf Mueller noch Klepper war bereit, in eine der bereits bestehenden Parteien einzutreten²⁶⁶. Als Alfred Daniel 1949 bei Klepper anfragte, ob „es nicht möglich [sei], daß außer den vielen Null-pen auch ein paar Köpfe in das kommende Bundesparlament einziehen“ könnten, ob er „irgendwo aufgestellt“ sei oder ob er gar nicht kandidieren wolle, „weil die großen Parteien für einen eigenständigen Kopf keinen Platz“ hätten²⁶⁷, wehrte er ab und meinte, daß nicht viel darauf ankomme²⁶⁸. Ein bißchen handelte es sich hier gewiß auch um ‚sauere Trauben‘²⁶⁹, denn weder hätte Klepper sich reibungslos in eine Partei einfügen können, noch wäre er in einer Partei wie der CDU oder auch der SPD sehr willkommen gewesen, dafür war er wahrlich zu unbequem²⁷⁰.

Hinzu kam, daß Klepper über die nach dem Kriege neu gegründeten Parteien ein ausgesprochen negatives Urteil hatte, mit dem er auch nicht hinterm Berge hielt. Nach seiner Meinung hatten sich lediglich die alten Parteien aus der Weimarer Zeit restauriert. Da er für eine „klassenmäßige Synthese“²⁷¹ eintrat, beurteilte er das Konzept der SPD, Arbeiterpartei zu sein, als veraltet, denn „die gesellschaftliche Position der Arbeiterschaft [habe] sich völlig geändert. Man kann wohl schon von einer Entproletarisierung sprechen. Die erkenntnistheoretischen Konsequenzen aus dieser Entwicklung zieht man aber nur zögernd. Vor allem ist der Funktionsapparat, der ja außerordentlich bedeut-

²⁶¹ Fetscher in: Offene Welt, Nr. 104, S. 18.

²⁶² Vgl. Akte Wipog-Unterlagen/Kl. und s.u..

²⁶³ Wipog-Akte Tonbandprotokolle.

²⁶⁴ In der Vorstandssitzung vom 5. März 1951 spielte Klepper auf die nächsten Wahlen an und meinte, man müsse daraus eine Möglichkeit entwickeln, „die Wipog-Arbeit zu aktivieren“, wobei er es nicht für richtig halte, Parteien finanziell zu unterstützen, „aber man sollte darauf ausgehen, Leute aus unserem Kreis in das Parlament zu bringen in dieser oder in jener Partei“ (Protokoll d. Vorstandssitzung vom 5. 3. 1952, S. 6, in: Akte Tagungen 0/62/2).

²⁶⁵ K/Kor., Klepper schrieb in diesem Zusammenhang an seinen ehemaligen Corpsbruder Georg Braun am 19. 6. 1951: „Welchen organisatorischen Ausdruck die politische Bewegung finden wird, von deren Aufkommen ich überzeugt bin, läßt sich nicht absehen. Möglicherweise erfährt sie die alten politischen Parteien, und möglicherweise finden sich Gruppen, die bisher abseits der Parteien stehen, zusammen. Etwas Neues wird es aber geben.“

²⁶⁶ Ebenda, Klepper an Thomas Dehler, 27. 11. 1953: „Mich selbst vermögen die aus dem 19. Jahrhundert überkommenen Ideologien [...] nicht zu emotionieren.“

²⁶⁷ Ebenda, Alfred Daniel an Klepper, 4. 7. 1949.

²⁶⁸ Ebenda, Klepper an Daniel, 11. 7. 1949.

²⁶⁹ Ebenda, Engelmann an Klepper, 21. 9. 1948: „Ich bin gespannt, ob die von Ihnen angedeutete parteipolitische Anerkennung zustandekommt. Ich könnte mir denken, daß es derzeit ohne das nicht geht“ (Antwort auf Kleppers Brief vom 8. 8. 1948).

²⁷⁰ Vgl. Engelmann, S. 44 ff.

²⁷¹ Vgl. Mallorca-Schriften, der Begriff wurde auch von Pentzlin in der Vorstandssitzung vom 5. 3. 1951 benutzt: „unsere Idee der klassenpolitischen Synthese“ (Tagungen).

sam ist, nach meinem Eindruck völlig steril.“²⁷² Klepper hatte Kontakt zu Erich Ollenhauer gewonnen, glaubte aber nicht, „daß er der Mann [sei], der die SPD reformiert“²⁷³. Während die SPD inzwischen „über die Arbeitnehmerschaft weit in das Bürgertum“ hineinreiche und in der CDU eine „beachtliche Masse der vormaligen christlichen Gewerkschaftler“ zu finden sei²⁷⁴, gebärdeten sich beide immer noch so, als verträten sie nur jeweils eine soziale Schicht und verteidigten deren jeweilige Interessen. In beiden Parteien mangle es an Solidarität und dem Willen, die Gemeinsamkeit der Probleme anzuerkennen.

Die CDU beziehungsweise die Regierungskoalition aber traf insofern der stärkere Vorwurf, als sie nach der Währungsreform gemeint habe, „mit dem Übergang zur sogenannten sozialen Marktwirtschaft seien die Voraussetzungen für die Lösung der sozialen Frage geschaffen“. Der Einfluß der Sozialdemokraten auf die Regierungspolitik sei auf diesem Gebiet ausgeschaltet und damit „der restaurative Zug in die neue deutsche Politik hineinmanipuliert“ worden. Als natürliche Folge habe dies Tendenzen in der SPD Auftrieb gegeben, „die auf ein künftiges rein sozialistisches Regime abzielen. Die so begonnene Erstarrung der Fronten versuchte man dadurch zu verharmlosen, daß man sie als das vermeintliche Wechselspiel von Regierung und Opposition ansprach.“ Diese Art von „kaltem Krieg im Inneren“, der sich aber nur zwischen den Parteien, nicht in der Volksgemeinschaft abspiele²⁷⁵, schade vor allem der gemeinsamen Sache, insbesondere einer gradlinigen Außenpolitik, und wirke abstoßend auf den Wähler. „Er überlegt eher gegen wen, als für wen er seine Stimme abgeben soll.“ In diesem Sinne richtete sich Kleppers hauptsächliche Kritik an der CDU gegen ihre Unfähigkeit, das Volk an eine echte Demokratie heranzuführen, indem sie spaltend statt integrierend wirke. In die gleiche Richtung zielte seine Kritik an dem autoritären Führungsstil Adenauers und an der Tatsache, daß ihm die meisten Parteimitglieder hörig seien²⁷⁶. Der durch die Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten belastete Hans Globke, der als graue Eminenz einen

²⁷² K/Kor., Klepper an Hans B. Meyer (Washington), 23. 11. 1953.

²⁷³ Ebenda. Während er Weichmann hoch einschätzt und ihn auch als einen „parteilich nicht engen“ Mann für ein überparteiliches Gremium empfiehlt (Akte Demokrat. Aktion, Klepper an Witsch, 31. 10. 1951).

²⁷⁴ Klepper in: Europ. Illustrierte, 30. 1. 1951.

²⁷⁵ Klepper in: Frankfurter Rundschau, 3./4. 1. 1953.

²⁷⁶ „Aufruf zu einheitlicher deutscher Außenpolitik“ der Wipog, in: Frankfurter Rundschau, 29./30. 8. 1953. Wie Klepper in einem Brief an Hans B. Meyer, der den Aufruf aus amerikanischer und europäischer Sicht sehr positiv beurteilt hatte (15. 8. 1953), schrieb, habe der Aufruf das Prestige der Wipog außerordentlich vermehrt, und obwohl er gegenüber den Parteien „nicht sehr freundlich“ gewesen sei, habe er „die entgegengesetzte Wirkung ausgeübt. Die Parteien, sogar die CDU, suchen Kontakt mit uns“ (K/Kor., 23. 11. 1953). Bestätigt wurde dieses Anliegen einer gemeinsamen Außenpolitik ein paar Monate später durch die von Jakob Kaiser gegründete „Volksbewegung für die Wiedervereinigung – „Unteilbares Deutschland“, dessen Komitee Klepper ebenfalls beitrug, was Kaiser mit den Worten kommentierte: „Ihre Bereitwilligkeit, dem Kuratorium beizutreten, wird wesentlich dazu beitragen, der Volksbewegung schon in ihrem Beginn Beachtung und Ansehen in unserem Volke und in der Weltöffentlichkeit zu verleihen“ (Akte: Unteilbares Deutschland, Kaiser an Klepper 8.4. und 17. 5. 1954). Ebenda. Die Liste der 137 Mitglieder des Kuratoriums, das sich am 16. 6. 1954 konstituierte und dessen Präsident Paul Löbe, der frühere Reichspräsident, wurde, weist eine bunte Mischung auf: von Hermann J. Abs bis Georg Zinn, von Heinrich v. Brentano bis Herbert Wehner und von Hermann Proebst (Süddeutsche Zeitung) bis Paul Sethe (FAZ). Die Offene Welt berichtete in ihrer Nr. 32, Juli/August 1954, über das „Unteilbare Deutschland“ (Hervorhebung im Original).

sehr großen Einfluß auf die Personalpolitik hatte²⁷⁷, und der Flüchtlingsminister Theodor Oberländer, der aktiver Nationalsozialist und Träger des ‚Blutordens‘ gewesen sei, beide an führender Stelle in der deutschen Politik, förderten weder das Vertrauen des Auslands gegenüber Deutschland noch das Demokratieverständnis im Inneren²⁷⁸. Auch die regelmäßigen Beratungen Adenauers mit einem Kreis von Wirtschaftsleuten, der, wie Ackermann aus Bonn zu berichten weiß, auch „apostolischer Kreis“ der „zwölf Apostel“ genannt werde, trügen nicht gerade zur Transparenz und Verankerung der Demokratie im Volke bei²⁷⁹.

Was die Liberalen anbelangte, so hielt Klepper große Stücke auf Thomas Dehler, war aber skeptisch, ob dieser sein Konzept „gegen den reaktionären Flügel“²⁸⁰ würde durchsetzen können. „Ohne Treibstoff aus der gesellschaftspolitischen Sphäre – Entproletarisierung, Emanzipation der farbigen Welt, Mobilität des sozialen Systems – bleibt der Liberalismus steril“, schrieb er an Dehler zu dessen Wahl zum Fraktionsvorsitzenden der FDP im März 1953 und fuhr fort: „Nehmen Sie es bitte nicht für ungut, daß ich so pointiert argumentiere. Ich glaube aber, daß Ihr Vorhaben, eine gestaltungskräftige liberale Partei zu entwickeln, von so großer Bedeutung für die Gesundung unseres politischen Lebens ist, daß sich auch ein Außenstehender zu Worte melden darf.“²⁸¹ Im ganzen erscheint Kleppers Kritik an den Parteien, die nie ein von ihm systematisch aufgegriffenes Thema, sondern lediglich ein Nebenprodukt in Briefen und Artikeln bildete, durchaus zutreffend und teilweise, wie im Falle der SPD, vorausschauend²⁸². Er traf den Nerv, wenn er sagte: „Die Auseinandersetzungen zwischen den politischen Parteien, auch zwischen den Berufsorganisationen der verschiedenen sozialen Schichten deuten darauf, daß das, was geschehen ist, geistig noch nicht verarbeitet ist. Vielmehr wird der politische Kampf nach wie vor mit den Trümmern der Ideologien aus dem neunzehnten Jahrhundert bestritten.“²⁸³

Da es den Parteien, die Klepper als notwendige Institutionen des parlamentarischen Regierungssystems anerkannte²⁸⁴, nach wie vor „an konstruktiver Gestaltungskraft gebrach“, müßten, wie er meinte, die Staatsbürger selbst eingreifen: „Wir wenden uns als Wähler an die politischen Parteien, nicht umgekehrt.“²⁸⁵ Folgerichtig forderte Klepper die

²⁷⁷ Vor allem auch auf die des neu geschaffenen Auswärtigen Amtes! Vgl. Briefwechsel Kleppers u. a. mit Campe und Rusker. Vgl. Kleßmann, S. 253.

²⁷⁸ K/Kor., Ackermann an Klepper, 7. 4. 1954, Klepper an Ackermann, 20. 4. 1954.

²⁷⁹ Ebenda. Die „12 Apostel“ waren: Hermann Josef Abs, Fritz Berg, Karl Bernhard, Karl Blessing, Robert Pferdmeiges, Albert Schäfer, Otto Seeling (!), Friedrich Spennrath, Richard Uhlemeyer, Wilhelm Vocke, Prof. Emil Woermann. Von den zwölf Aposteln waren vier Bankiers, drei Handelskammerpräsidenten, zwei Industrie- und ein Handwerksverbandsvertreter sowie ein Professor, dazu Adenauer. Ackermann hatte angemerkt, daß die Gespräche „unter dem Motto: ‚Keine Interessenvertretung!‘“ stünden.

²⁸⁰ Ebenda, Klepper an Ackermann, 20. 4. 1954.

²⁸¹ Ebenda, Klepper an Dehler, 27. 11. 1953.

²⁸² Sie deckt sich in etwa mit dem Urteil von Franz Neumann und Otto Kirchheimer, vgl.: Söllner, S. 101 ff.

²⁸³ Klepper, Restaurative oder neu gestaltende Politik?, in: M.d.W., Nr. 28, Nov./Dez. 1953.

²⁸⁴ Klepper, Regierung, 3./4. 1. 1953.

²⁸⁵ „Aufruf“.

„Eigenverantwortung der Person“²⁸⁶, das heißt, daß jeder einzelne Staatsbürger, „völlig unabhängig von seinem sozialen Standort, klassenlos denkt und handelt und sich für die Dinge der Allgemeinheit verantwortlich fühlt“. Damit griff Klepper den im Exil entwickelten Gedanken der „klassenmäßigen Synthese“ auf, da „die große Masse der Menschen [...] sich nicht mehr damit begnügen [wolle], Zuschauer des Fortschritts zu sein. Sie mach[e] ihre Mitarbeit [vielmehr] davon abhängig, daß sie an seiner Errungenschaft vollen Anteil nimmt.“²⁸⁷ Da aber die russische Revolution die Marxsche These von der ‚klassenlosen Gesellschaft‘ widerlegt habe, andererseits jedoch die „Unversöhnbarkeit der Klassen-gegensätze [...] verhängnisvoll“ fortwirke²⁸⁸, gälte es, eine „auf viel breiterer Basis klassenlos denkende Elite zu bilden“, denn „wer einen revolutionären Umbruch in unserer Gesellschaft vermeiden will, um eine gefährliche Schwächung unserer Position in der West-Ost-Spannung zu verhüten, muß die Reform von oben, durch die privilegierte Schicht erstreben“. Dafür jedoch sei, so beklagt er, das „Verantwortungsbewußtsein der zur Führung Berufenen [...] bei uns im Westen noch zu wenig aktiviert“²⁸⁹. Ein solches Verantwortungsbewußtsein sei aber die Voraussetzung, um dem „Emanzipationsstreben der nichtbesitzenden Schichten [...] Genüge [zu] tun und ihnen das Bewußtsein [zu] geben, noch eine Chance zu haben“²⁹⁰. Klepper bekannte sich hier offensichtlich zu der nach Puhle typisch „deutschen Tradition“ der „Innovation von oben“²⁹¹, allerdings in demokratischer Absicht, nämlich die Emanzipation der Massen und deren faire Beteiligung am Sozialprodukt zu erreichen. Der Grund, warum er sich für eine Aktivierung einer außerhalb der Parteien und Verbände existierenden Elite einsetzte, war seine Beobachtung, daß traditionelle Führungsschichten, wie sie in den Parteien und Berufsständen etabliert sind, mit der Zeit versagen, weil sie rasch dazu übergehen, partikulare Interessen zu vertreten, statt sich für gemeinsame Ziele einzusetzen. Wie Klepper in einem „Memorandum der Wipog betreffend Neofaschismus und Kommunismus“ ausführte, sollen „Repräsentanten der Kirchen, der kulturellen Institutionen, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften“ angesprochen und zu einem repräsentativen Kreis zusammengefaßt werden. Durch Gedankenaustausch und gezielte Unterrichtung im Sinne der Wipog-Konzeption geschult, sollten diese Repräsentanten dann jeweils in ihrem Umfeld Überzeugungsarbeit leisten und damit als Multiplikatoren wirken²⁹². Inwieweit allerdings die gegebenen Anregungen und

²⁸⁶ Thema einer Ausgabe der *Offenen Welt* von 1984, in der neben einem Grundsatzaufsatz von Pufendorf frühere Schriften aus der Wipog abgedruckt sind. Es sind alles Aufsätze, die heute, dreißig bis vierzig Jahre danach, noch immer aktuell sind, so z. B.: Kleppers Aufsatz „Bildung und Ethos“ (1952); Georg Picht, „Struktur und Verantwortung der Wissenschaft im 20. Jahrhundert“ (1966); Pufendorf, „Über die notwendige Humanisierung der Demokratie“ (1968), Frankfurt/M. 1984.

²⁸⁷ Klepper in: FAZ, 16. 6. 1951. Vgl. K/Kor., Klepper an Pithe, 2. 7. 1951 und an Niemöller, 2. 7. 1953: „Das übergeordnete Ziel, einem allgemeinen Rückfall in die Barbarei vorzubeugen, ist außerordentlicher Anstrengung, auch jedes einzelnen, wert.“

²⁸⁸ Klepper, Wir brauchen starke Regierungen, in: FAZ, 2. 12. 1950.

²⁸⁹ K/Kor., Klepper an Friedrich Kreyser, 19. 2. 1951. Vgl. die Diskussion über die Zerstörung der Eliten in der Gesellschaft Imshausen, Schwiedrzik, S. 63 ff.

²⁹⁰ Klepper, M.d.W., Nr. 28, 1953: „In Deutschland kommen die durch den Krieg und die Kriegsfolgen gesellschaftlich entwurzelten Schichten hinzu.“

²⁹¹ Puhle, *Innovation*, S. 21 ff.

²⁹² Akte Wipog-Unterlagen/Kl., K/Kor., Klepper an Meyer (Übersendung des Memorandums), 17. 12. 1951; Meyer an Klepper, 18. 1. 1952. Für die im Memorandum vorgeschlagene Arbeit veranschlagte Klepper etwa 10 000 DM.

Forderungen politisch umgesetzt werden, hängt wiederum auch von der Bereitschaft der Parteien und derjenigen ab, die in einer Gesellschaft die Macht ausüben, und insofern sind Kleppers Vorstellungen idealistisch. Andererseits kann man sagen, daß Klepper zu einem sehr frühen Zeitpunkt das erkannt und gefordert hat, was nach 1968 in den Bürgerbewegungen lebendig geworden ist.

Die Wipog hat Kleppers Denkansatz weiterentwickelt und konkretisiert. „Eigenverantwortung der Person“ oder auch „Partizipation“ wurde zu einem ihrer zentralen Themen²⁹³, die unter verschiedenartigen Aspekten regelmäßig auf Tagungen diskutiert und in der *Offenen Welt* abgehandelt wurden, lange vor dem 68er Aufbruch. Dann allerdings wurden diese Themen Allgemeingut; man könnte sagen, die Wipog wurde von links überholt und verlor unter anderem deshalb an öffentlichem Einfluß. Heute allerdings könnte das Thema eines der letzten Hefte der *Offenen Welt*, der Nummer 104 aus dem Jahre 1978, wieder größeres Interesse beanspruchen, es lautete: „Langzeitorientierung in einer offenen Welt. Konkretisierung des Gemeinwohls. Mündigkeit als Bedingung für Offenheit. Weltorientierung.“ Hätte Klepper die Hundert-Jahr-Feier seiner alten Preußenkasse im Jahre 1995 miterleben können, hätte er gewiß gelächelt, denn das Thema des Symposiums der DG Bank „Die Zukunft denken. Neue Leitbilder für wirtschaftliches und gesellschaftliches Handeln“ entsprach ganz der von ihm durch die Wipog begründeten Tradition.

Nachdem die Wipog sich im September 1951 von der *FAZ* getrennt hatte, stellte sich erneut die Frage nach einem wirksamen Publikationsorgan. Als solches dienten zunächst die Mitteilungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft, die Ende 1953, als man sich auch räumlich von der *FAZ* getrennt hatte, den Titel *Offene Welt* erhielten²⁹⁴. Dies war mehr als ein Titel, es war Programm. Ab der fünften Jahrestagung, im März 1954, präsentierte sich die Wipog unter diesem Motto der Öffentlichkeit: „Offene Welt – Das politische Ziel für Wirtschaft und Gesellschaft“. Um die Zeitschrift *Offene Welt* auch Nicht-Wipog-Mitgliedern zugänglich machen und sie gemeinnützig finanzieren zu können, wurde am 24. April 1954 ein besonderer Trägerverein, der „Verein zur Förderung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Bildung, e.V.“, in Frankfurt/Main gegründet²⁹⁵. Damit machte sich die Zeitschrift von der Wipog unabhängig, wenngleich sie das Publikationsorgan der Wipog blieb und weiter unter bestimmten Themenstellungen die im Rahmen von Wipog-Veranstaltungen gehaltenen Vorträge und die Ergebnisse der zahl-

²⁹³ Vgl. die Hefte der O.W. Nr. 52 (1957), Nr. 83 (1964), Nr. 86 (1968), Nr. 97/98 (1968) und Nr. 101 (1970) zum Thema „Partizipation. Aspekte politischer Kultur“. Das Heft stand unter dem bezeichnenden Motto von Einstein: „Wir müssen umdenken, wenn wir überleben wollen.“

²⁹⁴ Begonnen hatte es mit den Rundbriefen, die seit Juni/Juli 1949, Nr. 9/10, Mitteilungen hießen. Diese nahmen langsam an Umfang zu, wurden zu kleinen Broschüren und erhielten schließlich im Nov./Dez., mit der Nummer 28, den Titel *Offene Welt*. Sie erschien in zweimonatlicher Folge regelmäßig bis 1967 (Nr. 95/96) und ab da sporadisch bis zur letzten Nr. 106, 1987.

²⁹⁵ O.W., Gründungs- und Versammlungsprotokoll. Zum Vorsitzenden wurde Ulrich v. Pufendorf, zum Stellvertreter Gernot Gather und zum weiteren Vorstandsmitglied Karl Helfer gewählt. Außerdem gehörten ihm die übrigen Wipog-Mitglieder an. „Der Zweck des Vereins ist es, auf überparteilicher und nicht interessengebundener Basis durch Forschungs-, Lehr- und publizistische Tätigkeit die wirtschafts- und gesellschaftspolitische Bildung und internationale Gesinnung zu fördern, insbesondere auch durch Herausgabe einer Zeitschrift einen Beitrag für die mitbürgerliche und staatspolitische Erziehung an öffentlichen und privaten Bildungsanstalten zu leisten“ (Satzung § 2).

reichen Arbeitstagen, die der Erarbeitung bestimmter Themen durch das Wipog-Team in Zusammenarbeit mit Fachleuten aus Wissenschaft und Praxis dienen²⁹⁶, veröffentlichte.

Der Höhepunkt der Wipog-Arbeit und auch der ihrer Breitenwirkung lag in der Mitte der fünfziger Jahre. Dazu hat auch Klepper, obwohl er zunehmend kränker wurde, wesentlich beigetragen, indem er enge Kontakte zu führenden Vertretern der amerikanischen Besatzungsmacht herstellte. Für diese galt die Wipog als eine der „weitsichtigsten Diskussionsgruppen“ in Deutschland²⁹⁷. Diese Kontakte spielten sich auf mehreren Ebenen ab und wurden besonders intensiviert durch eine zweieinhalbmonatige USA-Reise Kleppers von April bis Juli 1954. Diese Reise war auch für ihn ein letzter großer Höhepunkt in seinem Leben, und zwar aus beruflichen wie aus privaten Gründen, konnte er doch nach sieben Jahren schmerzlicher Trennung seine Familie endlich wiedersehen²⁹⁸.

Doch ist die USA-Reise mit den vielfältigen sich daraus ergebenden Kontakten nicht nur von biographischem Interesse. Sie berührt auch ein sehr interessantes Kapitel der deutschen Nachkriegsgeschichte, nämlich die Frage nach dem deutsch-amerikanischen Verhältnis und den vielfältigen Möglichkeiten wechselseitiger Einflußnahme, die neben der offiziellen Politik herliefen und diese unterstützten oder auch korrigierten. Neben personellen Verbindungen spielte die Konzeption der Wipog eine wesentliche Rolle bei der Gewinnung amerikanischer Sympathien, denn die Wipog lag mit ihrer eindeutigen Westbindung, ihrer von Beginn an klaren Einschätzung des sowjetischen Systems und ihrem Eintreten für eine friedliche Überwindung des Ost-West-Konflikts ganz auf der Linie der amerikanischen Politik. Daß die Wipog nicht etwa den amerikanischen Konzepten nachgeeifert, sondern ihre Linie unabhängig davon gefunden hat, läßt sich an den von Klepper schon in der Exilzeit entwickelten Konzepten nachweisen, die einmal auf seiner schon zur Zeit der Weimarer Republik vertretenen Überzeugung von der Notwendigkeit einer deutsch-französischen Zusammenarbeit und zum anderen auf seiner besonders im Exil gewonnenen Erkenntnis von dem totalitären Charakter der stalinstisch gesteuerten kommunistischen Partei basierten.

Ein Teil von Kleppers Kontakten zu Amerika bestand schon seit der Emigrationszeit. Nach seinem China-Aufenthalt hatte er ein dreimonatiges Stipendium für eine Amerikareise bekommen, die ihn nach Los Angeles und nach New York geführt hatte. Da außerdem frühere deutsche Emigranten als Amerikaner nach dem Kriege nach Deutschland gekommen waren, fand Klepper auch über diese Kontakt zu den amerikanischen Behörden. Einer dieser Vermittler war sein langjähriger Freund Hans B. Meyer, der in den ersten Nachkriegsjahren beim High Commissioner of Germany, der sogenannten

²⁹⁶ Vgl. Akte Tägungen, O/62/2. Themen waren entweder aktuelle Probleme, zu denen man eine Stellungnahme erarbeiten wollte, oder prinzipielle Fragen, die es im Zusammenhang der Wipog-Arbeit zu klären galt. Beispiele sind: die Agrarpolitische Tagung vom 2. Februar 1949 zum Thema: „Die deutsche Landwirtschaft und die Nation“, Arbeitstagen mit der Rand-Corporation oder Ruth Fischer über Probleme der Sowjetunion und die neu entstehende ‚neutrale‘ Dritte Welt.

²⁹⁷ K/Kor., Shuster an James B. Conant, U.S.High Commis. for Germany, 9. 4. 1953.

²⁹⁸ Aus den Privatbriefen an seine Kinder geht deutlich hervor, wie stark er unter der Trennung von seiner Familie gelitten hat. Vgl. Kleppers ersten Brief aus New York an Lübke, 28. 4. 1954, in dem er die „sehr gefühlvolle Szene [des Wiedersehens], bei der auch einige Tränen flossen“, schildert (Akte K-L/USA).

HICOG in Frankfurt/Main, im Office of Public Affairs arbeitete. Er gehörte zum Foreign Service of the United States in Bad Godesberg und befaßte sich mit Öffentlichkeitsarbeit. In dieser Funktion nahmen er und Max M. Kimental häufig an Tagungen der Wipog teil²⁹⁹.

Über George N. Shuster, den Präsidenten des Hunter College, bekam Klepper zu dem neuen Hochkommissar in Bonn, Professor James B. Conant, Kontakt³⁰⁰. Henry J. Kellermann vom Bureau of German Affairs, einer Abteilung des State Department, nahm an einem Diskussionsabend in Frankfurt/Main und an den Hattenheimer-Gesprächen „Zur psychologischen Situation in Westdeutschland“ teil und hielt selbst einen Vortrag über „Die Motive der amerikanischen Nachkriegspolitik gegenüber Westeuropa und Deutschland“³⁰¹. Kellermann war von der Tagung außerordentlich beeindruckt, seit 1945 habe er keine so anregende und äußerst lohnende Diskussion in Deutschland erlebt³⁰². Im Herbst 1953 ließ Kellermann sich vom State Department für ein halbes Jahr beurlauben, um an einer „Untersuchung der politischen Meinungen und Strömungen in Europa in Bezug auf gewisse Zentralprobleme der amerikanischen Außenpolitik“, die von der Rand-Corporation, einer von der amerikanischen Luftwaffe gegründeten Forschungsgesellschaft, durchgeführt werden sollte, teilzunehmen³⁰³. Aus diesem Grunde war er vier Monate in Deutschland, hatte engen Kontakt zur Wipog, tauschte in vielen Gesprächen Meinungen mit Klepper aus und ließ sich von diesem an andere namhafte Persönlichkeiten in Deutschland weiterempfehlen, beziehungsweise schickte amerikanische Kollegen und Freunde zu Klepper³⁰⁴. Auf diesem indirekten Wege sind Analysen und Thesen der Wipog in den für das amerikanische Außenministerium bestimmten Forschungsbericht eingeflossen. Dies beweisen nicht nur die Protokolle der Arbeitstagen und die reichhaltige Korrespondenz mit Hans Speier und Henry Kellermann, sondern auch ein Brief Kellermanns nach Beendigung der Studie, in dem er von der Übereinstimmung seiner Gedanken und Einschätzungen mit denen der Wipog sprach, wobei er allerdings hinzufügte, er sei nicht ganz so pessimistisch wie Klepper.

Welches Gewicht das Konzept der Wipog für die amerikanische Europa-Forschung hatte, zeigt sich ebenfalls in dem zwischen der Rand-Corporation und Klepper am 1. Dezember 1954 abgeschlossenen Vertrag über eine von der Wipog zu erstellende Studie über „Die kennzeichnenden Merkmale des Ost-West-Handels“, für die etwa 20 000 DM ausgegeben wurden. Die 215 Seiten umfassende Studie, an deren Bearbei-

²⁹⁹ K/Kor., Klepper-Kimental.

³⁰⁰ K/Kor., Shuster an James B. Conant, U.S.High Commissioner for Germany, 9. 4. 1953. Shuster empfiehlt Klepper als einen, „whom I have known and admired for many years“. Shuster hatte auf der dritten Herbsttagung im Oktober 1951 einen Vortrag über „Die deutsche Chance – Aus amerikanischer Sicht“ gehalten (Akte Arbeitstagen, veröffentlicht als Broschüre „Der Deutsche Beitrag in Einigkeit“, Bonn 1951, S. 17 ff.).

³⁰¹ Kellermann in: M.d.W., Nr. 24/25, Pfingsten 1953.

³⁰² K/Kor., Kellermann an Klepper, 13. 1. 1952.

³⁰³ Ebenda und Kellermann an Klepper, 26. 10. 1953. Vgl. auch: Klepper an Prof. Helmut Gollwitzer, 30. 3. 1954, Kor. Klepper-Speier. „Der Rand-Corporation“, die ihren Hauptsitz in Santa Monica/Cal., aber auch ein Office in Washington hatte, „verdanken wir ungemein interessante Veröffentlichungen“. Die Wipog hatte schon kurz nach ihrer Gründung Kontakt mit der Rand-Corporation, vor allem mit Hans Speier, der mit Klepper bis kurz vor seinem Tode regelmäßig korrespondierte und Informationen und Meinungen über politische Fragen austauschte, vgl. Akte Rand I. Zu Hans Speier vgl.: Prinz in: Geschichte und Gesellschaft 15 (1989).

³⁰⁴ Rand I, vgl. u. a.: Speier an Klepper, 6.3. und 2. 7. 1953.

tung auf Veranlassung Kleppers Paul Hensel von der Universität Freiburg maßgeblich beteiligt war, wurde im Sommer 1955 abgeschlossen und fand ein positives Echo³⁰⁵. Die Rand-Corporation war und ist eine der einflußreichsten Forschungsgesellschaften, deren Ergebnisse von der amerikanischen Regierung berücksichtigt wurden und werden. Doch war für die Wipog nicht nur das Prestige, sondern die finanzielle Seite des Unternehmens von ebenso großer Bedeutung, denn es wurde immer schwieriger, die Wipog finanziell über Wasser zu halten.

Im Sommer 1952 bemühte sich Klepper, im Rahmen des US-Exchange-Programms eine Forschungsreise bewilligt zu bekommen³⁰⁶, ein von Kellermann, Meyer und Speier unterstützter Plan³⁰⁷. Doch das Geld kam schließlich aus ERP-Mitteln des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten³⁰⁸. Der Forschungsauftrag ging auf einen Vorschlag Kleppers an Lübke³⁰⁹ zurück und lautete im ministeriellen Amtsdeutsch folgendermaßen: „Studium der Maßnahmen der USA-Regierung hinsichtlich der Preisbildung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und für landwirtschaftliche Produktionsmittel, sowie Studium des Kreditwesens in den USA.“³¹⁰

Hinter diesem neutralen Auftrag, das Kreditwesen zu untersuchen, steckte aber ein etwas konkreterer Plan, nämlich „das Terrain“ für langfristige Agrarkredite zu sondieren. Diese Absicht spiegelt sich sowohl in einem Brief Lübkes an Klepper wider, in dem er ihm den Forschungsauftrag erteilte³¹¹, wie in dem Exposé über das Agrarprogramm der Bundesregierung, das Klepper offensichtlich auch zur Vorlage bei in Frage kommenden Kreditgebern in den USA mitgegeben wurde. In seinem Brief an Klepper berief sich Lübke, der seit Oktober 1953 Landwirtschaftsminister war, auf die Regierungserklärung Adenauers, die „deutlich zum Ausdruck gebracht [*habe*], daß die Agrarstruktur der Bundesrepublik dringend einer Änderung bedürfe“ und er die „Durchführung dieser schwierigen Aufgabe“ „bestmöglich“ unterstützen wolle³¹².

Das Memorandum galt dem Problem „Auslandskredite zur Beschleunigung der Durchführung des Agrarprogramms der Deutschen Bundesregierung“ und nannte als allgemeine Zielsetzung das, was Klepper schon in der Weimarer Zeit gefordert hatte: Ausbau der Erzeugung bei gleichzeitiger Senkung der Erzeugerkosten, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und einen „Beitrag zur Ernährungssicherung auch im übernationalen Wirtschaftsraum leisten“ zu können. Als wirksame Maßnahmen waren Ra-

³⁰⁵ Ebenda, Speier an Klepper, 21. 6. 1955. Sie sollte an „officials in the U.S. Government“ und „experts in the universities“ verteilt werden. Text der Studie in: Rand II.

³⁰⁶ Rand I, HICOG an Klepper, 3. 7. 1952.

³⁰⁷ Kellermann an Klepper, 13. 1. 1953, vgl. ebenso Kor. mit Meyer und Speier.

³⁰⁸ K-L/USA, BM für ELuF an Klepper, 9. 3. 1954. Es ging um Zinsrückflüsse aus ERP-Mitteln, ca. 20 000 DM wurden für Kleppers Forschungsreise bewilligt.

³⁰⁹ Ebenda, Klepper an Lübke, 3. 2. 1954. Siehe auch BAK, Lübke-NL, Nr. 42, Bl. 125.

³¹⁰ Ebenda, Amtsschreiben des Ministeriums vom 10. 4. 1954.

³¹¹ Ebenda, Klepper an Lübke, 28. 4. 1954. Klepper erwähnt ein Radiointerview, „bei dem über Integration, Wipog und das Agrarprogramm gesprochen werden wird. Von Geld sage ich natürlich nichts.“ Siehe auch Lübke-NL, Bl. 213. Klepper an Lübke, 13. 5. 1954: „Ich habe bei allen Stellen, mit denen ich gesprochen habe, betont, daß es sich bei meinen Unterhaltungen nur um den Versuch handelt, das Terrain zu studieren, daß ich aber nicht beabsichtige, etwa Abschlüsse zu machen. Die Leute, mit denen ich gesprochen habe, haben diese Bemerkung richtig verstanden. Ich habe also immer ein theoretisches Alibi.“ Vgl. auch Lübke an Klepper, 27. 2. 1954. Entwurf zu diesem Brief in: Lübke-NL, Bl. 123.

³¹² Ebenda, Lübke an Klepper, 27. 2. 1954.

tionalisierung und Technisierung der Betriebe, Flurbereinigung und Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzfläche vorgesehen. Da am innerdeutschen Kapitalmarkt langfristige Investitionskredite nicht in nächster Zukunft und schon gar nicht zu dem in den USA üblichen Zinssatz von 4–6% zu haben seien, wäre eine „langfristige Auslandsanleihe von insgesamt 1 Milliarde DM, aufgeteilt in vier Jahrestanchen von je 250 Millionen DM“, höchst willkommen³¹³.

Aus den Briefen Kleppers an Lübke, in denen er über seine Verhandlungen mit dem Landwirtschaftsministerium in Washington und der Weltbank berichtete, geht der folgende Zusammenhang hervor³¹⁴. Klepper ist sowohl im Landwirtschaftsministerium auf „oberster Ebene auf Interesse gestoßen“³¹⁵ als auch bei der Weltbank. Der Grund, warum Klepper auf „überraschendes Verständnis“ für die deutschen agrarpolitischen Pläne gestoßen ist, ist wohl darin zu suchen, daß er gemäß seinem alten Konzept die Agrarpolitik als Teil der Wirtschaftspolitik und diese wiederum als einen wesentlichen Teilaspekt der europäischen Integration dargestellt hat und damit dem amerikanischen Interesse an einem festen westlichen Bündnis entgegenkam. Außerdem versuchte er den Amerikanern sein altes Ziel zu vermitteln, die deutsche Landwirtschaft auf den internationalen Wettbewerb umzustellen und gleichzeitig „die deutschen Landwirte für die Demokratie zu gewinnen“³¹⁶. Klepper entwickelte die Idee, den amerikanischen Weizenüberschuß mit der Finanzierung des deutschen Agrarprogramms zu kombinieren, eine Idee, die er übrigens schon in der Weimarer Zeit propagiert hatte. Obgleich er die „Chancen für eine agrarpolitische Kooperation zwischen den Vereinigten Staaten“ und der Bundesrepublik hoch einschätzte³¹⁷, sah er zwei große Hemmnisse: Das erste bestand darin, daß die Weltbank nur Anleihen gegen eine Garantie des jeweiligen Staates vergeben, die Bundesregierung aber gemäß dem Londoner Schuldenabkommen keine weiteren Garantien vergeben durfte; eine Bestimmung allerdings, die nach Ansicht Arthur Hoars, des für deutsche Fragen zuständigen Vorstandsmitglieds der Weltbank, bald aufgehoben werden würde.

Problematischer war das zweite Hemmnis, das dann auch zum Scheitern der ganzen Angelegenheit geführt hat, nämlich die Konkurrenz zum Wirtschaftsministerium. Ludwig Erhard hatte die Federführung für die Auslandsanleihen, wie Klepper es ausdrückte, „an sich gerissen“ und, wie Hoar ihm anvertraut hatte, „bereits seinerseits Projekte für Anleihen zu Gunsten der Industrie angemeldet“. Klepper legte Lübke also nahe, „sich mit Erhard über eine faire Aufteilung der hiesigen Kreditfazilitäten zwischen Landwirt-

³¹³ Ebenda, der Text trägt nur eine Nr. IV A 4–4406 und umfaßt viereinviertel Tippseiten, eine englische Übersetzung ist angefügt. Vgl. auch: Lübke-NL, Bl. 222.

³¹⁴ Ebenda, Klepper an Lübke, 28.4., 13.5., 18.5., 3.6., 8.6., 19.6. und 3.7. 1954.

³¹⁵ Ebenda, Klepper an Lübke, 3.6. 1954. Zunächst hat er mit Staatssekretär Davis, später mit Landwirtschaftsminister Ezra Taft Benson verhandelt; außerdem haben seine Freunde im State Department eine Konferenz arrangiert, bei der die Landwirtschaft, das Finanzwesen und die deutsche Abteilung der Public Affairs vertreten waren und die mehrfach tagte (13.5. 1954).

³¹⁶ Ebenda, Klepper an Lübke, 13.5. 1954. Klepper hat mit Hoar verhandelt; ob das geplante Gespräch mit dem Weltbankpräsidenten Eugene Robert Black zustande gekommen ist, geht aus den Briefen nicht hervor. Außerdem hatte er Kontakte zu anderen Banken, u. a. zur Import-Export-Bank über die Vermittlung von McCloy (McCloy an Major General G. E. Edgerton, 10.5. 1954).

³¹⁷ Ebenda, Klepper an Lübke, 18.5. 1954 (Klepper erbittet unverzüglich Auskunft über den Umfang deutscher Getreideimporte und eventuelle Importbindungen) und 3.6. 1954.

schaft und Industrie zu verständigen“³¹⁸. Diese Verständigung scheint Lübke gar nicht erst versucht zu haben, denn einen Monat später schrieb Erhard – fast schon in Form einer Zurechtweisung – an Lübke, er habe über den deutschen Executive Director in der Weltbank, Johannes Zahn, erfahren, daß Klepper in seinem Namen mit der Weltbank über Anleihen verhandle und ein Memorandum übergeben habe. Da Erhards eigene Verhandlungen über Industrieanleihen bereits gescheitert seien, „sollte es [...] vermieden werden, daß von einem anderen Bundesressort, ohne vorherige Fühlungnahme mit mir, neue Anleihewünsche an die Weltbank herangetragen werden“. Wie ein Schulmeister verlangte Erhard „als der zuständige Ressort-Minister“ über das Memorandum unterrichtet zu werden, da „die darin enthaltenen Ausführungen [...] möglicherweise geeignet [seien], die künftige Haltung der Weltbank gegenüber der Bundesrepublik in dem einen oder anderen Sinne zu beeinflussen“. „Einer Fühlungnahme mit der Weltbank ohne Beteiligung meines Hauses möchte ich dringend widerraten.“³¹⁹

Die gewünschte Wirkung wurde erzielt; Lübke lenkte ein: „Wie ich Ihnen in der Kabinetsitzung vom 23. Juni 1954 mitteilte, möchte ich Ihr Schreiben vom 16. Juni 1954 durch eine mündliche Aufklärung erledigen, da – wie Sie inzwischen vielleicht auch selbst festgestellt haben – dem Besuch von Herrn Otto Klepper bei der Weltbank nicht die Bedeutung zukommt, die Sie ihm beimessen.“³²⁰ Dieser kleine interministerielle Vorgang scheint typisch für genau die Stagnation und Phantasielosigkeit der deutschen Regierungspolitik zu sein, die Klepper kritisierte. Er hat nicht die Bedeutung seiner eigenen Person überschätzt³²¹, sondern war nur stark beeinflusst von dem im Gegensatz zu Deutschland sehr anderen politischen Denken und Handeln der amerikanischen Führungseliten. Die unkonventionelle Art der Verhandlungen auf allen möglichen Ebenen, solange sie sich in das amerikanische außenpolitische Konzept einordnen ließen, entsprach Kleppers Mentalität und seinem Verständnis von Außenpolitik, als die Politik einer Handelsmacht auf gesellschaftlicher Basis, weit mehr. Diese ‚open-door-policy‘ paßte zur Wipog-Konzeption der „offenen Welt“, nicht aber zur offiziellen deutschen Außenpolitik, die in der Regel nach streng bürokratisch-hierarchischem Muster funktionierte³²². Statt jeden Kontakt, wer auch immer ihn hergestellt haben mochte, zu nutzen und sich gegenseitig zu unterstützen, das heißt Agrar- und Industriepolitik als Teile einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik zu verstehen, beharrte der eine auf seiner Führungsrolle und zog der andere sich zurück, statt seine Politik von Beginn an kooperativ anzulegen und für die gemeinsamen Ziele zu werben. Es ist nur logisch, daß die Bedeutungslosigkeit von Kleppers Gesprächen erhalten mußte, um den interministeriellen Frieden wiederherzustellen, die Gespräche mußten bedeutungslos bleiben, wenn keine konkrete Politik dahinterstand. Es gab übrigens noch einen dritten Konkurrenten im

³¹⁸ Ebenda, Klepper an Lübke, 18.5. und 13. 6. 1954.

³¹⁹ Lübke-NL, Bl. 232, Erhard an Lübke, 16. 6. 1954.

³²⁰ Ebenda, Lübke an Erhard, 4. 8. 1954.

³²¹ K/Kor., Klepper an Kellermann als Antwort auf dessen positive Beurteilung seines Erfolges in USA, 6. 8. 1954: „Sie haben, wie ich fürchte, etwas zu freundliche Worte für meine dortige Tätigkeit gefunden.“

³²² So setzte Klepper sich für den deutschen Generalkonsul in New York, Hans Riesser, ein, von dem er nicht nur selbst viel halte, sondern der auch ein hohes Ansehen bei den Amerikanern genieße, der aber trotzdem abberufen werden sollte, weil er die Altersgrenze erreicht habe (Klepper an Lübke, 28. 4. 1954).

Rennen um amerikanische Anleihen, den Flüchtlingsminister Oberländer. Er versuchte, „mit Hilfe von Senator William Langer unter den deutsch-amerikanischen Farmern im Mittelwesten eine Anleihe zur Selbsthaftmachung von Ostflüchtlingen unterzubringen“. Klepper hielt es für äußerst ungünstig, wenn der ehemalige Nationalsozialist Oberländer im Gegensatz zu Lübke reüssiere³²³.

So wenig für die ‚große Politik‘ herausgekommen sein mag, so hatte sich doch für Klepper noch ein letztes Mal die Möglichkeit geboten, auf hoher internationaler Ebene seine alten, schon aus der Weimarer Zeit stammenden agrarpolitischen Ziele zu vertreten und mit Erfolg für die Arbeit der Wipog zu werben. Durch Shepard Stone, der inzwischen Direktor der Europa-Abteilung bei der Ford Foundation geworden war und den Klepper in New York traf³²⁴, lernte er den damaligen Chef der Ford-Foundation, Rowan Gaither, kennen, mit dem eine enge Zusammenarbeit begann und der die Wipog auch finanziell unterstützte³²⁵. Vor dem New Yorker World Club hielt Klepper einen Vortrag über „Deutschlands Zukunft“³²⁶, sprach mit vielen führenden amerikanischen Persönlichkeiten, zum Beispiel mit John McCloy, „der nach wie vor in allen Deutschland betreffenden Fragen konsultiert wird“³²⁷, Louis Fischer, der Wipog-Mitglied geworden war³²⁸, und mit den Leuten von der Rand-Corporation über die Arbeit der Wipog und legte die Grundlagen für seine oben bereits erwähnte Studie, die er 1955 für die Rand-Corporation durchführte. Ein recht origineller Kontakt ergab sich zu dem ehemaligen Brigadier General Julius Klein, der einer Public Relations Firma in Chicago vorstand und daran interessiert war, die in Europa noch fast unbekanntenen Methoden der Public Relations einzuführen. Klepper interessierte sich sehr dafür und informierte sich in einem langen Gespräch mit Klein über die Möglichkeiten der Public Relations in den verschiedensten wirtschaftlichen Bereichen. Die Wipog sollte den Kontakt zu führenden Firmen in Deutschland herstellen, was ihr bei dem vorhandenen Mitgliederbestand aus der Industrie nicht schwer fiel³²⁹. Kurt Grossmann, den er noch aus Paris kannte, arrangierte eine Party der Jewish Agency für ihn und veröffentlichte ein Interview mit ihm in seiner Emigrantenzeitung *Der Aufbau*.

³²³ Akte Kor.K/Klein, Klepper an General Klein, New York, 4. 6. 1954.

³²⁴ K/Kor., Klepper an Kellermann, 11. 7. 1955. Klepper berichtet Lübke von einer Konferenz mit Stone, die positive Folgen haben werde, 28. 4. 1954 (K-L/USA).

³²⁵ Ebenda, Klepper nannte Gaither in einem Brief an Lübke, 8. 6. 1954, „eine der markantesten Erscheinungen des hiesigen öffentlichen Lebens und interessanter als die offiziellen Politiker“. Siehe: Akte Finanzierung der O.W.

³²⁶ K/Kor., Hans Lamm schickte Klepper die Besprechung seines Vortrags, 12. 5. 1954.

³²⁷ Ebenda, Klepper an Lübke, 13. 5. 1954. Michael Harris, Director of Political Affairs beim HICOG, hat Klepper wichtige Kontakte bei der Regierung in Washington und der Ford Foundation vermittelt (an Klepper, 21. 4. 1954), und Mueller an McCloy, 20. 4. 1954: Empfehlung nicht nur seiner offiziellen Mission, sondern auch der Wipog, wobei Mueller hinzufügte: „You may not only be interested in his mission but also in the political thinking and information he represents.“ Außerdem traf Klepper Hans Wallenberg, den früheren Chefredakteur der Neuen Zeitung.

³²⁸ Akte USA-Reise, Fischer an Klepper, 27. 3. 1954.

³²⁹ Kor.K/Klein, Gesprächsprotokoll, 24. 6. 1954, Briefwechsel und Artikel. Im September 1954 hatte Klein den Auftrag, die Situation der amerikanischen Armee in Deutschland zu untersuchen, bei dieser Gelegenheit traf er sich auch mit Klepper.

Natürlich traf Klepper auch mit seinen alten Freunden aus Berliner Zeiten zusammen, mit Engelmann, Bloch, den er zuletzt in China gesehen hatte, und Kurt Kersten³³⁰. Das für ihn persönlich wichtigste Erlebnis war das Zusammensein mit seiner Familie. Dieser lang entbehrte Kontakt mit Frau und Kindern machte ihn „sehr glücklich“³³¹ und trug dazu bei, die Reise zu einem echten Höhepunkt für ihn zu machen. Doch galt auch hier, was schon beim Abschied von New Orleans gegolten hatte: Es war gewiß ein von allen empfundenenes Glück, aber es entbehrte diesmal noch stärker einer realen Basis als das letzte Mal. Frau Klepper und die Kinder hatten sich eine eigene Existenz aufgebaut, waren amerikanische Staatsbürger geworden und nicht gewillt, nach Deutschland zurückzukehren, jedenfalls nicht die Kinder, die inzwischen erwachsen geworden waren, zum Teil geheiratet hatten und sich mit ihrer neuen Heimat identifizierten.

Wenn man bedenkt, daß es zu jener Zeit noch keineswegs selbstverständlich war, als Deutscher in Amerika einen solchen Empfang und ein so positives Echo³³² – sogar in den Kreisen der New Yorker Juden – zu finden, kann man sagen, daß diese Reise ein persönlicher Erfolg Kleppers war. Er fühlte sich in den Vereinigten Staaten wohl³³³, obwohl er die damals aktuelle amerikanische Politik, vor allem diejenige, „die sich mit dem Namen McCarthy verbindet“, nicht begriff, aber in diesem Nichtbegreifen war er sich einig mit allen seinen Gesprächspartnern³³⁴. Er fühlte sich verstanden und genoß eine wesentlich höhere Anerkennung als die, die ihm daheim vergönnt war. Ein ähnliches Phänomen hatte sich auch in Frankreich ergeben, ‚der Prophet galt nichts im eigenen Lande‘! Das war die eine Seite, die andere lag in ihm selbst. Im Ausland fand sein Denken in großen Zusammenhängen leichter ein positives Echo. In Deutschland war es für ihn, der sich so stark mit dem politischen Geschick seines Landes indentifizierte, viel schwieriger, Distanz zu wahren. Er neigte dazu, in tiefe Depressionen zu verfallen, wenn er mitansehen mußte, daß so vieles in seinen Augen falsch gemacht wurde, ohne daß er die Möglichkeit hatte, es zu ändern.

Lange Zeit hatte zwar trotz aller auch gesundheitlichen Krisen, die bei ihm stets mit starken Depressionen verbunden waren³³⁵, immer wieder sein Optimismus gesiegt, doch allmählich ließ die Kraft nach. Schon im Sommer 1951 klagte er gegenüber seiner Tochter über seine Depressionen und seine große Traurigkeit, die aus der Erkenntnis stamme,

³³⁰ Vgl. K/Kor., Korrespondenz mit Engelmann, Bloch, Kersten.

³³¹ Lübke-NL, Bl. 101, Klepper an Lübke, 19. 6. 1954. „Die Malaise unseres familiären Lebens ist behoben. Darüber sind wir alle sehr glücklich. Ohne Sie wäre das nicht gegangen“. An anderer Stelle (3. 6. 1954) äußert er seine Dankbarkeit gegenüber Lübke, fast in jedem Brief an Lübke ist von diesem Glück die Rede.

³³² K/Kor., Kellermann an Klepper, 29. 7. 1954. Er habe mit vielen Kontaktpersonen Kleppers über seinen Besuch gesprochen und finde, daß Klepper in der kurzen ihm zur Verfügung stehenden Zeit, unter den nicht immer günstigsten Umständen erstaunlich viel erreicht habe. Kellermann wünscht Klepper, daß er auch in Deutschland die Anerkennung finde, die er verdiene.

³³³ Lübke-NL, Klepper an Lübke, 19. 6. 1954: „P.S. Mir gefällt es in Amerika viel besser als in Germany. Ich habe auch den Eindruck, daß ich den Amerikanern besser gefalle als den Deutschen.“

³³⁴ K-L/USA, Klepper an Lübke, 13. 5. 1954.

³³⁵ Im März 1952 hatte er eine Lungenentzündung (K/Kor., Drechsler an Lübke, 1. 4. 1952) und einen Monat später eine schwere Gelbsucht, deren Folgen ihn den ganzen Sommer über quälten. Viele Hinweise in der Korrespondenz: u. a. Prof. Hubert Habs an Klepper, 10. 4. 1952; Drechsler an Klepper, der auf Amrum weilt, 20. 6. und 7. 7. 1952. Seine Frau schrieb in einem Brief vom 13. 3. 1957 an Lübke (Lübke-NL, Bl. 58), daß er zu allen Zeiten seines Lebens an Depressionen gelitten habe.

„daß es im persönlichen Leben eigentlich nichts mehr gibt, worauf man sich freuen kann“, aber er fügte gleich hinzu, die Tochter brauche sich keine Sorgen zu machen, denn „ich habe ja meine sachlichen Ziele, und der Kampf um diese Dinge hält mich am Leben“³³⁶. Je sinnloser ihm aber dieser „Kampf“ erscheinen mußte, desto mehr ließen seine Kräfte nach. Er erkannte es selbst ganz klar. Im September 1952 schrieb er aus dem Sanatorium in Königstein: „Meine Krankheiten und sonstigen Beschwerden sind, wie ich glaube, letztlich psychisch bedingt. Der viele berufliche und persönliche Ärger, den ich in den letzten beiden Jahren hatte, hat sich schließlich körperlich niedergeschlagen.“ Doch rasselte er sich wieder hoch und hielt diese negative Phase für beendet. „Ich sehe dem, was nun kommt, mit einem merkwürdig erfrischten Optimismus entgegen.“³³⁷ In der Tat ging es wieder aufwärts, bis ein Jahr später, im Herbst 1953, die nächste Krise in Gestalt einer allergischen Hautreaktion „unbekannten Ursprungs“, bei der zwei Drittel der Haut außer Funktion gesetzt waren, eintrat, eine Krankheit, die ihn furchtbar quälte und sieben Wochen ans Bett fesselte. „Beinahe hätte ich das Zeitliche gesegnet“, meinte er in einem Brief an Dehler³³⁸, aber auch diesmal raffte er sich wieder auf und betrieb seine Vorbereitungen für die USA-Reise.

Nach der Rückkehr aus den USA trug der Elan noch einmal eine kurze Zeit. In der Juli-Ausgabe der neugegründeten *Offenen Welt* erschien sein programmatischer Aufsatz „Was tun?“, in dem er sich mit den verpaßten Chancen bei der Nutzung der Marshallplan-Hilfe, die statt „zur ökonomischen Integration des Kontinents, [...] zum Wiederaufbau der Nationalwirtschaften“ verwendet worden sei, auseinandersetzte und zu einem neuen Versuch der europäischen Integration aufrief, allerdings ohne Optimismus. Sein Aufsatz endet mit dem Satz: „Wir gehen einer ernsten, sorgenvollen Zeit entgegen.“³³⁹ Ende August erschien der bereits erwähnte „Aufruf zur gemeinsamen Außenpolitik“, und im Oktober fand in Esslingen eine große Wipog-Tagung unter dem Motto „Was tun? Der neue Weg zur Integration“ statt³⁴⁰. Im Jahre 1955 geriet die Wipog in eine schwere finanzielle Krise, die auch ihn selbst berührte, da er weder von der Deutschen Genossenschaftsbank (DG Bank), der Nachfolgebank der alten Preußenkasse, eine Pension, noch eine Wiedergutmachung oder Pension vom Staat bewilligt bekam, was er gehofft hatte³⁴¹.

Lübke, von dem er diesen negativen Bescheid erhalten hatte, schrieb: „Ich bedaure dieses Ergebnis, weil Sie meiner Ansicht nach [...] es wirklich verdient hätten, auf

³³⁶ Klepper an Renate, 10. 6. 1951.

³³⁷ Klepper an die Familie, 16. 9. 1952.

³³⁸ Ebenda: Klepper an Dehler, 20. 10. 1953 und Klepper an Engelmann, 23. 11. 1953.

³³⁹ Klepper, Was tun?, in: O.W. 32, Juli/August 1954.

³⁴⁰ Akte Arbeitstagungen, Esslingen 23. 10. 1954, 3 Hauptreferate zum Thema Integration aus deutscher (Klepper), aus europäischer (Alfred Mozer, persönlicher Referent von Sicco Mansholt) und aus christlicher Verantwortung (Hans Müller-Schwefe).

³⁴¹ K/Kor., Klepper an Lübke, 7. 4. 1955. Lauffer hat versucht, für Klepper, der keine Pension bekam und in großer Geldnot war (vgl. Briefe vom 9./27. 4. 1955), von der DG Bank eine Pension zu bekommen, und er drängte Klepper, einen Antrag zu stellen, was Klepper selbst sehr unangenehm war, weil er es haßte, bitten zu müssen. Der dafür zuständige Mann war Andreas Hermes, Vorsitzender des Verwaltungsrates der DG Bank (vgl. Hartmann in: Edeka-Rundschau, Nr. 12, 23.6. 1950, S. 30–33). Hermes hat nichts für Klepper getan, trotz Vermittlung von Lauffer und Lübke (vgl. K/Kor.). Er hat Klepper nach dem Kriege nicht nur nicht gestützt, sondern sich auch abfällig über ihn und die von Klepper gegründete Wipog geäußert, vgl. ebenda, Brief Kleppers an Albersmann, 22. 6. 1949.

Grund Ihrer politischen Haltung in den Genuß einer Wiedergutmachung zu gelangen.“³⁴² Auch Lübke hatte sich darum bemüht, als „politisch Verfolgter“ anerkannt zu werden³⁴³, und dabei wohl verdrängt, daß er seinerzeit als Geschäftsführer an der Überführung der 1927 gegründeten Deutschen Bauernschaft in den Reichsnährstand beteiligt gewesen war³⁴⁴, und nun als Minister wahrlich nicht am Hungertuche nagte. Seltsame Blüten trieb das Wiedergutmachungsgeschäft! Während frühere Nationalsozialisten teilweise recht rasch wieder in ihre alten Pensions- und Rentenansprüche eintraten, mußten Emigranten und vom NS-Regime Verfolgte lange um ihre Entschädigung kämpfen und das oft vergeblich, wie zum Beispiel Friedrich Wilhelm Foerster, der von den Spenden amerikanischer Sponsoren mit 85 Jahren in kümmerlichen Verhältnissen in New York lebte und für dessen berechnete Entschädigungsansprüche Klepper sich vergeblich eingesetzt hatte³⁴⁵. Kleppers Korrespondenz mit vielen Hilfesuchenden bezeugt, was Professor Franz Böhm in einem Brief an Lübke hervorhob: „Es ist mir unvergeßlich, mit welcher Kraft und mit welchem menschlichen Gefühl“ Klepper sich „für die Wiedergutmachung der Verbrechen des 3. Reiches vor allem gegenüber den Juden eingesetzt hat.“³⁴⁶ Gewiß hatte er besonders viel Verständnis, denn „der Gedanke, in dieselbe Situation zurückzufallen, in der ich mich so lange während der Emigration befand, das heißt, vor der Notwendigkeit zu stehen, auf andere angewiesen zu sein, ist fürchterlich“³⁴⁷.

Die Wolken lichteteten sich nicht mehr, „durch die fortgesetzten Fehlschläge [seiner] Versuche, wieder gesund zu werden“, fühlte er sich „reichlich deprimiert“, wobei „natürlich auch die trostlose politische Lage eine Rolle“ spielte³⁴⁸. Sein alter Schulfreund, Kurt Kersten, vermittelt ein sehr anschauliches und sehr melancholisches Bild von Kleppers Zustand am Ende seines Lebens. Kersten hatte ihn noch einmal besucht und „an einem milden Herbsttag“ in Königstein, im Taunus, in einer Weinstube mit ihm zusammengessen. „Die Blätter wirbelten schon im sanften Winde. Er war ein müder alter Mann voller Gram, und einmal sprach er ganz leise: ‚Wenn ich gewußt hätte, was ich heute weiß, wäre ich nicht zurückgekommen.‘“³⁴⁹ Und dennoch, etwa gleichzeitig, in jenem Herbst 1956, ein halbes Jahr vor seinem Tod, schrieb er in seinem letzten, nicht mehr veröffentlichten Artikel „Utopie und Wirklichkeit“ als letzten Satz: „Die Situation ist so ernst, daß wir alle Kraft daran setzen sollten, diese Utopie von heute zur Wirklichkeit von morgen werden zu lassen.“³⁵⁰

Hier wird der Widerspruch, in dem er ähnlich wie andere Emigranten lebte, ganz deutlich, es ist die Situation eines deutschen patriotisch gesonnenen, politisch denken-

³⁴² Ebenda. Endgültiger Bescheid über die Ablehnung seiner Ansprüche durch Lübke, Februar 1957. Vgl. Constantin Goschler, Wiedergutmachung, München 1992 und die Rezension dazu von Klefmann, in: Die Zeit, Nr. 22, 28. 5. 1993, S. 19.

³⁴³ Lübke an Klepper, 18. 11. und 16. 12. 1952.

³⁴⁴ Puhle, Politische Agrarbewegungen, S. 90, zitiert: Deutsche Bauernzeitung, 23. 7. 1933.

³⁴⁵ Akte Klepper Korrespondenz mit und zu Friedrich Wilhelm Foerster: Einladung zum Ehrendinner, anlässlich Foersterns 85. Geburtstag, Abriß über Leben und Werk Foersterns, Kor. mit Grossmann u. a. über Möglichkeiten, Foerster zu helfen.

³⁴⁶ Böhm an Lübke, 31. 5. 1957 (Lübke-NL, Bl. 334).

³⁴⁷ K/Kor., Klepper an Lauffer, 9. 4. 1955.

³⁴⁸ Ebenda, Klepper an Lübke, 26. 6. 1956 (siehe auch Lübke-NL, Bl. 79).

³⁴⁹ Kersten, O.K.

³⁵⁰ Klepper, Utopie und Wirklichkeit, Entwurf, in: Akte Klepper-Artikel.

den Menschen seiner Generation, der sein Leben lang für ein besseres Deutschland gekämpft hat und der sich am Ende resigniert fragen muß, hatte es überhaupt einen Sinn, hat es sich gelohnt, so viel privates Glück dafür aufzugeben? Hatte Sartre am Ende doch recht mit seiner Feststellung: „Exil heißt seinen Platz in der Welt verlieren“?

In seinem letzten Weihnachtsbrief an die Familie versucht Klepper selbst eine Antwort auf diese Frage zu finden: „1947, als ich am Radio die Weihnachtsmusik hörte und auf den Straßen die Christbäume hinter den Fenstern der Häuser mit den echten Kerzen brennen sah, [...] fühlte ich mich sentimental sehr deutsch. Heute ist das, wie ich feststellte, anders. Ich habe ja wohl von Natur wenig Anlage, mich irgendwie dazugehörig zu fühlen. Dazu bin ich zu individualistisch, und mein Lebensgang hat dies Motiv weiterentwickelt. Jetzt geht es mir so, wie es einem mit der Verwandtschaft geht; ich bin recht kritisch. Die deutsche Geschichte bietet eigentlich seit fünf Jahrhunderten das Bild eines Abirrens von der Aufgabe und, nationalpolitisch gesehen, eines Zerfalls. [...] Dies Nachlassen des deutschen Sentiments in mir hat mich, zumal ich ja doch politisch wirklich auf eine Geduldprobe gestellt bin, oft zweifeln lassen, ob es richtig war, nach Deutschland zurückzukehren. Einmal war es aber für mich zwangsläufig; denn was hätte ich tun sollen, da ich nun einmal nur tue, was ich gern möchte? Es war aber, glaube ich, auch richtig. Diese trübe Wendung, die die deutsche Politik in der jüngsten Zeit genommen hat, hat der Linie, die ich unbeirrbar vertreten habe, recht gegeben. Und ich habe den Eindruck, daß das, was bisher als eine Art von rechthaberischem Sektierertum erscheinen mochte, nunmehr in das allgemeine Bewußtsein übergeht.“³⁵¹

Es war in der Tat zwangsläufig, aber nicht so einfach, wie er es zu erklären versucht, daß er immer tue, was er gerne möchte. Klepper liebte nämlich die eigene Bequemlichkeit, hatte den Wunsch, irgendwo friedlich auf dem Lande zu leben und zu kontemplieren; er trank gerne guten Wein – eher „Damen- als Herrenwein“³⁵² –, rauchte gerne eine gute Zigarre, sinnigerweise entweder Marke „Wilhelm II“ oder „Hofnarr“³⁵³, liebte das Land mehr als die Stadt³⁵⁴ und las zu seinem Vergnügen Bücher wie das „Glück der Andernachs“ oder „Fett schwimmt oben“. Das erste fand er interessant, weil es „das deutsche Unglück vorgefühlsmäßig im Milieu der Zeit um den Antritt von Wilhelm II behandelt“, und das zweite, meinte er, sei ein „witziger und typisch französischer“ Roman, der das Leben während der deutschen Besatzungszeit behandle³⁵⁵. Gegen diesen Wunsch nach Ruhe, Bequemlichkeit, nach Daheimbleiben hat er ständig angelebt, hat sich immer wieder zum Aufbruch angetrieben, teils gezwungen, teils freiwillig. Sein eiserner Wille, der aus seinem Verantwortungsbewußtsein und einer starken, durchaus religiös motivierten Disziplin gespeist wurde, ließ ihn wohl nie zur Ruhe kommen. Insofern kann sein Leben und sein politisches Wirken, gerade auch das „Unvollendete [...] die mächtigen Spannungen, die es erfüllt haben, als Spiegel der menschlichen Situation in einer Zeit größerer Umbrüche dienen“³⁵⁶.

³⁵¹ Klepper an die Familie, 24. 12. 1956.

³⁵² K/Kor., Klepper an Ackermann, 1. 7. 1950, KNL.

³⁵³ Ebenda, Ackermann an Klepper, 5. 10. 1951 und Klepper an Ackermann, 8. 10. 1951.

³⁵⁴ Ebenda, Klepper an Käthe Baerensprung, 30. 6. 1951.

³⁵⁵ Ebenda, Klepper an Lübke, 2. 12. 1954.

³⁵⁶ Pufendorf in: O.W., Nr. 49, S. 207.

Im Frühjahr besuchte ihn zu seiner ganz großen Freude seine Tochter Renate, damals lag er schon im Krankenhaus³⁵⁷. Einsam ist er am 11. Mai 1957 in einer Berliner Klinik gestorben³⁵⁸. Ein letzter Wunsch ist ihm erfüllt worden. Er wurde neben seiner ersten sehr geliebten Tochter Gisela, die schon mit sechs Jahren gestorben war und an die er sich sein Leben lang, und ganz besonders bei der Geburt seiner ersten Enkeltochter, erinnert hat, auf dem Zehlendorfer Waldfriedhof an der Onkel-Tom-Straße begraben. Durch den Namen „Onkel Tom“ war eine zufällige Verbindung zu dem Rest der Familie in Amerika geschaffen. Keiner von ihnen konnte an der Beerdigung am 15. Mai 1957 teilnehmen; dafür waren seine alten Freunde von der Preußenkasse: Engelmann, Loest, Schaub, Schmidt, Lauffer und der alte Fahrer Max anwesend und natürlich Frau Naumann-v. Kalinowski als einziges Verbindungsglied zwischen der alten Preußenkassenmannschaft und dem neuen Wipog-Team³⁵⁹.

³⁵⁷ Er lag seit November 1956 bei Prof. Habs im Höchster Krankenhaus und „litt unter einer weit fortgeschrittenen Arteriosklerose“, Lauffer an Aron, 19. 11. 1957 (Privatkopie). Vgl. auch: Briefwechsel von Frau und Tochter Klepper mit Lübke, 13.3., 29.3., 2.4. und 6. 6. 1957 (Lübke-NL, Bl. 50 ff.). Lübke hat ihn mehrfach besucht und sich sehr um ihn und um die Verbindung zur Familie gekümmert. Nach seinem Tode schrieb er an Frau Klepper: „Mit Otto Klepper ist auch ein Teil meines eigenen Lebens zu Grabe getragen“ (29. 5. 1957, Bl. 42 f.).

³⁵⁸ Kurz vor seinem Tode wurde er auf eigenen Wunsch von Frankfurt/M.-Höchst in das Krankenhaus „Waldfrieden“ in Berlin-Schlachtensee verlegt (Lübke-NL, Bl. 47, Storz an Prof. Habs, 9. 5. 1957 und ebenda, Prof. Habs an Lübke, 11. 5. 1957).

³⁵⁹ Ebenda, Bl. 39: Renate Taylor-Klepper an Lübke, 10. 6. 1957. Frau Naumann hat sich in rührender Weise um die Grabstätte gekümmert und in den 60er Jahren unter Kleppers engsten Freunden etwas Geld für die Pflege eingesammelt (Akte Grab-Unterlagen). Vgl. auch Lübke an Frau Klepper, 29. 5. 1957 (Lübke-NL, Bl. 42 f.).